



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.

**FREIHEIT**

**AUFBRUCH**

**INNOVATION**

**JAHRESBERICHT 2021**

JU

JA

JAH

021

1

HT

HT

DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG  
FÜR DIE FREIHEIT SETZT SICH  
FÜR DIE WERTE DER  
**FREIHEIT**,  
EINE OFFENE GESELLSCHAFT,  
RECHTSSTAATLICHKEIT UND  
MENSCHENRECHTE WELTWEIT EIN.

EIN **AUFBRUCH**  
IN WIRTSCHAFT UND POLITIK SOWIE  
DIE CHANCEN VON **INNOVATION**  
UND LIBERALEM IMPULSEN ÜBERWINDEN  
DIE HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT.

# #HumanRightsDefenders

Wie viel Mut braucht man, um frühmorgens zu einer Demonstration zu gehen, ohne zu wissen, ob der Abend im Gefängnis enden wird? In der Publikation Human Rights Defenders würdigte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und deren pro-demokratischen Einsatz.

50 Jahre Freiburger Thesen

**WANDEL  
BEGINNT IM  
KOPF**

Das Jubiläum „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ wurde mit vielen Veranstaltungen gefeiert und auch dazu genutzt, an die fortwährenden antisemitischen Bedrohungen zu erinnern. Die Geschichte des Judentums ist eine Geschichte von Gewalt, Unterdrückung, Verfolgung und Genozid. Und noch immer ist Deutschland kein sicheres Land für die 95.000 hier lebenden Juden.

Die Freiburger Thesen zeichnen das Bild einer modernen und freiheitlichen Demokratie. 50 Jahre nach Freiburg haben wir 2021 die Bedeutung und Innovationskraft der Freiburger Thesen für die Gegenwart diskutiert und eine Neuauflage veröffentlicht.

# #1700JahreJüdischesLeben

**RE:START  
21**

Was lernen wir aus der Krise? Wie digital kann und muss Bildung sein? Wie kann die Modernisierung von Staat und Wirtschaft gelingen? Wie sieht das Europa der Zukunft aus? Die Kampagne Re:start21 hat in Deutschland und international die Folgen der Corona-Pandemie beleuchtet und Ideen für die Zukunft diskutiert.

# #FemaleForwardInternational

## EMPOWERMENT #FEMALEFORWARD

Gute Politik braucht mutige Frauen! Um weibliche Talente aktiv zu fördern, bietet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit das Empowerment-Programm für politisch engagierte Frauen.

Mit FemaleForwardInternational wollen wir einen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte zur Gleichberechtigung leisten, Denkanstöße geben, liberale Ideen und Positionen vorstellen und aufzeigen, wo Frauenrechte bedroht sind. Denn weltweit werden Frauen nach wie vor diskriminiert, unterdrückt und ungerecht behandelt.

In der Veranstaltungsreihe #FemaleChangeMaker werden Frauen aus der ganzen Welt vorgestellt, die sich in ihren Ländern für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie einsetzen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit leistet mit dieser vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderten Veranstaltung einen Beitrag dazu, die Ziele der 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030, insbesondere im Bereich Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, bekannter zu machen.

## #FemaleChangemaker

Liberale Kernthemen neu denken: In kurzen Videoreihen werden wichtige Zukunftsthemen von interessanten Akteurinnen und Akteuren übersichtlich vorgestellt und anhand der aktuellen politischen Herausforderungen diskutiert.

## FNF MASTERCLASS

# VORWORT

## Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr 2021 war wieder ein Jahr enormer Kraftanstren-  
gungen. Corona hat unsere Arbeit im Jahr 2021 maß-  
geblich geprägt. Ich danke unseren Mitarbeiterinnen  
und Mitarbeitern, aber auch unseren Partnern in über  
60 Ländern. Und trotzdem: Wenn man aus dem Frühjahr 2022  
zurückschaut, dann scheinen die vergangenen Schwierigkei-  
ten beinahe klein – im Vergleich zu den komplexen politischen  
Fragestellungen, die in der Zukunft zu lösen sind.

Zu den zentralen Themen des Jahres 2021 gehörte vor allem  
die Gefahr der autokratischen, politischen Kräfte in Euro-  
pa, Asien und dem Nahen Osten, die die offene Gesellschaft  
und Grund- und Menschenrechte nachhaltig versuchen zu  
schwächen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
setzt sich dafür ein, solche Angriffe auf die liberale Demokra-  
tie sichtbar zu machen, aufzuklären und mit ihren bildungs-  
politischen Veranstaltungen und Publikationen auf größt-  
mögliche Teilhabe einer offenen, toleranten Gesellschaft  
hinzuwirken.

Im Kampf für Freiheit und Demokratie setzen sich viele Men-  
schenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger weltweit ein.  
Menschen, die im Engagement für die Freiheit anderer und  
deren Menschenrechte ihre eigene Freiheit riskieren. Über  
das unermüdliche Engagement von Pro-Demokratie-Akti-  
vistinnen und -aktivisten und ihren weltweiten Kampf für  
die Freiheit berichteten wir in unserer Publikation „Human  
Rights Defenders“. Der aktuelle Menschenrechtsbericht gibt  
Einblick in die tägliche Projektarbeit mit unseren Partnern  
in den Regionen weltweit – mit Berichten über Ägypten bis  
Zentralamerika.

Die Themen unserer Bildungsarbeit waren immens vielfältig:  
1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, digitale Trans-  
formation, Zukunft der Bildung, Europapolitik, Klimawandel  
und Nachhaltigkeit, um nur einige zu nennen. Ein besonde-  
res Augenmerk legen wir in unserer thematischen Arbeit auf  
die Frage, wie Innovationen die Herausforderungen auch und



Annett Witte,  
neue Hauptgeschäftsführerin  
der Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

gerade im Bereich des Klimawandels, der Mobilität und der Zukunft der Innenstädte bewältigbar machen. Das Liberale Institut und das Referat Globale Themen haben innovative politische, an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientierte Ideen entwickelt. Lösungsansätze, die wir in Gutachten und weiteren Fachpublikationen veröffentlicht haben. Zum Thema „Zukunft der Bildung“ gab es erstmals eine digitale Masterclass.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit blickte nicht nur auf die politische Entwicklung im Inland. Nach der Wahl von Joe Biden zum neuen US-Präsidenten sind Deutschland und Europa gefordert, sich gegenüber den Global Playern USA und China neu strategisch zu positionieren. Deutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen der Modernisierung und muss sich gemeinsam mit der EU behaupten. Viele Veranstaltungen der Stiftungen widmeten sich diesem Thema.

Seit jeher ist Zeitgeschichte ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit. Anlässlich des 60. Jahrestages der Errichtung der Berliner Mauer erinnerte die Stiftung mit Gedenkveranstaltungen an diejenigen, die die Flucht versuchten und scheiterten, mit dem Ziel, frei zu leben. Ein weiterer Schwerpunkt waren die Freiburger Thesen: 1971, vor mehr als 50 Jahren, verabschiedete die FDP die Freiburger Thesen, das innovative und zukunftsweisende Grundsatzprogramm. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ehrte dieses Jubiläum im letzten Jahr mit Zeitzeugengesprächen, Podiumsdiskussionen und einer ergänzten Neuauflage der Freiburger Thesen „Wandel beginnt im Kopf“.

Trotz anhaltender Auswirkungen der Pandemie konnte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihren Wachstumskurs halten: Im Bildungsprogramm stieg die Zahl der Teilnehmenden an unseren Veranstaltungen um ein Drittel auf knapp 168.000 in mehr als 2300 Veranstaltungen, von denen 75 Prozent digitale Formate waren. Um Ihnen noch mehr Zahlen unseres Erfolgs zu präsentieren: Bei der Presseresonanz

erzielte die Stiftung in den Printmedien eine Bruttoreichweite von über einer Milliarde. Die Webseite freiheit.org ist ein wahrer Besuchermagnet: Mit 5,9 Millionen Seitenaufrufen erreichten wir eine Steigerung um 40 Prozent.

Für uns als Stiftung war das Jahr 2021 von personellen Veränderungen geprägt: Bettina Stark-Watzinger hat ihr Mandat im Vorstand mit dem Wechsel in das Ministerium für Bildung und Forschung niedergelegt. Wir danken ihr für ihre unermüdliche Arbeit und ihr Engagement insbesondere bei den Bildungsthemen und im Empowerment.

Unser langjähriger Hauptgeschäftsführer Steffen Saebisch wechselte als beamteter Staatssekretär in das Bundesministerium der Finanzen. In den sieben Jahren bei der Stiftung hat Steffen Saebisch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit inhaltlich und organisatorisch völlig neu aufgestellt. Er hat die Ziele der Stiftungsarbeit zeitgemäß definiert und die Bildungsarbeit der Stiftung modern und zukunftsfähig gemacht. Wie die Gremien und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung bin auch ich ganz persönlich Steffen Saebisch sehr dankbar: Für seine Ideen, seine Power und Durchsetzungskraft und für sein Vertrauen.

Dieser Bericht zeigt auf, welche Projekte und Themen die Stiftungsarbeit im vergangenen Jahr geprägt haben. Mit der Lektüre gewinnen Sie einen Einblick in die Arbeit der Stiftungsmitarbeitenden und Partner. Ich lade Sie auch herzlich ein, die digitale Bibliothek, die Mediathek +Freiheit und natürlich auch unsere vielen Veranstaltungen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen zu besuchen – sei es digital oder auch wieder in Präsenz.

**Ihre Annett Witte**

# INHALTSVERZEICHNIS

10

Interview mit Ludwig T. Heuss – Der Wert der Freiheit .....	10
Wechsel in der Geschäftsführung der Stiftung .....	12
Liberale Vordenkerinnen und Vordenker .....	14
Presseschau .....	16
Die Stiftung in Zahlen .....	17
Unsere digitalen Angebote .....	18
Publikationen 2021 .....	20

22

## HÖHEPUNKTE

15. Berliner Rede zur Freiheit mit Lars Feld .....	23
Raif Badawi Award 2021 .....	24
Internationale Konferenz „Global Ambitions“ .....	25
Gedenkveranstaltung für Hans-Dietrich Genscher .....	26
Ideen für die Zukunft Europas .....	27
Jahrestage 2021 .....	28
60 Jahre Mauerbau .....	30
50 Jahre Freiburger Thesen .....	32

34

## OFFENE GESELLSCHAFT

Essay – Sabine Leutheusser-Schnarrenberger .....	35
Empowerment-Programm .....	36
Frauenrechte stärken .....	38
Freiheitssymposium .....	40
1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland .....	41
Extremismus als Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaft .....	42
Digitale Transformation und Freiheit .....	43
Europäischer M-100-Preis an Alexei Nawalny .....	44
Maria Ressa erhält Friedensnobelpreis .....	45
Pressefreiheit als Säule der Demokratie .....	46
Auszeichnung Rawan Kastali .....	48

50

**BILDUNG**

Essay – Thomas Straubhaar .....	51
Restart Bildung .....	52
Blick ins Archiv .....	53
Begabtenförderung .....	54
Medien brauchen Freiheit .....	55

56

**SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT**

Essay – Karl-Heinz Paqué .....	57
Migrant Founders Monitor 2021 .....	58
Aufbruch in ein neues Währungszeitalter .....	60
Infrastruktur und Digitalisierung in Deutschland und Europa .....	61
Liberale Klima- und Umweltpolitik .....	62
Neustart der Wirtschaft .....	63
Das Unternehmerbild .....	64

66

**INTERNATIONALE POLITIK**

Essay – Michael Link .....	67
Im politischen Dialog in über 60 Ländern und Gebieten der Erde .....	68
Aus den Regionen .....	70
Global Hubs .....	74
Liberale Menschenrechtsarbeit im Fokus .....	76
Diversity .....	78
Freihandel und Globalisierung .....	80
Der Westbalkan...umzingelt von EU-Staaten .....	81
 Bericht des Kuratoriums .....	82
Bericht des Vorstandes .....	83
Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen .....	84

85

**LIBERALE BILANZ**

Über die Stiftung .....	86
Die Mittel zum Zweck .....	88
Der Quellennachweis .....	89
Die Aufteilung der Mittel .....	90
Mitarbeitende .....	91
Das Geschäftsjahr 2020 .....	92
Gesamtübersicht .....	93
 Danksagung .....	94
Impressum .....	95

# DER WERT DER FREIHEIT

**Sie sind seit mehr als einem Jahr Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Wenn Sie auf das vergangene Jahr zurückblicken: Welche Themen und Ereignisse haben die Stiftungsarbeit 2021 besonders geprägt?**

Es fällt schwer, auf das Jahr 2021 zurückzublicken, ohne den Krieg in der Ukraine zu sehen. Wie bei jeder Politischen Stiftung spiegeln sich auch bei uns die aktuell relevanten gesellschaftlichen Themen in der Stiftungsarbeit wider. Im Jahr 2021 hat die öffentliche Auseinandersetzung im Vorfeld der Bundestagswahl eine wichtige Rolle gespielt – und mit ihr die Chance, liberale Inhalte und Perspektiven zu erklären und stark zu machen. Das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen hat auf verschiedenen Ebenen auch auf die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eingewirkt und neue Perspektiven eröffnet. Deutschland ist liberaler geworden, das spornt an! Gleichzeitig stehen Deutschland, Europa und die Welt durch die russische Invasion in der Ukraine vor neuen politischen Herausforderungen, die die Arbeit an neuen Antworten nötig machen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit ihrem globalen Netzwerk kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Und leider war die Stiftungsarbeit auch im Jahr 2021 wieder von Corona geprägt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Situation ein weiteres Jahr mit Engagement, Intelligenz und Improvisation großartig gemeistert.

**Wie denken Sie, wird sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit der neuen Hauptgeschäftsführerin Annett Witte weiterentwickeln?**

In Annett Witte erhält die Stiftung eine hervorragende Hauptgeschäftsführerin mit breiter beruflicher Erfahrung und

## Interview mit Ludwig Theodor Heuss

großem Leistungsausweis. Als langjährige Leiterin des Liberalen Instituts ist sie einerseits nah an den inhaltlichen Themen. Andererseits verfügt sie über profunde Kenntnisse der Stiftung, vor allem dank ihrer anderen früheren Aufgaben, etwa zuletzt als Leiterin der Personalabteilung. Wir befinden uns ja seit einiger Zeit in einem dynamischen Veränderungs- und Modernisierungsprozess. Annett Witte wird die Stiftung als Ganzes weiter in diese fortschrittliche Zukunft führen. Zudem ist sie die erste Frau auf dieser Position. Ein Punkt, der unsere Arbeit hoffentlich auch prägen wird.

**Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat sich in der Zukunftswerkstatt neue strategische Ziele gesetzt. Welche Schwerpunkte rücken in den nächsten Jahren in den Fokus?**

Die historische Zäsur der letzten Wahl liegt darin, dass Deutschland in einer europäischen Normalität angekommen ist. Es gibt keine sogenannten Volksparteien mehr. Vielmehr bildet sich die Pluralität gesellschaftlicher Strömungen im Parteiensystem ab. Mehrparteienkoalitionen werden zur Regel werden. Das gibt der liberalen Stimme ein größeres Gewicht und die Möglichkeit, mit verschiedenen Themen in unterschiedliche Richtungen anschlussfähig zu sein. Zugleich rücken neue Themen und Herausforderungen ins Zentrum, die liberaler Antworten bedürfen. Daran müssen wir weiterarbeiten. Wir sind

ein Thinktank, der Themen vertieft und Debatten anstößt. Nachhaltigkeit etwa ist ein uraliberales Thema, auch Diversität und der Schutz von Minderheiten. In letzter Zeit wurden liberale Ideen für zahlreiche junge Wählerinnen und Wähler attraktiv, das müssen wir verstetigen. Zugleich hören wir immer wieder, dass gerade für Wählerinnen liberale Standpunkte oft weniger attraktiv erscheinen. Als Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit müssen wir noch mehr Gehör in den verschiedensten Kreisen der Gesellschaft finden. Unsere Botschaft vom Glauben an die Fähigkeiten und Potenziale des einzelnen Menschen ist zu gut!

**Warum ist die Arbeit einer liberalen Politischen Stiftung heute wichtiger denn je?**

Je weiter entfernt die geschichtliche Erfahrung von Unfreiheit in unserer Gesellschaft rückt, desto laxer wird mit dem Wert der Freiheit umgegangen. Sie wird als selbstverständlich angenommen und häufig genug als Belastung empfunden. Die Verführung zu autoritärer Denken ist stark vorhanden. Einzelne europäische Regierungen propagieren die „Illiberalität“ ohne Scham. Das ist unglaublich. Aber auch bei uns im Land gibt es wieder Strömungen, für die das Wort „liberal“ geradezu ein Schimpfwort ist. Das gab es schon einmal. Der Hang zum Autoritären lauert in den unterschiedlichsten Bereichen des politischen Spektrums. Dem müssen wir entschieden entgegentreten.

Ludwig Theodor Heuss,  
Vorsitzender des Kuratoriums  
der Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

**Das Jahr 2022 steht ganz im Zeichen des globalen Jahresthemas „Europa“. Wie können wir die Bürgerinnen und Bürger Europas für mehr aktive Beteiligung begeistern?**

Als wir uns im Laufe des Jahres 2021 für das globale Jahresthema „Europa“ entschieden haben, konnten wir nicht ahnen, in welchem Umfeld wir im Jahr 2022 über Europa reden werden. Durch die russische Invasion in der Ukraine haben Themen wie Frieden und gemeinsame Sicherheit eine wiederbelebte Relevanz. Das Projekt Europa war historisch als Friedensprojekt angelegt. Und die Ereignisse in der Ukraine zeigen, wie wichtig Frieden für uns alle bleibt. Es bleibt zu hoffen, dass durch den schrecklichen Krieg in der Ukraine die europäische Idee wieder von einer breiten Bürgerbewegung getragen wird. Es besteht die einmalige Chance, die Schwächen in der Realität Europas zu überwinden und der „idée européenne“ neue Strahlkraft zu verleihen.

Ich glaube, wir brauchen die Wiederbelebung einer europäischen Idee, die Europa als globalem Player unter den Großmächten seinen Platz gibt. Die aber auch nach den Prinzipien der Subsidiarität auf kommunaler und regionaler Ebene ein hohes Maß an Autonomie und Selbstbestimmung ermöglicht. Das ist sicherlich ein Balanceakt. Aber nehmen wir uns ein Beispiel an der politischen Realität der Schweiz, die mir sehr vertraut ist: Hier spielt die Gemeindeautonomie eine zentrale Rolle. Wenn der Einzelne sowohl über Bauprojekte, öffentliche Dienstleistungen wie Schule oder Gesundheit und den Hebesatz seiner Einkommenssteuer mitbestimmen kann, wird er schnell zum Beteiligten. Die freiheitliche Ausgestaltung der Anreize und der institutionellen Mechanismen sind da ganz zentral.

**Wie wichtig ist die Stärkung liberaler Werte für Europa?**

Die Stärkung liberaler Werte ist überall wichtig. Europa braucht eine Kraft, die



den Tendenzen zu Autoritarismus und Zentralismus entgegenwirkt. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ist eine wichtige, traditionell liberale Kraft verloren gegangen. Das ist sehr schade. Umso wichtiger ist es, die verbliebenen Kräfte zu stärken.

**Sie haben einmal gesagt: „Die Freiheit des Menschen braucht Wagnis und Selbstbehauptung im Gleichgewicht mit Verantwortung und Gebundenheit.“ Wie lässt sich dieses Credo gesellschaftlich in Zukunft umsetzen und wie wird die Stiftung dazu beitragen?**

Leider kann ich nicht die Urheberschaft dieser Formulierung beanspruchen, sie entspricht aber meiner persönlichen Vorstellung von liberaler Haltung. In den

sozialen Medien tummeln sich Menschen, die von Freiheit, sagen wir mal, libertär-pubertäre Vorstellungen haben, die das auf sich selbst gestellte Individuum in einem Gemisch von schrankenloser Motorrad- und anomischer Wild-West-Romantik glorifizieren. Das ist Unsinn (und wächst sich glücklicherweise auch häufig aus). Zur Freiheit des Individuums, die in erster Linie eine Freiheit des Ermöglichen und Entfaltens ist, gehört immer auch die Verantwortung und Bindung, ohne die gesellschaftliches Leben nicht möglich ist; Ralf Dahrendorf sprach von „Ligaturen“. Die Bedeutung dieses Gleichgewichtes kann nicht genug betont werden, weil sie der Gefahr der Rücksichtslosigkeit vernunftgeleitete Grenzen setzt. ■

# WECHSEL IN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER FRIEDRICH- NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Der Hauptgeschäftsführer Steffen Saebisch wechselte 2021 als beamteter Staatssekretär in das Bundesministerium der Finanzen. Seine Nachfolgerin ist Annett Witte.

Annett Witte,  
neue Hauptgeschäftsführerin  
der Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

Am 10. Dezember 2021 erhielt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine neue Geschäftsführung. Nach sieben Jahren wechselte Steffen Saebisch als beamteter Staatssekretär in das Bundesministerium der Finanzen. Annett Witte, die bislang als stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit tätig war, übernahm die Hauptgeschäftsführung.

„Steffen Saebisch hat sich konsequent für die Modernisierung der liberalen Stiftung eingesetzt und in seiner langjährigen Tätigkeit den Umbau zu einem kreativen Thinktank maßgeblich geprägt. Wir, die Mitglieder des Vorstands, danken ihm sehr für seinen engagierten Einsatz und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft“, sagt Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



„Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen, die für den Schutz der Freiheit und die Verteidigung von offener Gesellschaft und sozialer Marktwirtschaft eintreten.“

Annett Witte

Während seiner Amtszeit konnte Steffen Saebisch etliche Projekte erfolgreich vorantreiben: In ihrer politischen Bildungsarbeit in Deutschland hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine Rekordzahl an Veranstaltungsteilnehmern erreicht. Noch nie in ihrer Geschichte haben mehr Menschen die Website *freiheit.org* besucht und sich dort informiert. Das Bildungsangebot wurde konsequent modernisiert und auf Onlinemedien erweitert. Außerdem hat die Stiftung global arbeitende thematische Hubs im Ausland geschaffen. Besondere Anliegen waren Steffen Saebisch die Verteidigung der Menschenrechte weltweit und die Befähigung des Einzelnen, sich am politischen Diskurs zu beteiligen. Unter seiner Führung hat sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowohl inhaltlich als auch organisatorisch neu aufgestellt. Saebisch hat unter anderem flexible Arbeitsmodelle eingeführt, zeitgemäße Leitbilder für die Bildungsarbeit durchgesetzt und für einen Code of Conduct gesorgt. Und er hat die Stiftung dahin geführt, dass sie heute als Innovations- und Diskussionsplattform für liberale Ideen in Deutschland fest verankert ist.

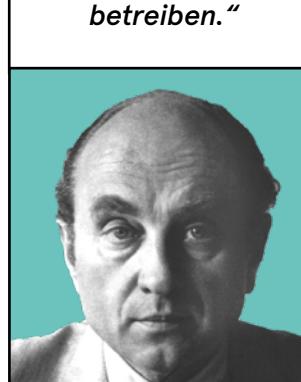
„Die Arbeit der Politischen Stiftungen ist in einer Welt im Umbruch von ungebrochener Bedeutung“, sagt Annett Witte. „Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Aufstiegsmöglichkeiten liegen im Fokus unserer politischen Bildungsarbeit in Deutschland und weltweit. Ein Herzensanliegen ist für mich der liberale Feminismus. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen, die für den Schutz der Freiheit und die Verteidigung von offener Gesellschaft und sozialer Marktwirtschaft eintreten.“

Annett Witte war viele Jahre im Deutschen Bundestag tätig. Bis 2021 leitete die Steuerjuristin das Liberale Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und den Zentralbereich sowie die Personalabteilung. „Mit Annett Witte werden wir die Arbeit von Steffen Saebisch weiterführen und fortentwickeln“, sagt Paqué. „Weiterführen, was die organisatorische Exzellenz betrifft, die für eine Politische Stiftung unentbehrlich ist, die mit ihrer breiten nationalen und globalen Präsenz den Anspruch erhebt, eine Speerspitze des Liberalismus in Deutschland und darüber hinaus zu sein; fortentwickeln in dem Sinn, dass neue Herausforderungen und Themen anstehen, die es zu bearbeiten gilt – im Geist des Liberalismus und in einem neuen Umfeld, das die politischen Freunde der FDP in Regierungsverantwortung erlebt.“ ■



Steffen Saebisch,  
ehem. Hauptgeschäftsführer  
der Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

# LIEBERALE VORDENKERINNEN UND VORDENKER

 <p><b>Guido Westerwelle</b> (1961-2016)</p> <p>„Die größte Gefahr liegt heute nicht darin, das Beste-hende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun.“</p> <p></p>	 <p><b>Hildegard Hamm-Brücher</b>, (1921-2016)</p> <p>„Die Bildung des Einzelnen entscheidet über die Zukunft aller.“</p> <p></p>	 <p><b>Otto Graf Lambsdorff</b> (1926-2009)</p> <p>„Nur mit Respekt sowohl vor dem freien Markt und dem freien Unternehmertum als auch vor dem staatlichen Gebot des sozialen Ausgleichs lässt sich erfolgreich Wirtschaftspolitik betreiben.“</p> <p></p>	 <p><b>Elly Heuss-Knapp</b> (1881-1952)</p> <p>„Der demokratische Gedanke ist aufs Engste verknüpft mit dem der Gewissensfreiheit und der christlichen Idee vom ‚unendlichen Wert jeder Menschenseele‘.“</p> <p></p>
---	--	--	--

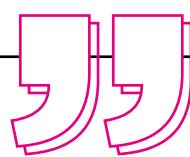


**Karl-Hermann Flach**  
(1929-1973)

„Die Freiburger Thesen sind ein Langzeitprogramm. Ihre Verwirklichung würde erst über Generationen hinweg eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen zur Folge haben.“



**Clara von Simson**  
(1897-1983)

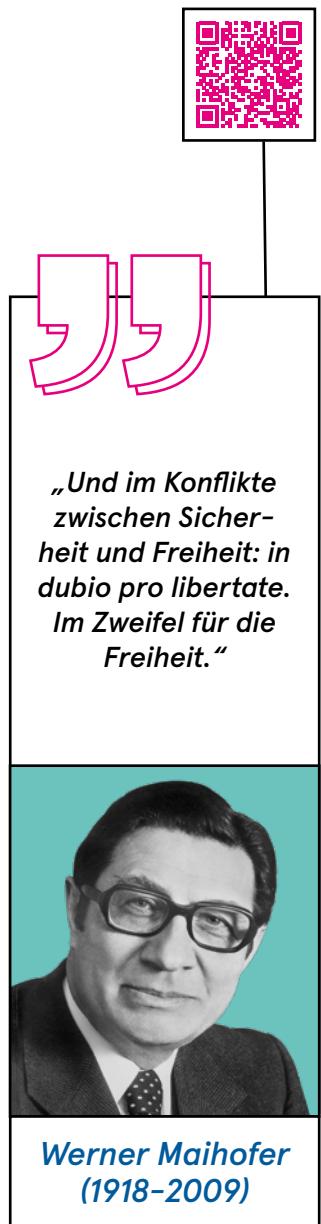
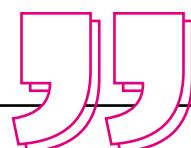


„Ich habe einfach immer das getan, was der Augenblick zu fordern schien.“

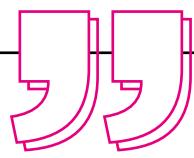


**Marie-Elisabeth Lüders**  
(1878-1966)

„Was wir fordern und wofür wir seit Jahrzehnten mit bewegender Kraft kämpfen, sind keine Frauenrechte, sondern es sind ganz schlechtweg Menschheitsrechte.“



**Werner Maihofer**  
(1918-2009)



„Und im Konflikte zwischen Sicherheit und Freiheit: in dubio pro libertate. Im Zweifel für die Freiheit.“



# PRESSESCHAU

Im Bereich der Pressearbeit konnte die Brutto-Pressereichweite zum Vorjahr auf 1,1 Milliarden Kontakte nochmals gesteigert werden. Mit fast 600 Gastbeiträgen, Interviews und Zitaten waren Vorstand, Stiftungs-expertinnen und -experten in den Medien präsent.

**Rechtsstaatlichkeit in Polen: Die EU muss jetzt handeln, Gastbeitrag von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, 22. November 2021**  
[www.fr.de](http://www.fr.de)

Die Europäische Union lebt von den Werten, die auf Menschenrechten, Rechtsstaat und Demokratie beruhen. In etlichen Ländern – und das betrifft nicht nur Polen – werden immer häufiger rechtsstaatliche Prinzipien systematisch verletzt, nicht nur bei der Unabhängigkeit der Justiz, sondern auch in Fragen der Pressefreiheit oder bei Rechten von Minderheiten. Das ist in höchstem Maße alarmierend. Die EU verliert einen Teil ihrer Legitimation, wenn sie hier versagt. Das dürfen wir nicht zulassen.

**Geld ist da – und keiner weiß, warum, 9. Juli 2021**  
[www.capital.de](http://www.capital.de)

In einer neuen Studie wird untersucht, welche Rolle die Wirtschaft in modernen Kinderbüchern spielt. Das Ergebnis ist beunruhigend und dürfte einer Bildungsdebatte neue Nahrung geben. Goldkoffer, die einfach zur Verfügung stehen, ohne dass jemand etwas dafür tun muss. Und wenn Unternehmer auftreten, dann als unsympathische Gestalten: Ökonomische Zusammenhänge spielen in modernen Kinder- und Jugend-Bestsellern kaum eine Rolle. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie dreier Wissenschaftler der Universität Siegen, die im Auftrag der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowie der Ludwig-Erhard-Stiftung entstand. [...] „Kinder- und Jugendbücher formen das Bild, das sich junge Menschen von wirtschaftlichen Zusammenhängen machen“, sagt Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender der Naumann-Stiftung und ehemaliger Finanzminister Sachsen-Anhalts.

**Ökonomen warnen vor „Wettbewerbsnachteil“ für deutsche Firmen, 2. Juli 2021**  
[www.wiwo.de](http://www.wiwo.de)

Eine Studie des ZEW Leibniz-Zentrums für Wirtschaftsforschung stellt den Coronahilfen der Bundesregierung ein durchwachsenes Zeugnis aus. Dem Gutachten zufolge drohe ein „Wettbewerbsnachteil“ für deutsche Unternehmen. [...] Viele der steuerlichen Maßnahmen hätten „nicht zu einer dauerhaften Steuerentlastung“ für Unternehmen geführt, heißt es darin. Es seien deshalb „weitere steuerliche Maßnahmen sinnvoll, damit die Unternehmen gut aus der Krise kommen und in ihre Zukunft investieren“, empfehlen die Autoren des Gutachtens, das im Auftrag der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung erstellt wurde.

**Wie man ein Stipendium der Friedrich-Naumann-Stiftung bekommt – und was es bringt, 18. Oktober 2021**  
[www.spiegel.de](http://www.spiegel.de)

Ammar Kamel, der aus Syrien floh und in Deutschland sein Abitur nachholte – und sich jetzt bei den Liberalen engagiert. „Schon während der Schulzeit bekam ich ein Schülerstipendium von ‚Talent im Land‘, darüber erfuhr ich auch von den politischen Begabtenförderungswerken. Die Friedrich-Naumann-Stiftung gefiel mir, denn mir sagte der Grundgedanke zu: Es kommt nicht darauf an, woher du kommst, sondern wohin du willst. Ich möchte auch nicht anhand meiner Herkunft, sondern nur anhand meiner Leistung und meines Karrierewillens beurteilt werden. Also bewarb ich mich im vergangenen März 2019.“

**Start-ups in Deutschland: Jeder fünfte Gründer hat Migrationshintergrund, 3. Mai 2021**  
[www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de)

Der „Migrant Founders Monitor“ des Bundesverbands Deutscher Start-ups und der Friedrich-Naumann-Stiftung hat sich dazu knapp 2000 Start-ups angeschaut, von denen 354 von Menschen aus Familien mit Einwanderungsgeschichte gegründet wurden. [...] „Migrant Founders sollten bei der Vernetzung, etwa mit Wissenschaftseinrichtungen, mehr Unterstützung erhalten“, sagt Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung. Hier sei eine klare Lücke erkennbar.

**Mehrwertsteuer müsste wegen Rente auf 27 Prozent steigen, 9. Juni 2021**  
[www.t-online.de](http://www.t-online.de)

Nun warnt das Ifo-Institut in einer neuen Studie im Auftrag der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung vor einem massiv höheren Finanzierungsbedarf für den Bundeshaushalt. Die Untersuchung liegt t-online vor. Zuvor hatte die „Bild“-Zeitung berichtet. Demnach steigen die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung von heute 9 Prozent auf fast 12 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung im Jahr 2050. Der Grund laut der Untersuchung: die Alterung der Gesellschaft und die Rentenreformen der vergangenen Jahre. [...] Es gibt bereits haufenweise Vorschläge, wie die Rente zukunftsfest gemacht werden soll. Neben der Idee, das Rentenalter heraufzusetzen, steht auch der FDP-Vorschlag einer Aktienrente im Raum sowie ein flexibles Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild.

**Ein gewaltiges Plus ab 2025, Gastbeitrag von Karl-Heinz Paqué, 16. Mai 2021**  
[www.wiwo.de](http://www.wiwo.de)

Falsch ist es allerdings, die Schuldenbremse auf lange Sicht aufzugeben, denn dies wäre ein katastrophales Signal an die Finanzmärkte, dass der Staat vor der finanzpolitischen Herausforderung des Haushaltssausgleichs kapituliert. Da Deutschland in Europa eine Schlüsselrolle spielt, hätte dies auch destabilisierende Wirkung auf jene Länder, deren Bonität hinter der deutschen herhinkt. Die Kreditwürdigkeit des Euroraums und der EU insgesamt würde leiden – mit fatalen Folgen.

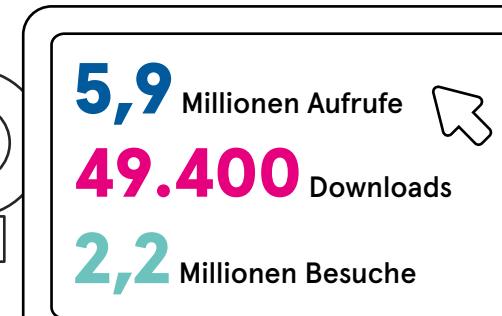
**Immer mehr Ideen beleben die Innenstadt, 4. August 2021**  
[www.faz.net](http://www.faz.net)

Lastenräder per App, digitale Marktplätze und neue Aktionen: Innovationen sollen mehr Menschen ins Zentrum locken, zeigt eine neue Studie. Was hilft der Innenstadt? Um die Rolle des urbanen Zentrums sorgen sich deshalb Kommunen, Vermieter und Forscher. Wissenschaftler vom Stuttgarter Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation haben nun die Lage der Innenstädte in Deutschland untersucht und weisen mit zahlreichen Beispielen Wege in die Zukunft. Temporäre Spielgeräte auf zentralen Plätzen und urbane Landwirtschaft mit dem britischen Vorbild sollen Abwechslung mit sich bringen, aber auch hybride Einzelhandelsangebote, Pop-up-Straßenlokale und virtuelle Stadttrundgänge, die Einwohner anziehen. Die Studie zur „Zukunft der Innenstädte“ im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit liegt der F.A.Z. vorab vor.

**Schluss mit illegalen Push-Backs! Flüchtlinge sind Menschen, keine Waren, Gastbeitrag von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, 25. Juni 2021**  
[www.focus.de](http://www.focus.de)

Immer wieder werden Menschenrechtsverstöße in Europa aufgedeckt. Eine neue Dimension sind illegale Push-Backs. Obwohl sich die Staats- und Regierungschefs regelmäßig treffen, wie jüngst, verrät die Europäische Union an den Außengrenzen noch immer ihre eigenen Werte. [...] Push-Backs verstoßen nicht nur gegen die Achtung der Menschenrechte, sondern auch gegen das sogenannte Non-Refoulement-Prinzip der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951. Es untersagt die erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen in ein Land, wo Verfolgung, die Gefahr menschenunwürdiger Behandlung und Folter drohen. Jeder Mensch hat das Recht, einen Asylantrag zu stellen, denn erst dann kann rechtsstaatlich geprüft werden, ob die Person zurückgeschickt wird oder nicht. Und dieses Recht gilt auch an EU-Außengrenzen.

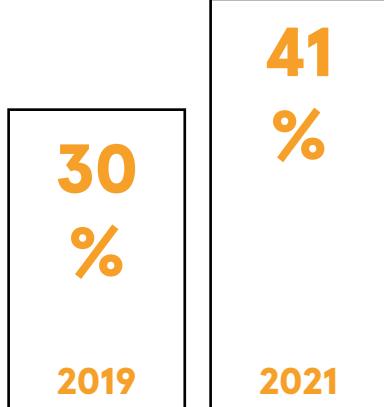
# DIE STIFTUNG IN ZAHLEN 2021



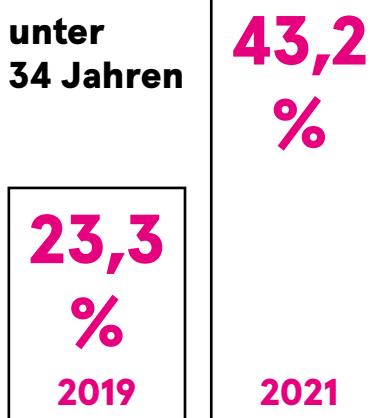
## Stiftungs-Webseite



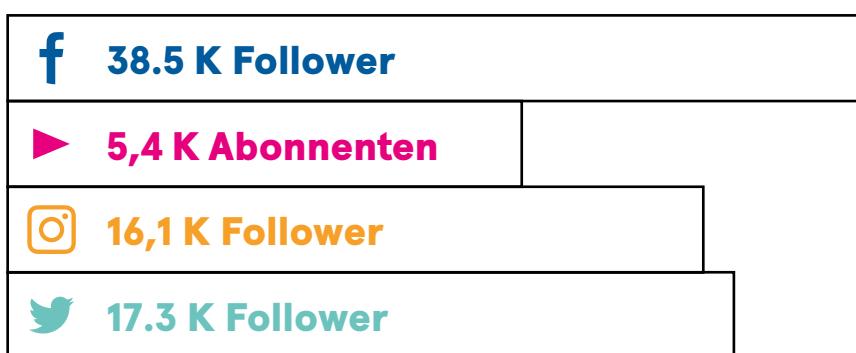
## YouTube-Userinnen



## YouTube-Userinnen und -User unter 34 Jahren



Wir konnten mehr weibliche und jüngere Zielgruppen erreichen.



# UNSERE DIGITALEN BILDUNGSANGEBOTE

+Freiheit ist die zentrale Plattform für die digitalen Angebote der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Auf [plus.freiheit.org](https://plus.freiheit.org) finden Sie viele unserer digitalen Formate als Livestream oder On-Demand in der Mediathek. Im Webshop unter [shop.freiheit.org](https://shop.freiheit.org) finden Sie außerdem aktuelle Webtalks, digitale Trainings, Themenseminare und Workshops.

## Digitale Veranstaltungen

Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutieren wir in digitalen Vorträgen und Live-Talks politisch relevante Themen und liberale Lösungen für die Zukunft. Diskutiert wird über eine breite Themenpalette aus den Kernthemen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit: über Bildung und Digitalisierung, Infrastruktur, Klima und Wirtschaftspolitik, Bürger- und Menschenrechte, Themen globaler und internationaler Politik sowie Kultur und Zeitgeschichte. Die Veranstaltungen wurden digital und teils hybrid durchgeführt. Highlights waren beispielsweise die internationale Konferenz „Global Ambitions“, die „Rede zur Freiheit“ des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Dr. Lars Feld und die Verleihung des „Raif Badawi Award 2021“ an den türkischen Journalisten Alican Uludağ. Auch die Länderbüros der Stiftung präsentierten Veranstaltungsreihen zu aktuellen Themen: zum Beispiel 1700 Jahre jüdisches Leben, der 50. Jahrestag der Freiburger Thesen, Chinas Moderne oder FemaleChangeMaker. In der Mediathek sind viele unserer digitalen Veranstaltungen weiterhin online verfügbar.



#### FNFMasterclass

Liberale Kernthemen neu denken: Im April 2021 startete die FNFMasterclass. In kurzen Videoreihen stell-

ten interessante Akteurinnen und Akteure wichtige Zukunftsthemen vor und diskutierten sie anhand von aktuellen politischen Herausforderungen. Zum Auftakt der Masterclass-Reihe gab es sechs Video-Tutorials, die liberale Ansätze für die Bildungspolitik der Zukunft erklären.



#### FNFInsights

FNFInsights ist das digitale Trainingsformat der Theodor-Heuss-Akademie. Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bieten Tipps und exklusives Hintergrundwissen, unter anderem zu folgenden Themen: Worauf kommt es bei der modernen politischen Kommunikation in Sozialen Medien an? Oder: Was muss man beim Fundraising beachten? Die Trainings sind nach einer kostenlosen Registrierung verfügbar.



#### Podcasts

Anfang 2021 wurde das Podcast-Angebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit weiter internationalisiert: Im Podcast „Weltoffen“ diskutieren monatlich Stiftungsmitarbeitende der Auslandsbüros aktuelle politische Themen wie Migration, Flucht und Rechtspopulismus, die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, die Rolle Taiwans oder Südafrikas Energiekrise. Der Ti-

tel „Weltoffen“ fasst zusammen, wofür unsere internationale Arbeit steht: Toleranz, Neugierde, Vielfalt und die Förderung offener, demokratischer und liberal verfasster Gesellschaften. Der Podcast „Weltoffen“ ist auf allen bekannten Podcast-Plattformen zu finden.

# PUBLIKATIONEN 2021

**HOW TO COUNTER DISINFORMATION**  
10 Strategic Demands

Ann Cathrin Riedel

ANALYSIS

QR code linking to the publication.

**HILDEGARD HAMM-BRÜCHER**  
Mit Leidenschaft für Demokratie und Freiheit

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG für die Freiheit

QR code linking to the publication.

**MIGRANT FOUNDERS MONITOR 2021**  
Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG für die Freiheit

Landesverband Deutsche Startups e.V.

ANALYSE

**50 Jahre Freiburger Thesen**  
**WANDEL BEGINNT IM KOPF**

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG für die Freiheit

Freiburg.org

**RE:START21 FREIHEITS-RECHTE**  
Policy Paper

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG für die Freiheit

RE:START 21

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger  
Teresa Widlok

**REDEN VON SABINE LEUTHEUSER-SCHNARRENNBERGER**

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG für die Freiheit

QR code linking to the publication.

**REDEN VON DR. GUIDO WESTERWELLE**

FRIEDRICH NAUMANN STIFTUNG für die Freiheit

QR code linking to the publication.

ADL: Elly Heuss-Knapp – „Naumannianerin“ und erste First Lady | Dr. Jürgen Frölich | A5 | Public History // Marie-Elisabeth Lüders – Vorkämpferin für Menschenrechte | Dr. Wolther von Kieseritzky | A5 | Public History // Hildegard Hamm-Brücher – Mit Leidenschaft für Demokratie und Freiheit | Dr. Wolther von Kieseritzky | A5 | Public History // Walter Hirche – Liberaler Pragmatiker aus Niedersachsen | Prof. Dr. Ewald Grothe | A4 | Sonderprojekt // **Fortschritt durch sozialen Liberalismus** – Sammelband mit 15 Beiträgen über den Stiftungspatron Friedrich Naumann | Dr. Jürgen Frölich, Prof. Dr. Ewald Grothe, Dr. Wolther von Kieseritzky | Buch | Sonderprojekt | Projektförderung // Redenband Walter Scheel – Unerhörte Reden | Knut Bergmann, Gundula Heinen, Prof. Dr. Ewald Grothe | Buch | Sonderprojekt | Projektförderung // Karl-Hermann Flach – Reformer und Erneuerer des Liberalismus | Dr. Ewald Grothe, Dr. Wolther von Kieseritzky | A5 | Public History // Werner Maihofer – Für einen sozialen Liberalismus | Dr. Ewald Grothe | A5 | Public History // Wolfgang Mischnick – Der stille Macher | Sven Prietzel | A5 | Public History // Jahrbuch zur Liberalismusforschung 33/2021 | Dr. Jürgen Frölich, Prof. Dr. Ewald Grothe, Dr. Wolther von Kieseritzky (Hrsg.) | Buch | Sonderprojekt // **Wandel beginnt im Kopf – 50 Jahre Freiburger Thesen** | Thomas Volkmann, Dr. Ewald Grothe | A4 | Sonderprojekt // Rudolf Virchow – Liberaler Fortschritt in Wissenschaft und Politik | Dr. Wolther von Kieseritzky | A5 | Public History

Li: Bürgerrepublik Deutschland – Demokratieinnovation im 21. Jahrhundert | Marie Wutzler, Josef Lentsch | A4 | Analysen // **Wohneigentumspolitik in Europa** | Pekka Sagner, Michael Vogtländer | A4 | Analysen // **Ethik des Weltbürgers – Ein Essay** | Alexander Görlach | A4 | Analysen // **Rentenpolitik im Schatten der Babyboomer** | ifo Institut | A4 | Gutachten // **Plastik – Wertstoff oder Umweltsünder?** Liberaler Ideen für einen nachhaltigen Umgang mit Kunststoffen | Christine Frohn | A4 | Analysen // **Nachhaltige Stadt – Liberale Ideen für urbanen Klima- und Umweltschutz** | Dr. Dirk Assmann, Christine Frohn | A4 | Analysen // **Wahlsynopse zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021** | Thomas Volkmann | A4 | Wahlsynopse // **Migrant Founders Monitor 2021 – Founders with a migration background (engl.)** | Bundesverband Deutsche Startups e.V. | A4 | Gutachten // **Social Market Economy – The principles behind Germany's economic success** | Justus Lenz | A5 | Fokus // **10-Punkte-Guide Stadtentwicklung** | Dr. Dirk Assmann | A4 | Analysen // **Free the Economy – Ansätze zur Bewältigung der Corona-Wirtschaftskrise** | Justus Lenz, Annett Witte, Steffen Saebisch | A5 | Fokus // **RE:START21 Freiheitsrechte** | Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Teresa Widlok | A5 | Fokus // **Migrant Founders Monitor 2021 – Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund** | Bundesverband Deutsche Startups e.V. | A4 | Analysen // **Umweltpolitik – Liberale Ideen für Umwelt- und Naturschutz** | Christine Frohn | A5 | Fokus // **X-Road für Deutschland – Lehren aus der estnischen Verwaltungsdigitalisierung** | Justus Lenz, Dr. Florian Hartleb | A4 | Analysen // **Nur mal kurz die Welt retten – Studie zum politischen Interesse junger Menschen in Baden-Württemberg** | Axel Dammler | A4 | Gutachten // **Die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland** | Robin Jessen, Niklas Isaak, Philipp Jäger |

A4 | Gutachten // **Ganzheitliche ökologische Bilanzierung von Verkehrssystemen** | KRBE GmbH | A4 | Gutachten // **Die liberale Stadt** | Dr. Dirk Assmann | A5 | Fokus // **Guido Westerwelle – Der weltläufige Performer** | Thomas Volkmann | A5 | Public History // **Praxisleitfaden Kommunalpolitik Thüringen** | Steffen Peter | A5 | Fokus // **Praxisleitfaden Kommunalpolitik Sachsen-Anhalt** | Martin Hoffmann | A5 | Fokus // **Praxisleitfaden Kommunalpolitik Sachsen** | Thomas Widra | A5 | Fokus // **Entwicklung eines periodischen Überwachungsbarometers für Deutschland – Pilotprojekt** | Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht, Abteilung Öffentliches Recht | A4 | Gutachten // **Praxisleitfaden Kommunalpolitik Hessen** | Wolfram Dette, Hans-Otto Kneip | A5 | Fokus // **Wahlsynopse zur Landtagswahl Baden-Württemberg am 14. März 2021** | Thomas Volkmann | A4 | Wahlsynopse // **Wahlsynopse zur Landtagswahl Rheinland-Pfalz am 14. März 2021** | Thomas Volkmann | A4 | Wahlsynopse // **Wahlsynopse zur Abgeordnetenhauswahl Berlin am 26. September 2021** | Thomas Volkmann | A4 | Wahlsynopse // **Wahlsynopse zur Bundestagswahl am 26. September 2021** | Thomas Volkmann | A4 | Wahlsynopse // **Wahlsynopse zur Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern am 26. September 2021** | Thomas Volkmann | A4 | Wahlsynopse // **Reden von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** | Teresa Widlok | A5 | Redensammlung // **Gamechanger – Die Liberalen und die Anfänge der deutschen Umweltpolitik** | Christine Frohn | A5 | Public History // **Praxisleitfaden Kommunalpolitik Niedersachsen** | Dr. Silke Fricke | A5 | Fokus // **Zukunft der Innenstädte – Innovationspotenziale in der Entwicklung zukunftsfähiger Innenstadtkonzepte** | Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO | A4 | Gutachten // **Ökonomische Inhalte in Kinder- und Jugendbüchern** | Prof. Dr. Hans-Jürgen Schlösser, Dr. Michael Schuh, Helene Schlösser | A4 | Gutachten // **Unternehmenssteuern und die Corona-Krise in Deutschland** | Prof. Dr. Christoph Spengel, Theresa Bührle, Leonie Fischer | A4 | Gutachten // **Reden von Dr. Guido Westerwelle** | Thomas Volkmann | A5 | Redensammlung // **Tagungsband „Cybersecurity als Unternehmensleistungsaufgabe“** | Prof. Dr. Gerritt Hornung u.a. (Hrsgg.) | Buch | Sonderprojekt | Projektförderung // **Ich tue es für euch – Was wir von einer hundertjährigen Holocaustüberlebenden über Vergebung, Hoffnung und Toleranz lernen können** | Margot Friedländer, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger | Buch | Sonderprojekt | Projektförderung

GT: Was tun gegen Desinformation? | Ann Cathrin Riedel // **Die Demokratie plattformfest machen** | Ann Cathrin Riedel // **Krieg mit anderen Mitteln** | Ann Cathrin Riedel // **RE:START21 Reshape Europe** | Ruben Dieckhoff, Ann Cathrin Riedel, Michaela Lissowsky // **Focus Human Rights** | Michaela Lissowsky // **Weltpolitikfähigkeit post-Afghanistan** | Theresa Winter // **Human Rights Defenders – Fighting for Freedom and Democracy** | Michaela Lissowsky // **Liberale Menschenrechtsarbeit 2021** | Michaela Lissowsky



REDE ZUR FREIHEIT MIT LARS FELD

RAIF BADAWI AWARD FÜR ALICAN ULUDAĞ

INTERNATIONALE KONFERENZ „GLOBAL AMBITIONS“

GEDENKVERANSTALTUNG FÜR HANS-DIETRICH GENSCHER

IDEEN FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

JAHRESTAGE 2021

60 JAHRE MAUERBAU

50 JAHRE FREIBURGER THESEN

# 15. BERLINER REDE ZUR FREIHEIT MIT LARS FELD

## „Konsolidierung der öffentlichen Finanzen kein Selbstläufer“

Die deutsche Wirtschaftspolitik müsse sich regulatorisch, forschungs- und innovationspolitisch auf die aktuellen Veränderungen einstellen, so Prof. Dr. Lars Feld. Der Ökonom hat am 19. April 2021 die 15. Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor gehalten. Auch in der Krise seien ordnungspolitische Leitprinzipien für eine solide Finanzpolitik entscheidend.

### AUSZUG AUS DER REDE:

Die deutsche Wirtschaftspolitik steht jenseits der Bewältigung der Corona-Krise vor vier großen Herausforderungen: der Klimaerwärmung, der Digitalisierung, den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der demografischen Entwicklung. Diese vier großen Megatrends bestanden schon zuvor, sind teilweise Dauerbrenner der politischen Debatte und werden von der Corona-Pandemie akzentuiert, teils beschleunigt, im Grunde aber nicht ursächlich getrieben.

Der Klimaschutz ist eines der zentralen politischen Themen unserer Zeit. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat seit Jahren, in besonderer Intensität seit der Energiewende mit ihrer viel zu teuren Förderung erneuerbarer Energien, darauf gesetzt, dass nur eine merkliche Bepreisung von CO<sub>2</sub> die Emis-

sionen eindämmen wird. Dies lässt sich am günstigsten über ein Emissionshandelssystem erreichen, nicht zuletzt, weil die internationale Kompatibilität solcher Systeme vorteilhaft ist.

[...]

Die deutsche Wirtschaftspolitik muss sich auf die jüngsten Veränderungen, vor allem im Bereich Künstliche Intelligenz, einstellen – regulatorisch, aber vor allem forschungs- und innovationspolitisch. Hier sind die öffentlichen Haushalte wiederum mit Infrastrukturmaßnahmen (Breitband, 5G) und mit Ausgaben für Forschung und Entwicklung gefragt. Dazu gehört zudem, die Rückstände in der Digitalisierung der öffentlichen Hand – öffentliche Verwaltung, Gesundheits- und Bildungswesen – aufzuholen. Die Corona-Krise hat schonungslos aufgedeckt, wie weit Deutschland hier hinterherhinkt.

[...]

Jedenfalls tut Deutschland gut daran, vor diesem Hintergrund seine solide Finanzpolitik fortzusetzen und nach der Bewältigung der Corona-Krise wieder zur Regelgrenze der Schuldenbremse zurückzukehren. Deutschland ist nolens volens wichtigster Haftungsgeber in der Europäischen Währungsunion und trägt damit eine besondere Verantwortung für deren Stabilität.

Allerdings wird die Einhaltung der Schuldenbremse in der Zukunft schwieriger werden. Ab dem Jahr 2025 wird sich der lange erwartete demografische Wandel intensivieren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Dies führt zu einer Belastung der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Gesetzlichen Rentenversicherung, weil weniger Beitragszahler einer größer werdenden Gruppe von Leistungsempfängern gegenüberstehen.

[...]

Die nach der Corona-Krise erforderliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird kein Selbstläufer. Die Konsolidierung im Wesentlichen über Wirtschaftswachstum ist nicht einfach. Zwar wird dies einen Beitrag zur Konsolidierung leisten. Aber ohne eine Politik der Ausgabenkontrolle wird die Konsolidierung nicht gelingen, vor allem angesichts der demografischen Entwicklung. Deshalb sollte das Ausgabenwachstum hinter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zurückbleiben.

Seit ihrer Einführung lässt sich nicht erkennen, dass die Schuldenbremse den Staat daran gehindert hätte, öffentliche Investitionen durchzuführen oder mit expansiver Fiskalpolitik konjunkturpolitisch gegenzuhalten. Die aktuelle Situation in der Corona-Krise belegt vielmehr die Flexibilität der Schuldenbremse in der Krise.



### ÜBER DEN REDNER

Prof. Dr. Lars Feld ist Ökonom und Leiter des Walter Eucken Instituts an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Von 2011 bis 2021 war er Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Von März 2020 bis Februar 2021 war er dessen Vorsitzender.

Zu den bisherigen Rednern der Berliner Rede zur Freiheit gehörten unter anderem Udo Di Fabio, Dr. Joachim Gauck, Werner Hoyer, Christian Lindner MdB, Ahmad Mansour, Zhanna Nemzowa, Prof. Dr. Paul Nolte, Mark Rutte, Prof. Dr. Peter Sloterdijk, Gabor Steingart und Prof. Dr. Heinrich August Winkler.

# RAIF BADAWI AWARD FÜR ALICAN ULUDAĞ

## Einsatz für das freie Wort in der Türkei

Der diesjährige Raif Badawi Award für mutigen Journalismus ging an den türkischen Journalisten Alican Uludağ. Damit würdigte die Jury nicht nur den Preisträger selbst, sondern alle Journalisten in der Türkei: Weil sie sich trotz der Gefahren und Risiken nicht einschüchtern lassen und die Öffentlichkeit weiterhin mit Informationen versorgen.

Alican Uludağ hat sich in den vergangenen Jahren vor allem als investigativer Reporter an den Hohen Gerichten in der Türkei einen Namen gemacht – immer dann, wenn es in Verfahren um Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Behörden ging, um Justizmissbrauch und Korruptionsfälle in den Rängen der Regierungspartei.

In einer Zeit, in der die Mehrheit der türkischen Bürgerinnen und Bürger den Medien nicht mehr vertraut, ist die Arbeit von Alican Uludağ und anderen unabhängigen Journalisten von großer Bedeutung. „Seine investigativen Arbeiten sind geprägt von der kontinuierlichen Suche nach belastbaren Bewei-

sen. Er ist unerschrocken und geht bei seinen Recherchen immer wieder große Risiken ein“, hieß es in der Begründung der Jury. Der Preis wurde 2021 zum siebten Mal gemeinsam von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels vergeben.

Auch wenn seine Artikel in der Türkei für sehr viel Aufsehen sorgen: Konsequenzen hätten sie kaum, so Uludağ – keine Ermittlungen, keine Entlassungen, keine Rücktritte der Angeprangerten. Dafür stehe das türkische Justizsystem zu stark unter der Kontrolle des Präsidenten und seiner Partei. Das Präsidialsystem „a la Turca“ ermögliche es dem Präsidenten, die Hohen Gerichte und den „Rat der Richter und Staatsanwälte“ nach seinen Gunsten zu besetzen. So mit könne er wichtige Entscheidungen maßgeblich lenken. Wichtigste Beispiele für die Politisierung der türkischen Justiz seien die Fälle Kavala und Demirtaş: Die beiden Oppositionellen seien schon seit Jahren ohne eine schriftliche Anklage inhaftiert.

In seiner Dankesrede unterstrich Uludağ die wichtige Rolle der Medien und der Justiz für eine funktionierende Demokratie: „In Ländern, in denen die Medien nicht frei und die Justiz nicht unabhängig ist, können Bürgerinnen und Bürger an den demokratischen Prozessen nicht umfänglich teilnehmen. Wenn sie von den Medien nicht genügend und korrekt informiert werden, können sie unmöglich ihren wahren politischen Willen an der Wahlurne durchsetzen.“ Die Justiz in seinem Land bezeichnete er als ein Werkzeug des Machtapparates, um Medien und Opposition einzuschüchtern.

Doch all dieser Druck und die Risiken sind für Uludağ kein Grund, mit dem Journalismus aufzuhören. In seiner Rede würdigte er prominente Journalistinnen und Journalisten seines Landes, die für ihre Arbeit bereits mit dem Leben bezahlt haben mussten, und fügte hinzu: „Journalismus erfordert Mut – Mut zum Recherchieren, Mut zum Hinterfragen und Mut, gegen alle Mächtigen dieser Welt zu berichten.“ ■



Der diesjährige Preisträger Alican Uludağ (2.v.r.) mit dem Mitbegründer des Awards, Constantin Schreiber (r.), Ensaf Haidar, der Frau von Raif Badawi (3.v.r.), dem Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Karl-Heinz Paqué (2.v.l.) und Alexander Skipis, dem Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins des deutschen Buchhandels (l.).



# INTERNATIONALE KONFERENZ „GLOBAL AMBITIONS“

Auf der internationalen Konferenz „Global Ambitions“ diskutierten die Gäste über die EU-Standards der Digitalisierung, strategische Autonomie, europäischen Bildungsaustausch und den Freihandel.

Unter dem Eindruck der Corona-Pandemie-Krise stehen protektionistische Ideen wieder hoch im Kurs. Doch Fragen von Sicherheit, Frieden und Menschenrechten, von Wachstum, Globalisierung und der digitalen Transformation erfordern globale Antworten. Statt minimalem Fortschritt sind neue ambitionierte Projekte notwendig.

Die „Global Ambitions“-Konferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sollte genau dieses Mindset in die Politik tragen. Vom 21. bis 24. Juni 2021 diskutierten 16 Experten aus neun verschiedenen Ländern, wie die Krise als Chance genutzt werden kann. Unter der Moderation von Dr. Melinda Crane wurden in verschiedenen Panels die Themen Digitalisierung, Außenpolitik, Bildung und Globalisierung neu gedacht.

Ein Ergebnis war: Wir müssen uns die Digitalisierung mit Kreativität und Aufgeschlossenheit neu vorstellen, um sie für eine erfolgreiche Zukunft zu gestalten. Aber die Standards, die den digitalen Raum in Zukunft prägen werden, müssen demokratische und liberale Werte schützen. Ann Cathrin Riedel, Themenmanagerin für „Digitalisierung & Innovation“, formulierte im Eröffnungsvortrag „Shaping a New Digital World Order“: „Wir sollten stolz darauf sein, digitale Produkte zu liefern, die sich an den Menschenrechten orientieren. Meiner Meinung nach können wir die Tatsache, dass wir uns sorgen, als Vorteil gegenüber China nutzen.“

Mit der General Data Protection Regulation wurde deutlich, welchen globalen Einfluss europäische Gesetzgebung haben

„Wir sollten stolz darauf sein, digitale Produkte zu liefern, die sich an den Menschenrechten orientieren.“

Ann Cathrin Riedel,  
Themenmanagerin für  
„Digitalisierung &  
Innovation“ im Fachbereich  
Internationales

kann. Mit dem Digital Services Act und dem Digital Markets Act lassen sich der digitale Raum auf der Grundlage liberaler Werte regulieren sowie die Bürgerrechte und gesunder Wettbewerb schützen. Dies sollte die Welt auf die Bedrohung durch autoritäre Regime wie China und Russland vorbereiten. Professor Jan Hendrik Passoth erklärte, dass „es umso wichtiger ist, dass Organisationen wie die OECD und der IWF die Digitalisierung in Entwicklungsländern aktiv unterstützen.“

Am zweiten Kongresstag sollte die Stellung Europas im globalen Kampf um Kontrolle neu bewertet werden. In der Podiumsdiskussion waren sich die Teilnehmenden einig: Die EU-Mitgliedstaaten müssen anerkennen, dass die EU als strategisch eigenständiger Sicherheitsakteur notwendig ist. Angesichts der Auseinandersetzungen zwischen den USA und China sei es für Europa wichtig, seine eigenen Interessen zu verteidigen, insbesondere in den angrenzenden Regionen. Bachar El-Halabi, ein Experte für den Nahen Osten und Nordafrika, analysierte, dass „bestimmte Länder in der Region einen größeren Anteil an Verant-

wortung oder Macht übernehmen oder übernehmen wollen [...]. Das geht nach hinten los und ist in Libyen, im Jemen und anderswo nach hinten losgegangen.“ Die Teilnehmende schrieben die Verantwortung für diese neue europäische Entwicklung auch der Präsidentschaft von Donald Trump zu. Michael Link, MdB und ehemaliger Staatsminister, erklärte, es sei ein „Weckruf für viele in Europa gewesen, dass unser engster Verbündeter plötzlich nicht mehr verlässlich ist.“

Ein weiterer wichtiger Aspekt, wie wir die Zukunft gestalten, ist die internationale Bildungskooperation. Sowohl der Brexit als auch Corona haben vielen Formen der europäischen und internationalen Bildungskooperation schwere Schläge versetzt. Deshalb diskutierte das dritte Panel mit dem Titel „Beyond Brexit and Corona“ zahlreiche Herausforderungen für die Zukunft der Bildungskooperation. Die Podiumsteilnehmenden analysierten, dass viele Chancen ungenutzt blieben und neue Ideen benötigt würden, um neue Kooperationen auf der Basis liberaler Werte zu starten. Bettina Stark-Watzinger MdB betonte die Bedeutung des gemeinsamen Lernens und Forschens über internationale Grenzen hinweg.

Zum Abschluss der Konferenz diskutierten Ökonomen aus aller Welt, wie die Pandemie als Chance für einen Neustart der Globalisierung gesehen werden kann. Insbesondere unter dem neuen US-Präsidenten Joe Biden sei die Zeit gekommen, nach vier Jahren protektionistischer „America First“-Politik zu gemeinsamen Projekten zurückzukehren. Die Podiumsteilnehmenden stellten fest, dass eine neue Blaupause und ein starkes Signal für eine neue Ära der Globalisierung notwendig seien. Wie Deirdre Nansen McCloskey es zum Abschluss der viertägigen Konferenz formulierte: „Die WTO kann nur überreden, [...], aber sie hat überzeugende Argumente.“

# GEDENKVERANSTALTUNG FÜR HANS-DIETRICH GENSCHER

## „Globale Verantwortungspolitik“

Der Prozess der europäischen Einigung war eines der zentralen politischen Anliegen von Hans-Dietrich Genscher. Heute ist diese europäische Einigung in Gefahr. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gedachte zum fünften Todestag Genschers großen außenpolitischen und diplomatischen Leistungen.

Hans-Dietrich Genscher war zweifellos der wirkungsmächtigste liberale Außenpolitiker Deutschlands im 20. Jahrhundert. Integration in europäische und transatlantische Strukturen auf der einen, eine Politik der Entspannung und Versöhnung auf der anderen Seite waren die zentralen Koordinaten seiner Politik. Einer Politik, die mit den „friedlichen Freiheitsrevolutionen“ (Genscher) in Mittel- und Osteuropa sowie dem Wiedererlangen der deutschen Einheit ihr sinnbildliches Ende fand. In den letzten Jahren vor seinem Tod trieben ihn die zunehmenden weltpolitischen Herausforderungen um. Genscher konnte sich nicht vorstellen, dass sie in den Mustern traditioneller Machtpolitik bewältigt werden könnten. „Globale Verantwortungspolitik“ war das von ihm gewählte Begriffspaar.

„Ich halte nichts von Machtpolitik. Wir tragen eine große Verantwortung, die nicht nur geschichtlich begründet ist. Sie ergibt sich auch aus unserer geographischen Lage und aus unserem politischen und wirtschaftlichen Gewicht. Machtpolitik und Verantwortungspolitik widersprechen einander. Unsere Verantwortungspolitik gründet sich auf die Werte unserer Verfassung. Wir sind wohl das einzige Land, dessen Verfassung auch

*„Nach Beginn der Entspannungspolitik gab es keine sowjetische Intervention mehr im europäischen Machtbereich.“*

Hans-Dietrich Genscher,  
1. November 2012

*Vorgaben für die Außenpolitik enthält – als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen'. Verantwortungspolitik ist dagegen wertbezogen. Sie hat nach dem Zweiten Weltkrieg das Handeln aller deutschen Regierungen bestimmt. Nach Beginn der Entspannungspolitik gab es keine sowjetische Intervention mehr im europäischen Machtbereich. Mit der deutschen Ostpolitik und der Schlussakte von Helsinki wurde der Weg freigemacht für die Überwindung der Teilung Europas und Deutschlands.*

*Einer der Gründe für den Erfolg der europäischen Einigung sei gewesen, dass es ein Europa der Gleichberechtigung und der Ebenbürtigkeit der großen und der kleinen Staaten war. Dass nicht die kleinen Staaten machen müssten, was die großen tun. Deutsche Verantwortung ist es, sich in dieser Lage als das europäische Deutschland zu bewähren. Ein Deutschland, das in die Selbstisolation fliehen würde, wäre bald sehr, sehr einsam. Es würde kalt, eiskalt werden für*

*das Land in der Mitte Europas, für das Land mit den meisten Nachbarn. Den Zweiflern, den Kleinklägigen sei gesagt: An Deutschland darf Europa nicht scheitern!“*, sagte Genscher am 1. November 2012 im Willy-Brandt-Haus in Berlin.

Am 7. Februar 1992 war es dann so weit: Mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Union in Maastricht stimmten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft unter anderem für die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Genscher betonte stets die Bedeutung Europas für Deutschland. In seiner Rede in der Marktkirche von Halle am 17. Dezember 1989 machte er deutlich: „Europa ist unsere Chance. Eine andere haben wir Deutschen nicht. Deshalb ist deutsche Politik umso nationaler, je europäischer sie ist. Für den Frieden und eine glückliche Zukunft Europas zu arbeiten, das ist die europäische Berufung der Deutschen.“

Wer erinnert sich nicht an diese von tiefer Leidenschaft und Überzeugung geprägten Sätze des großen Liberalen und langjährigen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher? Anlässlich seines fünften Todestags am 31. März 2021 wurden im Rahmen einer hybriden Gedenkveranstaltung unter dem Titel „Globale Verantwortungspolitik“ wichtige Fragen diskutiert: Wie können wir heute im Rahmen einer „globalen Verantwortungspolitik“ weltpolitischen Herausforderungen begegnen? Was bedeutet das konkret für Deutschland und Europa? Gäste waren unter anderem Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Alexander Graf Lambsdorff MdB, Leszek Balcerowicz, Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Munich Security Conference, Michael Link MdB und Annemie Neyts. ■

# IDEEN FÜR DIE ZUKUNFT EUROPAS

Europa hat mannigfache Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit möchte die Zukunft Europas mitgestalten. Im In- und Ausland arbeitet sie daran, die Europäische Union Stück für Stück besser und bürger näher zu machen.

**Die Europäische Union ist ein global einzigartiger Raum des Friedens, des Wohlstands und des gemeinsamen Rechts. Das europäische Projekt ist zunehmend von innen wie außen unter Druck geraten. Bei wichtigen politischen Entscheidungen erschwert Uneinigkeit zwischen europäischen Lösungen einerseits und Alleingängen der Mitgliedstaaten andererseits ein geeintes Vorgehen und schwächt die Rolle der Europäischen Union als globale Akteurin.**

Um die Handlungsfähigkeit der Union auszubauen und ihre Rolle auf der internationalen Bühne zu stärken, bedarf es grundlegender Reformen. Daher rief die Europäische Kommission im Mai 2021 die „Konferenz zur Zukunft Europas“ ins Leben. In einem nie dagewesenen um-

fassenden Konsultationsverfahren sollten die Meinungen und Reformideen der Unionsbürgerinnen und -bürger gesammelt, aufbereitet und in den politischen Prozess eingespeist werden. Am 9. Mai 2021, dem Europatag, starteten europaweit Bürgerdialoge, in denen Defizite benannt und Lösungsverschläge diskutiert wurden.

Aus der Überzeugung, dass die Europäische Union liberaler, lebendiger und vor allem bürger näher werden muss, beteiligt sich auch die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit an den Bürgerkonsultationen. Sie veranstaltete 2021 bundesweit 18 Bürgerdialoge mit weit über tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Und auch im europäischen Ausland trat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch: So organisierte das Stiftungsbüro in

Bukarest gemeinsam mit der liberalen Europafraktion „RenewEurope“ eine Tagung zur Zukunft der EU. Einen Tag lang setzten sich junge Europäerinnen und Europäer mit Fragen auseinander, die für die Gestaltung der europäischen Zukunft entscheidend sind: Wie kann die Bürgerbeteiligung innerhalb der EU erhöht werden? Welche institutionellen Reformen benötigt unsere Union? Wo kann die EU einen Mehrwert bieten, wo eher nicht? Die Antworten überbrachte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit der EU-Kommission. Dadurch stellt sie sicher, dass die Meinungen und Reformvorschläge der Teilnehmenden auch gehört werden.

Während die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2021 vornehmlich Bürgerinnen und Bürger der EU zu ihren Vorstellungen zur Zukunft Europas befragte, wird sie 2022 „Europa“ zu ihrem globalen Jahresthema machen. Überall auf dem Globus werden sich die Projektbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Fragen beschäftigen, wie gerade auch vor dem Hintergrund der russischen Invasion in der Ukraine die EU an sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Relevanz gewinnen kann: Besitzt die EU als hochintegrierter Raum der Freiheit, des Handels und des gemeinsamen Rechts Vorbildcharakter für andere Weltregionen? Was kann die EU von anderen Weltregionen lernen? Wie sind weitere Integrationsschritte zu gestalten, um ein wertebasiertes Fundament mit einem globalen Gestaltungsanspruch zu verbinden?

Als liberale Stiftung wollen wir Verantwortung übernehmen, die EU weiterzuentwickeln, Reformen voranzutreiben und sie als positives Element fest in den Köpfen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verankern. ■

# JAHRESTAGE 2021

40. Jahrestag  
der Ermordung  
Heinz Herbert Karrys



11. Mai 1981



70 Jahre  
EGKS-Vertrag

18. April 1951

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

1. April 1991



30 Jahre nach der Ermordung  
Detlev Karsten Rohwedders



100. Geburtstag  
von Hildegard  
Hamm-Brücher

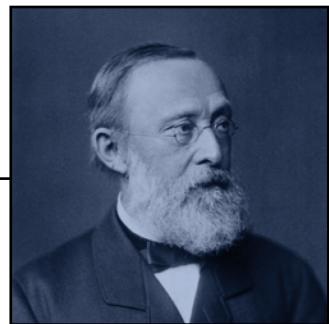
11. Mai 1921



70 Jahre  
Bundesverfassungsgericht

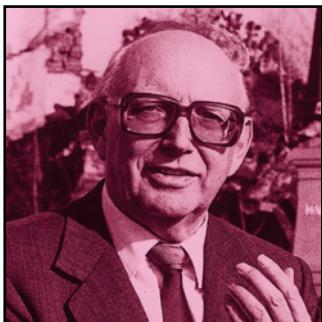
28. September 1951

200. Geburtstag  
von Rudolf Virchow



13. Oktober 1821

100. Geburtstag von  
Wolfgang Mischnick

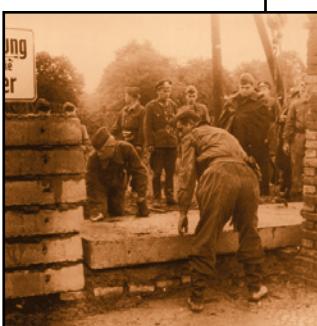


29. September 1921

85. Geburtstag  
von Klaus Kinkel



17. Dezember 1936

JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
					14. November 1961
					
		60 Jahre Mauerbau			60 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
	13. August 1961				
					
		50 Jahre Freiburger Thesen			27. Oktober 1971

# 60 JAHRE MAUERBAU

## Flucht in die Freiheit

Am 13. August 1961 begann der Bau der Berliner Mauer. Bis zum Mauerfall starben mindestens 140 Menschen beim Versuch, die Grenze zu überwinden – weil sie im Westen in Freiheit und Demokratie leben wollten.

2021 jährt sich zum 60. Mal der Bau der Berliner Mauer. Die einseitige Sperrung der Grenze für Bürgerinnen und Bürger der DDR sollte die anhaltende Abwanderung in den Westen verhindern. Die 155 Kilometer lange Mauer trennte nicht nur Familien, sie spaltete ein ganzes Volk.

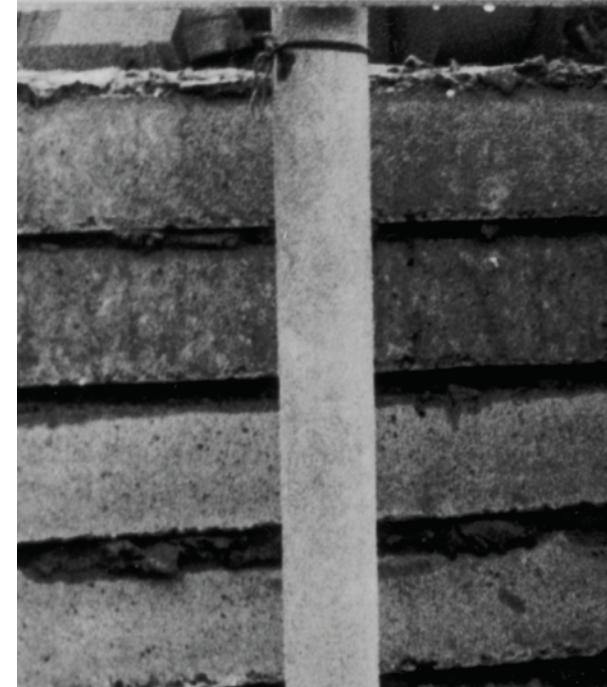
„Diejenigen, die das Schließen der Grenze damals rechtfertigten und es zum Teil noch heute tun, ordnen das persönliche Glück der Menschen bestimmten staatlich verordneten Zielen unter“, so Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. „Sie halten das kollektive Ziel – vor 60 Jahren ging es um den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft – für ethisch wichtiger als das individuelle Streben nach Glück, ‚the pursuit of happiness‘, wie es die amerikanische Verfassung so wunderbar formuliert. Genau diese Priorität des Kollektiven über das Individuelle ist der Kern des Totalitarismus.“ Es sei die Demarkationslinie zwischen einem kollektivistischen und einem freiheitlichen Weltbild. All diejenigen, die eine Abstimmung mit den Füßen als Flucht vor der Verantwortung oder gar Desertieren von der Pflicht deuten, würden die Freiheit im Kern nicht ernst nehmen. Denn zu dieser Freiheit gehöre zwingend das Verlassen von Verhältnissen, die als unerträglich oder auch nur unattraktiv für die eigene Lebensgestaltung angesehen werden, so Paqué.

Anlässlich des 60. Jahrestags des Mauerbaus lud die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zur Gedenkveranstaltung „Erinnerung an 60 Jahre Mauerbau“ nach Potsdam. Der Zeitzeuge Hartmut Richter berichtete von seinen persönlichen Erfahrungen. Er selbst war 1966 in den Westen geflüchtet und hatte von 1973 bis 1975 als Fluchthelfer Menschen den Weg in die Freiheit ermöglicht. Schließlich wurde er selbst von der Stasi erwischt und zur Höchststrafe verurteilt. Anschließend diskutierten Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, der ehemalige „Koordinator neue Bundesländer“ Dr. Johannes Ludewig und der Berliner Soziologe Prof. Dr. Steffen Mau über die gesellschaftliche Bedeutung des Mauerbaus für die Deutschen.

Welche Folgen hatte der Mauerbau für die folgenden Generationen? Spielen Kategorien wie „Ossi“ und „Wessi“ heute noch eine Rolle? Diese Fragen wollte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf einer Podiumsdiskussion diskutieren, die sie unweit der ehemaligen Mauer im Strandareal BeachMitte veranstaltete. Unter dem Titel „Niemand



1961: Soldaten bauen auf Anweisung der DDR-Behörden die Berliner Mauer.



hat die Absicht ...“ wurde mit Gästen aus Wirtschaft, Medien und Literatur über die Folgen der Teilung sowie den aktuellen Stand und die Zukunft der Deutschen Einheit diskutiert. Auf drei Panels mit gemischten Ost-West-Biographien sprachen Yvonne Wende, Geschäftsführende Direktorin der Europäischen Bildungsstiftung gGmbH; Dr. Andrea Peters, Partnerin der Kanzlei Müller, Radack, Schultz Rechtsanwälte Partnerschaft mbB Berlin; Christine Richter, Chefredakteurin der Berliner Morgenpost; der Landeskorrespondent Brandenburg (DLF) Christoph Richter; Schriftstellerin Tanja Dükers sowie der Schriftsteller Marko Martin. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dietmar Ringel.

„Der Bau der Berliner Mauer gehört zu den dunkelsten und traurigsten Ereignissen der Zeitgeschichte. Und zu den schwersten Niederlagen der Freiheit, die es je gegeben hat“, sagte Karl-Heinz Paqué in seiner Begrüßungsrede. Die Fluchtversuche hätten deutlich gemacht, welche gewaltigen Risiken einzelne Menschen bereit waren einzugehen, nur um in die Freiheit zu kommen.



„Diejenigen, die es wagten, zu fliehen, verdienen eine ehrende Erinnerung, voller Demut und Respekt. Sie haben der Freiheit ein Denkmal gesetzt.“

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Dies verdiene eine ehrende Erinnerung voller Demut und Respekt. Die Teilung sei heute überwunden, der Aufbau und die Transformation waren schwieriger und schmerzhafter, als viele zu Beginn gedacht hätten. „Wirtschaftlich ist die Deutsche Einheit 30 Jahre nach dem Mauerfall annähernd abgeschlossen“, so Paqué weiter. „Der Osten Deutschlands ist nach allen Maßzahlen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit annähernd auf dem Niveau des Westens, das gilt vor allem für die urbanen Zentren, die wieder richtig wachsen.“ Schwieriger sei jedoch der gesellschaftliche Wandel.

Dr. Andrea Peters: „Mehr Wissen über die Menschen im Osten, mehr Zuhören hätte das Zusammenwachsen leichter gemacht. Noch heute muss mehr Aufklärung geleistet werden.“

Yvonne Wende: „Wir wollen nie wieder einen solchen Sozialismus, wir wollen nie wieder eingesperrt sein.“

Tanja Dückers: „Es gibt eine Lebensqualitätsverbesserung und Angleichung. Man sollte sich auf das besinnen, was alles geschafft wurde nach der Wende.“

Marko Martin: „Der Westen war mein Sehnsuchtsziel, aufgrund der gegebenen Möglichkeit, kritisch zu hinterfragen.“

Christoph Richter: „Die Menschen in Ostdeutschland haben noch mit der Transformation zu kämpfen. Es schlägt sich nieder, dass es keine Demokratieerfahrung in der DDR gab. Wir müssen mehr miteinander reden und zuhören.“

Christine Richter: „Es war harte Arbeit von den Bürgerrechtler und den Menschen, die auf die Straße gegangen sind.“

Die Diskussionsteilnehmenden waren sich einig: Die Erinnerung an die deutsche Teilung darf nicht verblassen. Freiheit ist nie selbstverständlich. Sie muss geschützt und verteidigt werden. „Der Wandel ist Teil des großen welthistorischen Umbruchs, der in den 1990er Jahren stattfand, und dieser ist längst noch nicht abgeschlossen“, resümierte Paqué. ■

# 50 JAHRE FREIBURGER THESEN

Wandel beginnt im Kopf

Die Freiburger Thesen beschrieben das wohl fortschrittlichste politische Zukunftsmodell nach 1945. Das Parteiprogramm der Liberalen war innovativ, progressiv und visionär. Der Mythos Freiburg wirkt bis heute nach.

Am 27. Oktober 1971 verabschiedete die FDP mit den Freiburger Thesen ein vielbeachtetes Grundsatzprogramm. Es war im Zuge der politischen Veränderungen seit 1969 entstanden und trug die Handschrift von Persönlichkeiten wie Walter Scheel, Werner Maihofer und Karl-Hermann Flach. Vier Kernthesen bildeten das Fundament: Menschenwürde durch Selbstbestimmung, Fortschritt durch Vernunft, Demokratisierung der Gesellschaft und Reform des Kapitalismus.

Die Freiburger Thesen waren ein Meilenstein für den modernen Liberalismus. Als erste Partei in der Bundesrepublik Deutschland verabschiedete die FDP mit den Freiburger Thesen 1971 ein Umweltprogramm. Dieses Programm bildete schließlich das Fundament für die Umweltprogrammatik aller Parteien. Die Liberalen verdeutlichten damit ihren reformatorischen Programmanspruch und etablierten sich als Gamechanger für die Umweltpolitik.

## INNOVATIONSKRAFT DES „MYTHOS FREIBURG“

„Am besten lässt sich aus heutiger Warte die überragende Innovationskraft der Thesen ermessen, wenn man auf die Umweltpolitik blickt“, so Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. „Was sich dort an Forderungen fand, hat an Aktualität nicht verloren, sondern dramatisch gewonnen – bis hin zur aktuellen Klimapolitik. Man könnte gar sagen: Die Freiburger Thesen nahmen den Geist des Berichts des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums, der erst 1972 erschien, um wenige Monate vorweg. Die FDP wurde damit zum Pionier in einem völlig neuen politischen Gebiet, und sie hat dies auch praktisch umgesetzt: durch Schaffung einer Umweltabteilung im Bundesinnenministerium, der Vorläuferin eines eigenständigen Umweltministeriums, das dann ein Jahrzehnt später folgte. Der ‚Mythos Freiburg‘ liegt in dieser Innovationskraft begründet. Er wirkt bis heute nach.“

Auch die Wirtschaftswissenschaftlerin Veronika Grimm sieht Parallelen zu heute: „Soziale Gerechtigkeit durch Umweltschutz war die Triebfeder der politischen Initiativen der Sechzigerjahre. Dies ist auch in den Freiburger Thesen erkennbar, die sich einem Liberalismus nähern, der im Einklang mit Gemeinschaft, Mitmenschlichkeit und Partizipation in der Demokratie steht. Diese

Gedanken sind heute wichtiger denn je.“ Die Freiburger Thesen zielten auf eine Demokratisierung der Gesellschaft. Und heute? „Es geht auch und vor allem darum, die Demokratisierung voranzutreiben und die Politik wieder responsiv gegenüber breiten Teilen der Bevölkerung zu machen. Auch das war ein zentrales Anliegen der Freiburger Thesen“, sagt Prof. Michael Zürn, Direktor der Abteilung Global Governance am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Die Liberalen reagierten frühzeitig auf die Herausforderungen einer Gesellschaft, die sich im Umbruch befand. Sie diskutierten die Eckpunkte der notwendigen Modernisierung: in der Außen- und Deutschlandpolitik, in den Ordnungskonzepten der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in Bildung, Infrastruktur und Verwaltung. Das schlug sich auch innerparteilich nieder mit der neuen Spalte um Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher. So hieß es im Wahlkampf 1969: Man wollte „alte Zöpfe abschneiden“, neuen gesellschaftlichen Strömungen Raum bieten und mehr De-



mokratie und Freiheit für immer mehr Menschen wagen. Der Weg zu einer neuen programmatischen Zukunftsbestimmung war geebnet.

#### „FREIBURG“ STEHT FÜR AUFBRUCH

Gibt es Parallelen, die wir aus der Zeit damals für die Gegenwart ziehen können? Welche Bedeutung haben die Freiburger Thesen heute und welchen Beitrag können sie für heutige Herausforderungen leisten? Im Jubiläumsjahr fanden zu diesen Fragen verschiedene Veranstaltungen statt: mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und heutigen Politikerinnen und Politikern, unter anderem mit Gerhart Baum, Innenminister a. D., Politikwissenschaftler Prof. Dr. Hans Vorländer, Dr. Manfred Vohrer, Ria Schröder, Mitglied im Bundesvorstand der FDP und ehemalige Vorsitzende der Jungen Liberalen.

Am 21. Oktober 2021 wurde im Freiburger Ballhaus an die Entstehung der Freiburger Thesen erinnert und deren heutige Relevanz diskutiert. Es sprachen Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Manfred Vohrer, Prof. Dr. Ewald Grothe, Hildebrecht Braun MdB a. D., Dr. Gerhart Raichle, Linda Teuteberg MdB, Dr. Christopher Gohl und Alena Trauschel MdL. Christian Lindner MdB und Michael Theurer MdB übersandten Videogrußworte. Das Fazit: Demokratisierung, Kapitalismuskritik, soziale Reformen und Umweltpolitik seien auch heute zentrale politische Themen. Freiburg, so Paqué wörtlich, stehe in der liberalen Familie für Aufbruch, für „Restart“ und für Wandel, der im Kopf beginne. Diese aussagekräftige Formel hat die Stiftung auch als Titel für die Neuauflage der Freiburger Thesen gewählt.

Eine weitere Veranstaltung fand am 27. Oktober 2021 im Kurhaus von Bad Krozingen statt, dem letzten Wohnort von Bundespräsident Walter Scheel. Sie wurde ausgerichtet vom „Freundeskreis Walter Scheel“ und der Stadt Bad Krozingen. Dort sprach Manfred Vohrer vom „Freundeskreis Walter Scheel“ über die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie. Ewald Grothe, Leiter des Archivs des Liberalismus und Christoph Wirtz, Vorstandsmitglied des Scheel-Freundeskreises, stellten die wichtige Rolle von Walter Scheel heraus: Dieser war Initiator des Wandels der Jahre 1968 bis 1971. Mit Mut und Entschlossenheit habe er als Parteivorsitzender 1970 die Programmkommission einberufen und bei der Ausarbeitung der Thesen unterstützt. Geleitet wurde die Kommission damals von Werner Maihofer.

Blick aus dem Saal auf das Podium.  
FDP-Bundesparteitag vom 25.-27. Oktober 1971  
in Freiburg.

Lesen Sie die Neuauflage der  
Freiburger Thesen „Wandel beginnt im Kopf“  
mit ergänzenden Essays namhafter  
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.



# OFFENE GESELLSCHAFT

EMPOWERMENTPROGRAMM

FRAUENRECHTE STÄRKEN

FREIHEITSSYMPOSIUM

1700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN  
IN DEUTSCHLAND

EXTREMISMUS ALS BEDROHUNG  
DER FREIHEITLICHEN GESELLSCHAFT

DIGITALE TRANSFORMATION  
UND FREIHEIT

EUROPÄISCHER M-100-PREIS  
AN ALEXEI NAVALNY

MARIA RESSA ERHÄLT  
FRIEDENSNOBELPREIS

PRESSEFREIHEIT ALS SÄULE  
DER DEMOKRATIE

AUSZEICHNUNG RAWAN KASTALI



**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**  
stellvertretende Vorstandsvorsitzende der  
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
und Bundesjustizministerin a.D.

### Verantwortung für die liberale Gesellschaft

Der Einsatz für eine offene, plurale Gesellschaft gehört zu den Kernaufgaben der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Sie erlaubt den Menschen größtmögliche Selbstbestimmung und Entfaltung und steht als Gegenmodell zur homogenen, ethnisch, religiös oder national geprägten geschlossenen Gemeinschaft. Seit Jahren erleben wir auch in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union autoritäre Tendenzen, die sich vor allem in der deutlichen Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit und dem Abbau der richterlichen Unabhängigkeit niederschlagen und aus der liberalen Demokratie eine sog. „illiberale“ machen wollen.

Der russische Angriffskrieg gegen die souveräne, demokratische Ukraine zeigt noch eine ganz andere Dimension: Mit brutaler militärischer Gewalt soll die offene Gesellschaft, die nach Europa ausgerichtete westliche Ukraine zerstört werden – aus macht-, geostrategischen und ideologischen Gründen. Noch nie waren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die liberalen Demokratien und der Frieden in Europa und in der Welt so massiv bedroht. Verstärkt wird diese Gefahr durch Manipulation, Desinformation, durch Fakes statt Fakten, ein unzertrennlicher Begleiter kriegerischer Auseinandersetzungen. Die sozialen Medien sind zusätzliche Treiber dieser Entwicklung und werden gerade jetzt gezielt von Russland benutzt. Aber auch unabhängig vom Krieg in der Ukraine sollen mit Desinformation Ängste von Menschen geschürt werden. Verschwörungstheorien werden verbreitet, Realitäten bewusst ausgeblendet. Als Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit halten wir dagegen, klären auf, zeigen Faktenchecker, schulen Journalistinnen und Journalisten, um den Gegnern der liberalen Demokratie wenig Raum zu lassen.

Die Menschenrechte sind weiterhin weltweit bedroht: Die Folgen des Klimawandels als Ursachen für Flucht und Migration, die Achtung der Menschenrechte von Geflüchteten und der Umgang mit Hass und Hetze im digitalen Raum sind wichtige Brennpunkte. Gegen Diskriminierung, gegen Menschenhandel, für Respekt und Akzeptanz, für Diversity und für die Achtung der Menschenwürde setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in vielen Ländern ein. Hinzu kommt die Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie. Die Überwindung der nunmehr über zweijährigen Krise wird noch lange dauern. Viele Staaten, besonders die nicht so wie die westlichen Demokratien entwickelten Länder, verfügen über viel zu wenig Impfstoff und Medikamente, gerade die älteren und kranken Menschen sind von dem Virus bedroht. Ihnen muss geholfen werden, aber genauso müssen die bisherigen tiefen Freiheitsbeschränkungen von Ausgangssperren, Versammlungsverboten, Schulschließungen, Kulturverboten bis zu Handelseinschränkungen aufgehoben und in Zukunft besser mit den Grund- und Freiheitsrechten angemessen abgewogen und in Einklang gebracht werden.

Besonders besorgniserregend ist, dass die Menschenrechte in vielen Ländern zur politischen Verfügungsmasse degradiert werden und ihre Gültigkeit grundsätzlich in Frage gestellt wird. Dies hat vielerorts gerade zu einer Erosion elementarer menschenrechtlicher Prinzipien geführt. Zwar wurde die Un-

teilbarkeit der einzelnen menschenrechtlichen Kategorien 1993 in Wien beschlossen. Das beinhaltet, dass alle Menschenrechte – bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle – voneinander abhängig sind, dass sie unteilbar sind und einander verstärken. Diese inzwischen schon 30 Jahre alte Verpflichtung aus der Zeit nach dem Kalten Krieg haben wir noch immer nicht ausreichend in die Praxis umgesetzt. Im Gegenteil: Die politische Instrumentalisierung der Menschenrechte hat dazu geführt, dass internationale Institutionen als Wächter der Menschenrechte und der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zunehmend attackiert und in ihrer Arbeit torpediert werden. So weigert sich die türkische Regierung konsequent, die Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs umzusetzen und ihren Bürgerinnen und Bürgern menschenrechtlichen Rechtsschutz zu gewähren. Dies hat den Europarat zu der – man muss es so drastisch formulieren – Verzweiflungstat gezwungen, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Türkei in die Wege zu leiten.

Weltweit nimmt die Zahl der Länder mit einer demokratischen Regierungsform weiter ab. Für die anstehenden globalen Herausforderungen unserer Zeit ist dies kein gutes Vorzeichen. Denn im vor uns liegenden Jahrzehnt wird die Bewältigung der Klimakrise wie die digitale Transformation das politische Geschehen bestimmen. Auch wenn es im täglichen politischen Geschäft nicht immer deutlich wird, haben Deutschland und Europa eine große Verantwortung. Demokratie ist die beste Lebensform, bei allen Mängeln gibt es keine bessere, wie der erste deutsche Bundespräsident Theodor Heuss immer wieder betonte. Demokratie ist nicht nur ein Verfahren, ist nicht nur reine Mehrheitsentscheidung im Parlament, sondern die Demokratie ist an Werte gebunden, die erst die Entfaltung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht und auch Minderheiten diese Rechte gewährt.

2021 stand im Zeichen des Jubiläums „1700 Jahre jüdisches Leben“, ein Thema, dem wir uns auch 2022 weiter widmen werden. Der Antisemitismus ist kein abstraktes Schreckgespenst, sondern bittere Realität. Ob auf dem Schulhof, im Büro oder im Seniorenheim – vielerorts sehen sich Juden aller Altersgruppen und Einkommensklassen mit latentem oder sogar offenem Antisemitismus konfrontiert. In jüdischen Gemeinden wächst seit Jahren die Angst vor Übergriffen und sozialer Ausgrenzung aus nachvollziehbaren Gründen. Den Kampf gegen den Antisemitismus gilt es jeden Tag von Neuem zu führen.

Rassismus und Diskriminierung sind nach wie vor eine Gefahr, auch digital. Die Künstliche Intelligenz hält immer mehr Einzug in unseren Alltag. Immer mehr Entscheidungen trifft nicht der Mensch, sondern Software mit Künstlicher Intelligenz. Mitunter entscheidet diese aber rassistisch und diskriminierend. Die Risiken von vorprogrammiertem Rassismus durch KI müssen endlich ernstgenommen werden. Wir brauchen hochwertige Datensätze zum Training von Algorithmen, die nicht analoge Vorurteile technisch replizieren. Ethik und Moral gelten auch im digitalen Zeitalter. Da kann es auch notwendig sein, entsprechende Regulierung zu schaffen und den Einsatz von Algorithmen zu begrenzen, wenn die Grundrechte der Betroffenen durch rassistische Entscheidungen des Systems in tiefgreifender Weise verletzt werden könnten.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird sich weiter mit Veranstaltungen, Studien und vielfältigen Projekten für die Werte der Freiheit und Menschenrechtsbildung überall auf der Welt einsetzen. Dieses Engagement ist wichtiger denn je. ■

# EMPOWERMENT-PROGRAMM FÜR POLITISCH ENGAGIERTE FRAUEN

Die Corona-Pandemie ist auch am Empowerment-Programm nicht spurlos vorbeigegangen. Das Programm für die Teilnehmerinnen, die 2020 gestartet waren, wurde 2021 digital weitergeführt. Anfang 2022 konnte es wieder neu ausgeschrieben werden.

Frauen zu politischem Engagement zu ermutigen und zu befähigen, ist ein wichtiges Ziel der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Vor allem, um auch insgesamt den Frauenanteil in der Politik zu

erhöhen. Mit dem Empowerment-Programm für politisch engagierte Frauen leistet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seit Jahren einen wichtigen Beitrag. Das Programm erstreckt

sich über mehrere Monate. Es erweitert die fachlichen und persönlichen Kompetenzen der Teilnehmerinnen und liefert Inspiration und Motivation durch den exklusiven Austausch mit hochkarätigen Referentinnen und Referenten. Außerdem steht jeder Teilnehmerin eine politisch erfahrene Persönlichkeit als Mentorin oder Mentor zur Seite.

Die Corona-Pandemie ist auch am Empowerment-Programm nicht spurlos vorbeigegangen. Das Programm für die Teilnehmerinnen, die 2020 gestartet waren, wurde 2021 digital weitergeführt.

Geplante Inhalte wurden – wo möglich – als virtuelle Veranstaltungen umgesetzt: Die Teilnehmerinnen entwickelten beispielsweise online im Austausch miteinander Ideen für ihre Projekte und setzten sich mit Machtpolitik auseinander.

Einige Präsenztreffen konnten stattfinden. So gab es ein Trainingswochenende an der Theodor-Heuss-Akademie, an dem die Teilnehmerinnen intensiv an ihren Projekten weiterarbeiten konnten. Sie trainierten ihre Kompetenzen bezüglich Stimme, Fundraising und Interviews und reflektierten gemeinsam mit Mentorinnen über ihren Umgang mit Rückschlägen. Ein weiteres Treffen fand im November in Berlin statt.



Die meisten Frauen haben 2021 auch ihre politischen Projekte erfolgreich zu Ende gebracht. Hier kommen einige von ihnen zu Wort:



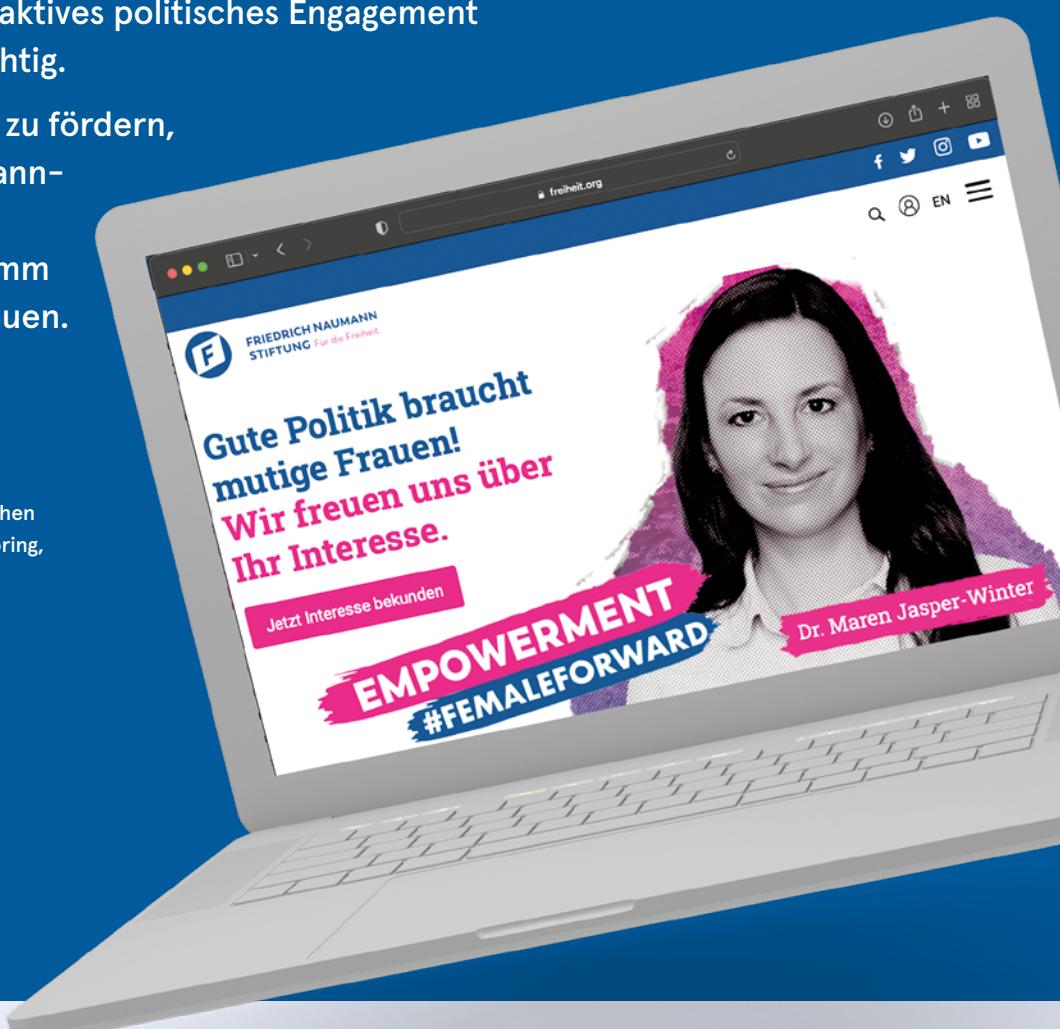
# GUTE POLITIK BRAUCHT MUTIGE FRAUEN!

In Deutschland sind Frauen aber noch immer auf nahezu allen politischen Ebenen unterrepräsentiert. Die Gründe, warum Frauen sich noch zu selten für ein aktives politisches Engagement entscheiden, sind vielschichtig.

Um weibliche Talente aktiv zu fördern, bietet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit das Empowerment-Programm für politisch engagierte Frauen.

Erleben Sie ein breites Spektrum an politischen Kompetenzen, Wissen, Skills Training, Mentoring, Networking und Austausch.

Jetzt informieren unter  
[freiheit.org/empowerment](http://freiheit.org/empowerment)



Dabei stand unter anderem ein Besuch im Bundestag und ein Austausch mit Abgeordneten auf dem Programm. Eine für Dezember geplante Veranstaltung mit internationalen Gästen musste aufgrund der hohen Infektionszahlen leider kurz vor Beginn abgesagt werden.

Das Programm konnte nicht nur fortgeführt, sondern auch konzeptionell weiterentwickelt werden. Auch 2022 setzt die Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit auf die bewährte Vermittlung von politischem Wissen, relevanten Kompetenzen und den Aufbau eines starken Netzwerkes. Anfang 2022 konnten neue Bewerberinnen aufgenommen werden.

Darüber hinaus wird der Fokus auf den Fragen liegen: Wie gewinne ich mehr Klarheit über die eigenen politischen Ziele? Und wie kann ich sie in den bestehenden Machtstrukturen erreichen? Die

Lerninhalte konkret anzuwenden, wird einen noch größeren Raum einnehmen: Alle Teilnehmerinnen bearbeiten ein eigenes politisches Projekt und können voneinander in der Gruppe lernen. Das Programm wird in seiner Gestaltung moderner, indem es Lernen und Vernetzung in Präsenzveranstaltungen mit zusätzlicher Wissensvermittlung und Austausch in virtuellen Formaten kombiniert. Das Mentoring wird ein sehr wichtiger Teil des Programms bleiben. ■

# FRAUENRECHTE STÄRKEN!

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich weltweit für die Rechte von Frauen ein: mit Projekten gegen Diskriminierung, für wirtschaftliche Unabhängigkeit und Repräsentanz in Politik und Gesellschaft.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet weltweit mit Frauen zusammen und macht darauf aufmerksam, wie sich Frauen für ihre Rechte einsetzen. So zum Beispiel mit dem Film „Women Leading Protests“, der die Geschichten von Frauen in Protestbewegungen erzählt. Auch die Veranstaltungsreihe „Wonder Women“ in Südost- und Ostasien beleuchtete die Errungenschaften von Frauen in verschiedenen Bereichen. Herausragende Frauen sprachen über die Herausforderungen während der Pandemie und darüber, wie sie ihr persönliches Wohlergehen sicherstellen konnten. Das Büro in Hanoi stimmte zudem in Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus Peace House Shelter ein Projekt zum Aufbau von Geschäftskenntnissen. Damit soll Frauen mit massiver Gewalterfahrung geholfen werden, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen.

Auch das Projekt „Mapping Women’s Stories“ in Armenien widmete sich diesen Gewalterfahrungen. Dort dokumentierte und veröffentlichte ein Künstler die Geschichte von 15 Frauen, die häusliche Gewalt erfahren haben. Um das Thema einem breiten Publikum zugänglich zu machen, gab es eine Broschüre, eine Ausstellung mit Tanz-Darbietungen und ein auf YouTube veröffentlichtes Video.

Diskriminierung von Frauen bleibt ein weltweites Problem. So zum Beispiel in Ostafrika: Studien über ostafrikanische Medienhäuser zeigen, dass Frauen in den Redaktionen meist niedrige oder mittlere Positionen besetzen und nur selten in Führungspositionen gelangen – selbst wenn sie besser ausgebildet und qualifiziert sind als ihre Kollegen. So geht nicht nur Diversität, sondern vor allem auch Qualität verloren – essenzielle Grundlage für eine transparente und demokratiefördernde Berichterstattung. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit schulte daher ostafrikanische Journalistinnen für künftige Führungsaufgaben. Die Teilnehmerinnen haben seitdem selbstständig Mentorinnen-Programme initiiert, um ihre Erfahrungen weiterzugeben.

Genauso fordern Frauen mehr Beteiligung in der Politik. In Mexiko sind laut einer Umfrage über 82 Prozent der Frauen an Politik interessiert. Dennoch empfinden sie beim Wort „Politik“ überwiegend ein tiefes Gefühl der Ohnmacht. Die Politik muss neu definiert und für Frauen zugänglich gemacht werden. In einem Forum brachte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Mexiko Politikerinnen zusammen. Dort konnten sie ihre Erfahrungen austauschen und die Fragen beantworten, mit denen Frauen konfrontiert sind, bevor sie in die Politik gehen.

Das Projekt „Females Lead In Politics“ im Libanon widmete sich ebenfalls dem Thema und bereitete liberale Frauen auf Führungspositionen in der Politik vor. In Workshops bekamen sie ein solides Rüstzeug für den Start in die Politik.

Auch Südasien widmete sich dem Thema: In Sri Lanka sprachen Frauen aus verschiedenen Bereichen darüber, was sie machen würden, wenn sie das Land führen könnten. Sie zeigten, wie Frauen Führungsrollen übernehmen, wenn sie Zugang zu Entscheidungsplattformen erhalten.

Auch in Europa unterstützt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Frauen in der Politik. Zum ersten Mal seit der Gründung von „Alliance Of Her“, einer Trainingsakademie für liberale Politikerinnen, kamen die über 100 Absolventinnen aus Europa zusammen, um gemeinsam in die Zukunft zu blicken. 2022 wird es erstmals eine Jugendausgabe der Akademie geben. Darüber hinaus wird eine Delegation der „Alliance Of Her“ nach New York reisen, um auf UN-Ebene für mehr Geschlechtergerechtigkeit einzutreten. Eines wurde bei all den Projekten deutlich: Aufhören, sich für die Rechte von Frauen einzusetzen, wird die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit noch lange nicht. ■



Den Film  
können Sie sich  
hier anschauen.

Der Dokumentarfilm „Women Leading Protests – Fighting for Democracy“ der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erzählt die Geschichten von vier Frauen, die sich auf unterschiedliche Weise aktiv an den Protesten in Belarus, Hongkong, Venezuela und im Libanon beteiligt haben. Ihre Geschichten stehen stellvertretend für Frauen auf der ganzen Welt, die für einen demokratischen Wandel in ihren Ländern kämpfen.

Mehrere der Protagonistinnen beschreiben, wie sie von den Machthabern systematisch unterschätzt wurden, weil „sie Frauen waren“, was die Frauen ihrerseits manchmal zu ihrem Vorteil nutzten. Doch mit ihrem wachsenden Einfluss wuchs auch die Gewalt, die viele Regierungen gegen sie anzuwenden bereit waren.



**BEGLEITEN SIE VIER STARKE FRAUEN  
BEI IHREM KAMPF UM FREIHEIT**

# FREIHEITS-SYMPORIUM

„Unsere Grundrechte sind unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte.“

Bürger- und Freiheitsrechte stehen auch in Deutschland unter Druck. Während der Pandemie wurden Bürgerrechte in bislang schwer vorstellbarem Maße eingeschränkt. Digitale Technologien schaffen völlig neue Möglichkeiten staatlicher, aber auch privater Überwachung. „Die Grundrechte sind als unverletzliche und unveräußerliche Menschenrechte des Einzelnen verbürgt, die unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zwar befristet eingeschränkt werden dürfen, aber dem Staat nicht einseitig zur Verfügung stehen“, so Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Das Freiheitssymposium am 25. August 2021 fokussierte die Themen Antisemitismus und Bürgerrechte in einer freiheitlichen Gesellschaft. Ausgerichtet wurde es vom Referat Netzwerkmanagement der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kooperation mit der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und weitere Persönlichkeiten erörterten, welchen Herausforderungen sich die jüdische Gemeinschaft heutzutage stellen muss und inwieweit die demokratische Zivilgesellschaft den aufkeimenden Antisemitismus bekämpfen kann. Im zweiten Panel wurde über den Umgang mit Bürgerrechten in Zeiten

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

der Pandemie diskutiert. Zu den Gästen zählten Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Kuratoriumsvorsitzender Prof. Dr. med. Ludwig Theodor Heuss, Dr. Remko Leemhuis, Direktor des AJC Berlin und des Lawrence und Lee Ramer Institutes for German-Jewish Relations, Christian Lindner MdB, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, Extremismusexperte Ahmad Mansour und Christian Wulff, Bundespräsident a. D. ■

Das Freiheitssymposium am 25. August 2021 stand im Zeichen der Themen Antisemitismus und Bürgerrechte, u. a. Armin Laschet MdB, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Christian Lindner MdB (v.l.n.r.)



# WAS TUN GEGEN ANTISEMITISMUS?

## 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

**Das Jubiläum „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ wurde mit vielen Veranstaltungen gefeiert und auch dazu genutzt, an die fortwährenden antisemitischen Bedrohungen zu erinnern.**

Im Jahr 2021 wurde das stolze Jubiläum „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ gefeiert. Leider ist auch nach 1700 Jahren Geschichte jüdisches Leben in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Deutschland wird allgemein von Jahr zu Jahr sicherer, aber nicht für Jüdinnen und Juden. Sie sind einer Bedrohung ausgesetzt, die sich jedes Jahr weiter verschärft: Die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten hat sich zuletzt um 15 Prozent gesteigert. Das geht aus dem aktuellen Lagebericht zu politisch motivierter Kriminalität des Bundeskriminalamtes hervor. Nach dem erschütternden Attentat auf die Synagoge in Halle im Jahr 2019 konnte im Jahr 2021 ein Anschlag auf eine weitere Synagoge in Hagen verhindert werden. Antisemitismus ist aber bei Weitem nicht immer sofort als solcher erkennbar. Er kleidet sich oft in Vorwände, wie etwa als israelbezogener Antisemitismus.

2021 fanden in der politischen Bildungsarbeit viele Talk-Reihen und Veranstaltungen statt. Sie alle sollen für mehr Sensibilität für den alltäglichen Antisemitismus sorgen. Auch zielen sie ab auf ein schärferes Verständnis von der Singularität des Holocausts und ein stetiges Aufklären über jüdisches Leben und jüdische Kultur.

Das Landesbüro Nordrhein-Westfalen veranstaltete zum Beispiel eine zwölfteilige Webtalk-Reihe. Unter dem Titel „Jüdisch für Anfänger“ ging es um die Bräuche und Traditionen des Judentums. Andere Themen waren der Wandel der Erinnerungskultur, wichtige Etappen jüdischen Lebens in Deutschland, die Bedeutung des Staates Israel für die deutsche Verantwortung, die Sensibilisierung für Verschwörungserzählungen gegen das Judentum, Begegnungen zwischen Juden und Muslimen sowie Homosexualität und queeres Judentum.

Das Länderbüro Niedersachsen und Bremen veranstaltete eine vierteilige Webtalk-Reihe. Unter dem Titel „Jüdisches Leben im Fokus“ widmeten sich die Gesprächsgäste Themen wie der Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland und Europa. Es ging aber auch um Fritz Bauer, den langjährigen Generalstaatsanwalt in Hessen. Er hatte den Prozess gegen Adolf Eichmann und die Auschwitz-Prozesse geführt. Außerdem ging es um das Leben als junger jüdischer Mensch in Deutschland: Der Rapper Ben Salomo sprach über die problematische Verankerung antisemitischer Motive in der Rap- und Jugendkultur. Mit Salomo arbeitete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2021 bereits für Präventionsprojekte in Schulen zusammen.

Auch im Bundesprogramm der politischen Bildungsarbeit nahm das Jubiläum zu 1700 Jahren jüdischem Leben eine herausgehobene Stellung ein. Das Freiheitssymposium mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger fand im August unter dem Überthema „Antisemitismus und Bürgerrechte in einer freiheitlichen Gesellschaft“ statt.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger widmete sich, auch in ihrer Funktion als Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW, in vielen weiteren Formaten dem Thema Antisemitismus. In einer Gesprächsreise durch Deutschland suchte sie den generationenübergreifenden Dialog. Die ARD berichtete über die Reise. Ein Highlight war außerdem ein Gespräch mit der Holocaust-Überlebenden Margot Friedländer, die 2021 ihren 100. Geburtstag feierte. Dieses Gespräch ist in dem gemeinsamen Buch „Ich tue es für Euch“ dokumentiert, das die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit finanziell unterstützt hat. Leutheusser-Schnarrenberger spricht darin mit ihr über die aktuelle Situation sowie das heutige jüdische Leben in Berlin. Außerdem gewährt die Zeitzeugin tiefe aufwühlende Einblicke in ihre eigene Geschichte.

Das Jubiläum „1700 Jahre jüdisches Leben“ stieß auf großes Interesse. Deshalb wurde es um ein weiteres Jahr verlängert. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wird im Jahr 2022 und darüber hinaus weiter entschieden gegen Antisemitismus eintreten. ■

# EXTREMISMUS ALS BEDROHUNG DER FREIHEITLICHEN GESELLSCHAFT

Es gibt einen erneut Anstieg politisch motivierter extremistischer Straftaten in Deutschland, sowohl aus rechts- als auch aus linksextremistischen Motiven. Es braucht die Leidenschaft aller Demokraten der Mitte, dagegen zu kämpfen.

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten im Jahr 2020 stieg im Vergleich zum Vorjahr um 8,5 Prozent, die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten um 18,8 Prozent. Das enorme Bedrohungspotenzial extremistischer Ansichten und Gewalt wurde zuletzt besonders deutlich: Man denke an konkrete Angriffe wie den Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (Juni 2019), das Attentat in Halle auf die Synagoge im Paulusviertel (Oktober 2019) und den Anschlag in Hanau gegen Menschen mit Migrationsgeschichte (Februar 2020). Was können wir tun, um unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken? Über die Gefahr und Prävention von Extremismus diskutierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Expertinnen und Experten in vielen Veranstaltungen.

Die stellvertretende Vorstandsvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Benjamin Strasser MdB sprachen im Live-Podium „Sicherheitsrisiko Staat“ über eine moderne Sicherheitspolitik, die die Menschen besser vor Terror schützt, ohne die Errungenschaften eines freiheitlichen Rechtsstaats preiszugeben.

Wie sich Demokraten gegen den Einfluss von Rechtspopulisten in den sozialen Medien wehren können, analysierten Karl Schenk Graf von Stauffenberg und Martin Hagen MdL im Webtalk „Der Extremismus als Feind unserer Gesellschaft“.

Anlässlich des 40. Jahrestages des Attentats auf Heinz Herbert Karry lud die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit zum Webtalk über Extremismus und dessen Bekämpfung in unserer heutigen Gesellschaft. Digital zugeschaltet waren Prof. Dr. Stefan Goertz, Konstantin Kuhle MdB und Canan Topçu. Mit Heinz Herbert Karry fiel zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte ein amtierender Minister einem terroristischen Mordanschlag zum Opfer. Am 11. Mai 1981 wurde der hessische Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Karry in seinem Haus in Frankfurt-Seckbach erschossen – vermutlich von linken Extremisten. Seine berufliche Karriere und Lebensgeschichte würdigte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit einer Public-History-Broschüre.

Außerdem präsentierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Kooperation mit der Pandora Film Medien GmbH 2021 deutschlandweit in ausgewählten Kinos eine exklusive Preview des Films „Je suis Karl“. Die Gesellschaftsstudie erzählt vom Erstarken der jungen radikalen Rechten in Europa. „Das klassische Bild des glatzköpfigen Rechtsradikalen in Springerstiefeln hat sich weiterentwickelt, die neue Rechte ist moderner und versteckt ihre Botschaften in neuen Zeichen und junger Musik. Es braucht die Leidenschaft aller Demokraten der Mitte, dagegen zu kämpfen“, sagt Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

„Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für Deutschland. Das darf auch nicht relativiert werden“, erklärte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger am 4. November 2021, zehn Jahre nach der Enttarnung des nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). „Natürlich gibt es auch aus anderen Bereichen terroristische, extremistische Gefahren. Aber die größte Gefahr ist der Rechtsextremismus mit Bereitschaft zur Gewalt und mit dem sich nach wie vor Vorbereiten nach ihrer Ideologie auf den Tag X, einen Umsturz des aus ihrer Sicht verhassten Demokratisytems. Deshalb muss mit aller Macht von uns gegengehalten werden.“ ■

# DIGITALE TRANSFORMATION UND FREIHEIT

## Wie sieht die digitale Zukunft aus?

Die Corona-Pandemie beschleunigt weltweit die digitale Transformation. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet mit internationalen Partnern an freiheitssichernden Maßnahmen im digitalen Raum.

Oktober 2021: Facebook down, WhatsApp down, Instagram down. Der mehrstündige Ausfall der Social-Media-Plattformen des Facebook-Konzerns, der sich zwischenzeitlich in Meta umbenannt hat, war auch für viele Menschen in Deutschland ärgerlich. Welche enormen gesellschaftlichen und ökonomischen Einschränkungen entstehen, wenn Plattformen nicht zur Verfügung stehen oder von Regierungen gezielt abgeschaltet werden? Das war das Thema der „Re:Start 21“-Jahreskonferenz im Juni 2021. Die Panelisten diskutierten mit Blick auf die „Gestaltung einer neuen digitalen Weltordnung“. Sie waren sich einig, dass der Maßstab bei allen Regulierungsfragen demokratische und liberale Standards sein müssen. Die Grundlagenarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit richtet sich gegen Desinformationen, Verschwörungserzählungen und antisemitischen Hass. Sie sind allesamt im Zentrum des gesellschaftlichen und politischen Diskurses angekommen und erfordern eine verstetigte liberale Gegenreaktion.

Der Kampf gegen Desinformation unter gleichzeitiger Achtung der Informationsfreiheit sind die Hauptthemen der internationalen Stiftungsarbeit. Jeder Einsatz für Freiheitsrechte geht damit einher, notwendiges Wissen zu vermitteln – gerade zu einem komplexen politischen Problem wie der Desinformation. Die Europäische Union wird mit dem Digital Services Act ein grundlegendes Gesetzeswerk verabschieden, das globale Auswirkungen auf die Regulierung von Social-Media-Plattformen haben wird und die Freiheitsrechte im Digitalen sichert. So hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit nicht nur zehn strategische Forderungen gegen Desinformation veröffentlicht. Sie hat sich auch die Rolle der Bundeswehr beim Umgang mit dieser hybriden Kriegsform angesehen. Die Studie „Krieg mit anderen Mitteln“ wurde angekündigt in einer öffentlichen Diskussion mit der verteidigungspolitischen Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, dem Inspekteur des Kommandos Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr, Vizeadmiral Dr. Thomas Daum, und dem Autor Paul C. Strobel.

Innovative Wege der Ko- beziehungsweise Selbstregulierung von Social-Media-Plattformen erörterte die Studie „Die Demokratie plattformfest machen“.

Die Publikation zeigt das Potenzial sogenannter Plattformräte oder Social Media Councils auf. Damit wurde ein wegweisendes Diskussionspapier für den politischen Diskurs in Deutschland vorgelegt und ein relevantes zukünftiges Thema bearbeitet. Daran anknüpfen werden Veranstaltungen mit den internationalen Partnern der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die unter anderem im Facebook Oversight Board tätig sind.

Wie wichtig Freiheit im Digitalen und damit freiheitssichernde Regulierung ist, konnte in einem Hintergrundgespräch mit der Facebook-Whistleblowerin Frances Haugen live diskutiert werden. Die US-Amerikanerin war auf Einladung des Referats Globale Themen im November 2021 zu Gast im Hauptstadtbüro. Durch den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Ministerien, NGOs und der Wissenschaft wurde das Expertise-Netzwerk für die Themenarbeit des Global Innovation Hubs gestärkt. ■

# EUROPÄISCHER M-100-PREIS AN ALEXEI NAVALNY

Auch wegen seines medialen Erfolgs gingen 2021 viele Ehrungen an den inhaftierten russischen Oppositionellen Alexei Nawalny: so zum Beispiel der europäische M-100-Preis.

**Alexei Nawalny lud nach der Lesart des Kremls eine unversöhnliche Schuld auf sich: Er überlebte das Nervengift und kam genesen und trotzig aus der Berliner Charité nach Moskau zurück.**

Nawalny ist kein Journalist. Er fand aber als Politiker im „Land der gelenkten Demokratie“ keinen Handlungsspielraum. Als Oppositionsführer blockiert, entschied er, die Methoden des investigativen Journalismus anzuwenden, um die Menschen gegen die korrupte Machtelite wachzurütteln. Mittels verdeckter Recherchen machte Nawalny mehrmals spektakuläre Korruptionsfälle öffentlich. Dafür sollte er in Tomsk sterben. Wieder daheim, brüskierte er den Kreml noch aus der Haft durch die Veröffentlichung

einer nächsten Video-Dokumentation über die räuberische Maßlosigkeit des „Präsidenten-Hofes“.

Für seine investigativ-journalistische Arbeit erhielt Nawalny den europäischen M-100-Preis 2021 für die Verdienste um den Schutz der freien Meinungsäußerung und die Vertiefung der Demokratie. Bei der Preis-Übergabe fasste sein Freund Leonid Wolkow stellvertretend zusammen, wie wichtig Nawalnys Kampf sei: „Korruption ist ein Menschenrechtsthema, wahrscheinlich das wichtigste von allen. Wenn die Führung eines Landes völlig korrupt ist, bleibt ihr nichts übrig, als die Wahlen zu manipulieren – denn sie kann es sich einfach nicht leisten, überstimmt zu werden. Sie haben

keine andere Wahl, als unabhängige Gerichte zu zerstören, [...] als die Presse- und Meinungsfreiheit abzuschaffen, da sie es sich einfach nicht leisten können, dass ihre Korruption untersucht wird.“

Aus Wolkows Sicht sollte Nawalnys Kampf auch zum Schutz westlicher Demokratien unterstützt werden, denn: „Ihr Geld (von Putins Elite, Anm. d. Red.), bedeckt mit Blut und Nowitschok, ist hier, überall um uns herum. Es kauft nicht nur Luxusimmobilien, sondern auch westliche Politiker, es kauft Einfluss und auch die Medien.“

Christian Lindner MdB betonte in seiner Laudatio auf den Preisträger, es sei Zeit, unsere gemeinsamen europäischen Werte wieder in den Vordergrund zu stellen und danach zu handeln: „Für liberale Demokratien sollte demokratische Opposition überall auf der Welt ein natürlicher Partner bleiben, nicht nur in Russland. [...] Wir selbst können in unseren Gesellschaften für die liberale Grundlage unseres Zusammenlebens nur dann glaubwürdig eintreten und für sie werben, wenn wir auch dann an diesen Werten festhalten, wenn sie einmal in Spannung oder gar in den Widerspruch mit unseren sonstigen Interessen geraten könnten.“

Lindner gratulierte Nawalny zum Preis und zollte ihm und seinem Team uneingeschränkten Respekt. An sein Auditorium gab er dabei einen wertvollen Hinweis: „Es könnte ratsam sein, dass der internationale unabhängige Qualitätsjournalismus in russischer Sprache künftig auch stärker öffentlich finanziert wird.“

Angesichts der Entwicklungen östlich der EU wird das Internationale Journalisten- und Mediendialogprogramm (IJMD) der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sein Engagement zur Unterstützung des unabhängigen russischsprachigen Journalismus durch Austausch- und Bildungsangebote weiter intensivieren. ■



**M100 Media Award wird durch Oberbürgermeister Mike Schubert und Christian Lindner MdB an Alexej Nawalny verliehen. Für ihn nahm Leonid Wolkow den Preis entgegen.**

# MARIA RESSA ERHÄLT FRIEDENSNOBELPREIS

Maria Ressa, Gründerin und CEO des philippinischen Nachrichtenportals Rappler, wird mit dem Friedensnobelpreis 2021 ausgezeichnet.

„Das ist für uns alle – ich stehe unter Schock ...“ Mit diesen Worten kommentierte Maria Ressa unter Tränen ihre Ernennung zur Friedensnobelpreisträgerin 2021. Die 58-jährige Journalistin rang sichtlich mit der Fassung. Sie befand sich gerade in einer Online-Diskussion, als der Anruf des Nobelpreiskomitees bei ihr einging.

Passenderweise drehte sich die Veranstaltung um die Dokumentation „A Thousand Cuts“, die Ressas mutigen Kampf gegen das brutale Vorgehen der philippinischen Regierung gegen die Medien aufzeigt. Bei der offiziellen Verleihung des Preises am 10. Dezember 2021 im norwegischen Oslo wiederholte Maria Ressa ihre ersten Worte nach Bekanntwerden ihrer Nobelpreis-Ernenntung: „Ich repräsentiere heute all die Journalisten und Journalistinnen der Welt, die gezwungen sind, viele Opfer zu bringen, um die Stellung zu halten, um unsere Werte und unsere Mission aufrecht zu halten: Um die Wahrheit ans Licht zu bringen und Mächte zur Verantwortung zu ziehen.“

Als ehemalige CNN-Journalistin gründete Maria Ressa im Jahr 2012 Rappler, ein Online-Nachrichtenportal für investigativen Journalismus auf den Philippinen. Rappler ist eines der wenigen Medien, die öffentlich die Politik des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte kritisieren. Unter anderem ging Rappler dem Einsatz von künstlich kreierten Social-Media-Profilen und der Verbreitung von Desinformationen durch die Regierung nach. Rappler deckte Korruptionsfälle auf und doku-

„Das ist für uns alle – ich stehe unter Schock ...“

Maria Ressa,  
Friedensnobelpreisträgerin  
2021

mentierte das brutale Vorgehen von Duterte gegen vermeintliche Drogenhändler. Zu letzterem leitete Ende 2021 auch der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag offizielle Ermittlungen aufgrund von Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein: Unabhängige Menschenrechtsorganisationen schätzen die Zahl der getöteten Menschen auf bis zu 30.000.

In ihrem weltweiten Pressefreiheitsindex listet die NGO Reporter ohne Grenzen die Philippinen auf Platz 136 von insgesamt 180 Ländern. So wurden sowohl Ressa als auch Rappler innerhalb von zwei Jahren mit fadenscheinigen Vorwürfen rund ein Dutzend Mal angeklagt. Sollten die philippinischen Richter allen Anklagen gegen Ressa stattgeben, würde die Friedensnobelpreisträgerin für zirka 100 Jahre im Gefängnis landen.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises würdigt Ressas unermüdlichen und mutigen Kampf für Meinungs- und Pressefreiheit, zwei grundlegende Voraussetzungen für Demokratie und Frieden. Bereits seit einem Jahrzehnt arbeitet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die

Freiheit mit Rappler und unterstützt es unter anderem darin, Fakten zu überprüfen und gegen Desinformation zu kämpfen. An den gemeinsamen Veranstaltungen nahmen 2021 zirka 3.000 Menschen teil. Die Berichterstattung über die gemeinschaftlichen Projekte erzielte etwa 120.000 Social-Media-Aufrufe.

Nur wenige Minuten, nachdem Maria Ressa von ihrer Ernennung erfahren hatte, wandte sie sich wieder der Paneldiskussion zu: Als hätte es den Anruf des Nobelpreiskomitees nie gegeben, beantwortete Ressa die Fragen des Publikums zu Meinungsfreiheit. Ihre Leidenschaft und Überzeugung dabei stammen aus tiefstem Herzen. Ihre Rede zur Verleihung des Friedensnobelpreises endete entsprechend mit den Worten: „Stellen wir uns die Welt vor, wie sie sein soll. Eine Welt von Frieden, Vertrauen und Empathie, die das Beste in uns zum Vorschein bringt. [...] Und jetzt lassen wir diese Welt wahr werden. Lasst uns die Stellung zusammenhalten!“

Auch in den kommenden Jahren wird die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Maria Ressa und Rappler in ihrem unermüdlichen Kampf um Fakten und Wahrheit unterstützen. ■

Der Preis der Wahrheit –  
Kooperationsprojekt von  
Maria Ressa und der  
Friedrich-Naumann-  
Stiftung für die Freiheit.  
Hier anschauen:



# PRESSEFREIHEIT ALS SÄULE DER DEMOKRATIE

## Globale Entwicklungen und Perspektiven

Der Schutz und die Förderung der Pressefreiheit ist eine fortwährende Aufgabe für Liberale weltweit. „Die aktive Einschränkung der Pressefreiheit ist ein globales, menschenrechtliches Problem, das demokratische Entwicklungen verhindert und freiheitliche politische Systeme gefährdet“, so Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Auch 2021 stand das weltweite Engagement für unabhängigen Journalismus im Fokus der Stiftungsarbeit.

### Nobelpreis an Maria Ressa und Dmitri Muratow

Maria Ressa, langjährige Kooperationspartnerin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, wurde mit dem Friedensnobelpreis 2021 ausgezeichnet. Sie ist Gründerin und Chefin des Online-Mediums *Rappler* auf den Philippinen. *Rappler* und die Stiftung kooperieren seit Jahren in den Bereichen Medienkompetenz und Medienfreiheit. „Wahrheit ist eine wichtige Waffe gegen Autokraten. Der Nobelpreis an Maria Ressa und Dmitri Muratow würdigt den Kampf des unabhängigen Journalismus gegen Desinformation. Das ist eine wichtige Botschaft für die Pressefreiheit weltweit“, sagt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. 2014 hatte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Ressa für ihren unermüdlichen Einsatz für die Pressefreiheit auf den Philippinen einen Preis verliehen, den „Freedom Flame“. Auch der Journalist Dmitri Muratow ist eng vertraut mit der Stiftung. Zuletzt sprach er bei der Verleihung des Boris-Nemzow-Preises 2018 in Bonn. Seine Themen: der unabhängige Journalismus im Ringen gegen Propaganda, Desinformation und Gewalt.

### Raif Badawi Award: Auszeichnung für mutigen Journalismus

Der türkische Journalist Aican Uludağ erhielt am 20. Oktober 2021 den Raif Badawi Award. Unabhängiger Journalismus in der Türkei steht aktuell stark unter Druck. In einer solchen Zeit leistet Uludağs investigative Berichterstattung einen wichtigen Beitrag zum Schutz des Rechts auf Information. Uludağ ist ein hochangesehener Korrespondent, der über Fälle am Kassationsgerichtshof und Verfassungsgericht berichtet. Regelmäßig deckt er Korruption auf und recherchiert zur Arbeit von Strafverfolgungs- und Sicherheitsdiensten. Den Raif Badawi Award vergibt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gemeinsam mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels jährlich an herausragende, mutige Journalistinnen und Journalisten. Die Auszeichnung würdigt Journalistinnen und Journalisten oder Organisationen und rückt Menschenrechtsverletzungen in den Fokus.

### Pressefreiheit in Russland

Alexei Nawalny ist die unbeugsame Stimme der Opposition gegen den russischen Machtapparat unter Wladimir Putin. Anlässlich der Veröffentlichung der vier Reden Nawalnys vor Gericht veranstaltete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit den Webtalk „Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit in Russland“. Im Januar 2022 erschien zudem die Publikation „Russland – investigativer Journalismus unter Beschuss“.



Webtalk „Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit in Russland“

## Die Pressefreiheit kann auch von Tech-Giganten bedroht werden

Die Pressefreiheit steht weltweit unter Druck, auch und gerade in Deutschland. Im neuesten Ranking von Reporter ohne Grenzen rutschte Deutschland vom 11. auf den 13. Rang ab. Wie lässt sich diese Entwicklung stoppen? Darüber diskutierten Düzen Tekkal, Philipp Welte, Prof. Dr. Alexandra Borchardt, Roland Jahn und Konstantin Kuhle MdB am 3. Mai 2021 auf der Veranstaltung PRESSE.MACHT.FREIHEIT. Julia Becker, Aufsichtsratsvorsitzende der Funke Mediengruppe, zog ein Fazit: Mehr als 70 Prozent des digitalen Werbemarktes liege in den Händen von drei US-amerikanischen Technologieplattformen. Das sei mehr als nur ein drängendes Problem. Um sicherzugehen, dass die Firmen ihre Macht nicht missbrauchten, brauche es einen europäischen Digital Market Act. Dieser solle gewährleisten, dass der „diskriminierungsfreie und faire Zugang aller Publikationen zu Google, Facebook und Co.“ sichergestellt wird. Eingeladen zur Veranstaltung hatten die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ e.V.) und die Allianz Deutschland AG.

## Pressefreiheit in China

Die Situation für Medienschaffende in China hat sich in den letzten Jahren verschlechtert: Es geht dabei nicht nur um ausländische Korrespondentinnen und Korrespondenten. Sondern es geht auch um chinesische Journalistinnen und Journalisten, die an die Grenzen des Möglichen gehen. Auslandsjournalismus über China sei sehr schwierig geworden, wie das *China Bulletin* der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit berichtet. Mit dem *China Bulletin* informiert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ein deutschsprachiges Publikum über aktuelle politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen in Peking, Hongkong und Taipei. In Analysen, Interviews und Gastbeiträgen wird die liberale Perspektive auf aktuelle Debatten abgebildet.

## Medienfreiheit in Südostasien

Der Report „Media Freedom in Southasia: Repeal Restrictive Laws, Strengthen Quality Journalism“ ist ein gemeinsames Projekt der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Südost- und Ostasiens und des Asien-Zentrums, um die Situation des Journalismus in dieser Region zu untersuchen. Die turbulenten politischen Verhältnisse in Ländern wie Myanmar, Thailand, Malaysia und den Philippinen führen zu Menschenrechtsverletzungen für Medienschaffende wie Journalistinnen und Journalisten.

## Medienfreiheit in Mitteleuropa

Die Publikation „The State of the Media in the Visegrád Countries“ gibt einen detaillierten Einblick in den Zustand der Medien in Mitteleuropa. Herausgegeben wurde sie vom ungarischen Republikon Institute mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die fünfzigseitige Publikation befasst sich vor allem mit dem aktuellen Zustand und den Herausforderungen des Mediensystems in den V4-Ländern Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei. Besonderes Augenmerk liegt auf der Stärkung unabhängiger Medien, dem Verhältnis zwischen Medien und Staat sowie der Rolle der Medien in der Zivilgesellschaft.

Über wichtige Projekte und die Lage der Medienfreiheit informiert der Bericht „Liberale Menschenrechtsarbeit 2021“. Zur Onlineversion:



# FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT ZEICHNET RAWAN KASTALI AUS

Über ihre gefährliche Flucht, ihr neues Leben, hat die Syrerin geschrieben. Ihre Geschichte hat sie an die Friedrich-Naumann-Stiftung in Potsdam geschickt. Diese hatte Zuwanderer und geflüchtete Menschen gebeten, zu schildern, wie sie ihre Heimat verlassen haben, um sich in einem europäischen Land ein neues Leben aufzubauen.

Die Neu-Wittenerin Rawan Kastali überzeugte die Jury mit ihrer bewegenden Geschichte, die als eine der besten drei bewertet wurde. Im Dezember war sie eigentlich von der Naumann-Stiftung zur Preisverleihung nach Brüssel eingeladen worden.

Aufgrund der Coronalage wurde das Treffen abgesagt. Rawan Kastali freut sich dennoch über ihr Preisgeld in Höhe von 500 Euro. „Ich habe davon meiner Familie Geld geschickt. Den Rest nehme ich für meinen Führerschein, den ich im neuen Jahr machen möchte“, erzählt sie lächelnd.

Eine junge Frau, die schon viel erlebt hat. Bis zu ihrem 17. Lebensjahr hat Rawan Kastali mit ihren Eltern und Geschwistern in Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) gelebt. Ihre Mutter arbeitete dort als Mathematiklehrerin, der Vater als Sportlehrer. Als das Arbeitsvi-

sum des Vaters nicht verlängert wurde, ging die Familie zurück nach Aleppo – kurz bevor in Syrien 2011 der Bürgerkrieg ausbrach. Rawan Kastali machte in der Stadt, die zum Symbol des jahrelangen, blutigen Konfliktes wurde, ihr Abitur und studierte bis 2015 an der Universität Aleppo englische Literatur. Als sich ihre Brüder und sie 2015 entschieden hatten, das Land zu verlassen, sei die Situation in Syrien katastrophal gewesen. Das Haus der Familie war im Krieg stark beschädigt worden. „Ich habe mir immer viele Sorgen um meine Familie gemacht, wenn mein Vater arbeiten oder meine Geschwister zur Schule gingen.“ Ihre Eltern hätten nicht gewollt, dass ihre Kinder aus dem Land flüchten, schließlich aber in der Hoffnung auf

eine spätere Familienzusammenführung dann doch zugestimmt. „Ich fühle mich wohl in Deutschland, es ist jetzt mein zweites Heimatland“, sagt die junge Syrerin, die im Januar die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen möchte. Ihre Brüder und sie wurden als Asylbewerber anerkannt. Rawan Kastali möchte in Deutschland einmal ihre eigene Familie gründen. In ihrer Geschichte, die sie an die Naumann-Stiftung schickte, hat sie geflüchtete Frauen und Männer dazu aufgefordert, wie sie nicht aufzugeben. „Man sollte keine Angst oder Sorgen haben, man sollte sich etwas trauen“, sagt sie. Eine mutige, starke Frau, die nicht nur ein Vorbild für andere geflüchtete Menschen sein kann. ■

Dieser Text von Jutta Bublies erschien erstmals am 28. Dezember 2021 in der WAZ Witten.



Syrische Rawan Kastali (27) ist für einen europäischen Literaturpreis nominiert in Witten am Montag, 29. November 2021.



Jetzt kostenlos lesen

und abonnieren:

**liberal.freiheit.org**



# Denken verändert\*

\*) „Unsere Zukunft ist Europa,  
eine andere haben wir nicht.“

Hans-Dietrich Genscher

Das Liberal Magazin liefert Denkanstöße,  
diskutiert provokant und berichtet journalistisch  
fundiert über Themen, die die Welt bewegen.

# Liberal

Das Magazin für die Freiheit





**Prof. Dr. Thomas Straubhaar**  
 Universitätsprofessor für  
 Volkswirtschaftslehre an  
 der Universität Hamburg,  
 Mitglied des Kuratoriums der  
 Friedrich-Naumann-Stiftung  
 für die Freiheit,  
 Fellow der Transatlantic  
 Academy in Washington,  
 D. C., Hamburg

### Befreiung zur eigenen Entscheidung: Liberale Lösungen in der Bildungspolitik

„Die Chance der Modernität und des modernen Liberalismus wird erst durch die Entwicklung der Bildungsinstitutionen begründet“, schrieb Ralf Dahrendorf 1965 in seiner Artikelserie zu Bildung als Bürgerrecht. Was damals schon richtig war, ist heutzutage wichtiger denn je.

Lord Dahrendorf war von 1982 bis 1987 Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Seine Forderung nach einer Modernisierung des Bildungswesens muss unter den heutigen Bedingungen von Digitalisierung, Globalisierung und einer im Umbruch befindlichen Welt(wirtschafts)ordnung immer wieder neu gedacht und umgesetzt werden. Dementsprechend war Bildung auch 2021 eines der zentralen Themen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Bildung ist Anrecht und Zukunftsversprechen zugleich. Der Anspruch ist universell und gilt für jeden Menschen – nicht nur in Deutschland, sondern in Form des vierten „Sustainable Development Goal“ (SDG) der Vereinten Nationen auch weltweit. Schon Dahrendorf hat dabei betont, dass eine formale Chancengleichheit nicht ausreicht: Auch die sogenannte materiale Chancengleichheit müsse gewährleistet werden. Darunter verstand er die „Lösung der Menschen aus zugeschriebenen Bindungen und Befreiung zu eigener Entscheidung“. Das aber sei nur dann für alle gleichermaßen möglich, wenn Menschen über eine „langfristig garantierbare Grundausstattung“ verfügten.

Die Befreiung zur eigenen Entscheidung ist die Grundbedingung des Liberalismus. Der Erfolg des Schulsystems zeigt sich nicht allein in Noten und Kennziffern (auch wenn Dahrendorf selbst ein großer Anhänger der quantitativen Bildungsforschung war). Er misst sich vor allem daran, ob junge Menschen tatsächlich dazu befähigt werden, selbstständig und eigenverantwortlich ihr Leben in die Hand zu nehmen und am politischen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben. Während der Pandemiejahre war dieses Versprechen besonders schwer aufrechtzuerhalten. Für Eltern und Lehrkräfte, vor allem aber für Kinder und Jugendliche, war auch 2021 daher kein leichtes Jahr. Manch eine Grundschülerin und manch ein Grundschüler hat noch nie anderen Unterricht als jenen unter strengsten Abstands- und Hygieneregeln kennengelernt. Absolventinnen und Absolventen mussten auf Abibälle und Kursfahrten verzichten und die ersten Meter des Erwachsenenlebens mit angezogener Handbremse hinter sich bringen. Auszubildende und Studierende standen vor verschlossenen Türen der Berufsschulen und Seminarräume und mussten sich digital versammeln, anstatt draußen mit Kolleginnen, Kollegen, Kommilitoninnen und Kommilitonen Bildungserfahrungen mit sozialen Erlebnissen zu verbinden.

Für die Bildungspolitik bedeutete die Pandemie vor allem eins: den Präsenzunterricht so gut es ging aufrecht zu erhalten, ohne die Gesundheit zu gefährden. Gleichzeitig musste die Digitalisierung des Bildungssystems weiter vorangetrieben werden. Die Notlösungen der ersten Wochen mussten durch tragfähige neue

Systeme ersetzt werden. Nicht nur die technische Infrastruktur, sondern vor allem auch die digitalen Kompetenzen mussten in den Blick genommen werden. Denn gerade diese kommen im Lehramtsstudium oft noch viel zu kurz. Solche Prozesse waren selbst im zweiten Pandemiejahr noch lange nicht eingebütt. Das zeigte sich nicht zuletzt an den viel zu langsam abfließenden Mitteln des Digitalpakts. Das renommierte MMB-Institut hat daher für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ein Gutachten zur Digitalisierung an Schulen beauftragt. Es zeigt: Man sollte nicht nur Geld und Finanzen im Blick haben, sondern auch die Prozesse zwischen Schulen, Schulträgern und der Politik verstehen. Nur so könne man Schulen wirklich fit machen für das 21. Jahrhundert.

Aus liberaler Sicht ging es dabei nicht nur darum, die größten Bildungsbrandherde zu löschen – es ging auch um andere grundlegende Fragen. Welche Ideen Liberale für die Zukunft der Bildung haben, konnte man gleich im Frühjahr 2021 in der „Masterclass Bildung“ erfahren. Hier wurden Reformvorschläge für jeden Abschnitt des Bildungsweges erkundet – von der fröhlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen. Auch das liberale Bildungserbe wurde reflektiert, denn auf dem Weg zur „besten Bildung bis 2030“ hilft auch ein Blick in den Rückspiegel: Wilhelm von Humboldt, Adolph Diesterweg und Hildegard Hamm-Brücher sind nur einige der liberalen Vordenkerinnen und Vordenker. Sie alle haben die liberalen Bildungsideen in Deutschland nicht nur entwickelt, sondern auch umgesetzt.

Der wohl wichtigste Gedanke der liberalen Bildungspolitik ist Teilhabe: nicht nur am Lebensanfang, sondern ein Leben lang, das ja glücklicherweise immer länger andauert. Bildung dient dazu, dass alle Menschen immer wieder an wirtschaftlichem Wachstum, gesellschaftlichen Diskussionen und sozialem Leben teilnehmen können – auch nach Brüchen, Misserfolgen und Schicksalsschlägen. Die freiheitliche Vision von mündigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern verlangt vom Bildungssystem, dass es Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten schafft. Die Bildungsforschung führt uns regelmäßig vor Augen, wie groß die Herausforderungen sind und wie viel auf allen Ebenen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu tun bleibt.

Für jedes Lebensalter muss mehr getan werden, damit auch wirklich alle ihr eigenes Potenzial nutzen und mehren können. Vor allem die ökonomische Bildung spielt dabei eine wichtige Rolle. Ob in einem Seminar zu „Unternehmertum in Schule und Studium“ oder in einem Gutachten zu „ökonomischen Inhalten in Kinder- und Jugendbüchern“ – immer wieder hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im vergangenen Jahr das Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge und die Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft in den Vordergrund der bildungspolitischen Arbeit gestellt. Denn egal ob junge Menschen sich Wohneigentum leisten oder den Klimawandel bekämpfen wollen: Ohne ökonomische Bildung ist eine echte „Befreiung zur Entscheidung“ nicht möglich. Dazu gehören freilich nicht nur Faktenkenntnisse, sondern auch Vorbilder, Mentorinnen und Mentoren. Trotz der bedrückenden Pandemiefolgen und im Angesicht der Bedrohung durch autoritäre und totalitäre Ideologen bleiben Liberale optimistisch: Die Chancen der Modernität und des modernen Liberalismus sind an der Schwelle zum Zeitalter der Künstlichen Intelligenz größer denn je. Wie nahe sich der Zeitgeist und die Dahrendorf'sche Vision sind, hat dabei nicht zuletzt auch das Bundesverfassungsgericht gezeigt. Denn als im Winter die Entscheidung zu Schulschließungen fiel, bezog sich das Gericht implizit auf eine Forderung, die schon längst Teil der liberalen DNA ist: Bildung ist Bürgerrecht. ■

# RESTART BILDUNG: VOM KREIDEZEITALTER INS DIGITALE KLASSENZIMMER

Im zweiten Pandemiejahr ging es um die Modernisierung und die Digitalisierung des Bildungssystems sowie um die Stärkung des unternehmerischen Denkens als Schlüssel für Innovation und Fortschritt.



Die Corona-Pandemie hat den Blick sowohl auf Schwächen als auch auf viele Stärken des deutschen Bildungs- und Innovationssystems gelenkt. Vor allem in der Digitalisierung der Schulen zeigten sich gravierende Mängel, die den Distanzunterricht erheblich erschwert oder sogar unmöglich gemacht haben. Der Erfolg des Mainzer Unternehmens BioNTech ist dagegen ein Paradebeispiel für den erfolgreichen Wissenstransfer von der Forschung in die Praxis. Damit Deutschland für die vielfältigen Herausforderungen der Zukunft gewappnet ist, braucht es einen Aufbruch im ganzen Bildungsbereich – von der KiTa bis zum Forschungslabor.

Wichtige Impulse hierfür geben die Videos der „Masterclass Bildung“: Hier skizzieren Bettina Stark-Watzinger,

neue Ministerin für Bildung und Forschung, Professor Thomas Straubhaar und Annett Witte, neue Geschäftsführerin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, wesentliche Eckpunkte einer liberalen Bildungsagenda. Die Folgen beginnen mit einer Würdigung des liberalen Bildungserbes und der frökh-kindlichen Bildung. Sie nehmen Schule, Ausbildung und Studium in den Blick und reichen bis zum lebenslangen Lernen. Ergänzend vertieft Professor Straubhaar im Crashkurs Bildungsökonomie die wissenschaftlichen Grundlagen dieser Ideen.

Ein wichtiges Anliegen der liberalen Bildungspolitik ist es, Treffräume für Schule, Wissenschaft und Wirtschaft zu ermöglichen. Ein besonderes Highlight der politischen Bildungsarbeit 2021 war des-

halb ein Seminarwochenende zu „Unternehmertum in Schule und Studium“, organisiert von der Theodor-Heuss-Akademie und dem Liberalen Institut. Die Teilnehmenden erhielten vielfältige Einblicke aus der schulischen Praxis, der parlamentarischen Arbeit und der wissenschaftlichen Forschung. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch eine Keynote von Bettina Stark-Watzinger mit dem programmatischen Titel „Bildung ist Freiheit“.

Junge Menschen müssen ein ökonomisches Grundwissen erlangen, damit sie am politischen und wirtschaftlichen Leben teilhaben können. Das Gutachten „Ökonomische Inhalte in Kinder- und Jugendbüchern“ untersuchte deshalb, wie ökonomische Inhalte in Kinder- und Jugendbüchern dargestellt werden und welche Texte dabei aus pädagogischer Sicht besonders wertvoll sind. Das Gutachten wurde von dem Wirtschaftsmagazin Capital aufgegriffen. Es fällt auf: Reichtum ist in den untersuchten Kinderbüchern selten ein Ergebnis unternehmerischer Tätigkeit. Stattdessen taucht er meist unerwartet auf, beispielsweise als Erbe oder Schatzfund. Auch 2022 wird die ökonomische Bildung einen Schwerpunkt der Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit bilden: Eine Studie des Instituts für Ökonomische Bildung Oldenburg untersucht die Klima- und Umweltproblematik als Gegenstand in Politik- und Wirtschaftsschulbüchern. Sie wird 2022 vorgestellt. Die Digitalisierung des Schulsystems wird ebenfalls ein wichtiges Thema in diesem Jahr bleiben: Warum die Mittel des Digitalpakts nur schleppend abgerufen worden sind und wie Schulen fit für die „Kultur der Digitalität“ gemacht werden können, wird in einem Gutachten analysiert. ■

# BLICK INS ARCHIV

Das Archiv des Liberalismus hat seine erfolgreiche Arbeit in 2021 fortgesetzt. Ein besonderes Highlight der vielfältigen Publikationen war ein Band mit Reden von Walter Scheel.

Noch nie hat das Archiv des Liberalismus in einem Jahr so viele Publikationen vorgelegt wie im vergangenen Jahr 2021: Insgesamt über 1.500 Seiten wurden geschrieben und herausgegeben. Die weiteste Verbreitung fand der Band mit Reden des ehemaligen Bundespräsidenten, Außenministers und FDP-Parteivorsitzenden Walter Scheel. Herausgegeben wurde er vom Politikwissenschaftler Knut Bergmann, das Archiv des Liberalismus steuerte mehrere Essays bei und das Archivteam recherchierte Fotos und Quellen. Unter dem Titel „Fortschritt durch sozialen Liberalismus. Politik und Gesellschaft bei Friedrich Naumann“ hat das Archiv des Liberalismus einen Sammelband mit 14 Aufsätzen in der Reihe der „Staatsverständnisse“ herausgegeben. Die neue

Ausgabe des „Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung“ erschien höchstaktuell zum Schwerpunktthema „Freiheit, Sicherheit und Deeskalation. Liberalismus und Kalter Krieg 1970–1990“. Schließlich wurden die Freiburger Thesen von 1971 unter dem Titel „Wandel beginnt im Kopf. 50 Jahre Freiburger Thesen“ neu herausgegeben.

Das Archiv hat im vergangenen Jahr die beliebte Reihe der Public-History-Broschüren fortgesetzt: Mit Marie-Elisabeth Lüders, Elly Heuss-Knapp und Hildegard Hamm-Brücher stand der lange Weg liberaler Frauen zur Gleichberechtigung im Fokus, mit Rudolf Virchow, Wolfgang Mischnick, Karl-Hermann Flach und Werner Maihofer der sozialliberale und rechtsstaatliche Markenkern der liberalen Idee.

Das 50-jährige Jubiläum der berühmten „Freiburger Thesen“ aus dem Jahr 1971 bot den Anlass für zahlreiche Aktivitäten: Eine vom Archiv erstellte Roll-up-Ausstellung befasste sich mit ihrer Entstehung. In zahlreichen Veranstaltungen wurde ihre heutige Aktualität diskutiert. Ein Höhepunkt war die Jubiläumsfeier in Freiburg am 21. Oktober 2021, der eine Würdigung durch den Freundeskreis Walter Scheel am 27. Oktober 2021 in Bad Krozingen folgte.

Der 150. Jahrestag des deutschen Kaiserreichs stand im Mittelpunkt des diesjährigen Liberalismus-Kolloquiums. Es wurde gemeinsam mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität am 4. und 5. November 2021 in Jena ausgerichtet. Rund zwanzig hochkarätige Referentinnen und Referenten lieferten spannende Beiträge, die die Ambivalenz des Kaiserreichs zwischen Militarismus und Moderne verdeutlichten und die Rezeption bis in die Gegenwart nachzeichneten.

Große Resonanz fand auch das erinnerungskulturelle Arbeitsfeld des Archivs. Dazu gab es Seminare und „liberal walks“ zu Orten der Demokratie in Berlin und Potsdam. Die Mitwirkenden aus verschiedenen Bundesländern und der Stipendiatenschaft diskutierten die „Spuren der Freiheit“ und der historischen Entwicklung der liberalen Demokratie in Deutschland.

Trotz aller pandemiebedingten Einschränkungen wie dem mobilen Arbeiten gelang es dem Archiv, weitere Bestände zu erschließen und neue Bestände zu übernehmen. Zu erwähnen sind hier insbesondere Materialien des langjährigen Vorsitzenden des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Jürgen Morlok. Sie erlauben einen tiefen Einblick in die jüngere Geschichte des südwestdeutschen Liberalismus. Hinzu kam die Übernahme des Nachlasses des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Günter Rexrodt. Und mit dem Ende der Legislaturperiode des Bundestages begann die digitale Aktenübernahme aus der Fraktion und von einzelnen Abgeordneten. ■



**ARCHIV DES  
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung  
Für die Freiheit.

# BEGABTEN-FÖRDERUNG

## Highlights und Projekte unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten

**Innovativ, kreativ und engagiert: So kann man Marcel Schana sicherlich beschreiben. Für die Mitgründung des Vereins Aid Pioneers e. V. zeichnete ihn die Stipendiatenschaft mit dem diesjährigen „Leuchtturm“ aus, einem Preis für außerordentliches gesellschaftliches Engagement von Stipendiatinnen und Stipendiaten. Sein Verein erarbeitet logistische Lösungen für Hilfsgüterlieferungen und stellt sie anderen Nichtregierungsorganisationen (NGO) zur Verfügung. Der Verein engagiert sich im Libanon, im Nord-Iran, in Flüchtlingsunterkünften in Griechenland sowie in Sierra Leone.**

Dieses herausragende soziale Engagement zeichnet viele unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten aus. Ihr waches Interesse an politischen und gesellschaftlichen Themen bringt jedes Jahr eine große Fülle an relevanten Veranstaltungen hervor, wie die folgenden Beispiele zeigen. So ging etwa der Arbeitskreis Netzpolitik in der Konferenz „Beyond Human: Transhumanismus, Medizin und die Grenzen der Menschlichkeit“ der Frage nach, ob und wie die Grenzen zwischen Mensch und Maschine verschwimmen. Wie verändern Technik und künstliche Intelligenz schon heute unseren Körper und Geist? Wem das zu futuristisch war, der

konnte mit dem Arbeitskreis Kultur dem Thema „FREI(?)Kirchen – liberale Gemeinde oder zwanghaftes Kollektiv?“ der gesellschaftlichen und politischen Relevanz von Freikirchen in Deutschland und anderen Ländern nachgehen. Wieder andere diskutierten zusammen mit dem Arbeitskreis Demokratie die liberale Menschenrechtsarbeit in Pakistan. Dabei nahmen sie gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Pakistan das Thema „Zwischen Deepfakes, Desinformation und Frauenrechten“ in den Fokus. Das waren nur drei Beispiele von zahlreichen Veranstaltungen im Jahr 2021, die von den Geförderten im Rahmen der Selbstorganisation angeboten wurden.

Stipendiatinnen und Stipendiaten verfolgten auch gespannt die Vorbereitungen und den Ausgang der Bundestagswahl 2021. Ein paar Tage vor der Wahl untersuchten 15 Geförderte aus Afrika, Asien, Südamerika und Europa gemeinsam auf einer Wahlbeobachter-Tour in Berlin die Besonderheiten. Auf die Frage „Was hat Sie an der deutschen Bundestagswahl überrascht?“ kamen viele Antworten – eine davon: „Es hat uns überrascht, dass der gesamte Auszählprozess öffentlich ist.“ (Kaltrina/Sara/Sharareh). Besonders Geförderte aus Heimatländern mit autokratischen politischen Strukturen stehen nach ihrer Rückkehr vor der Herausforderung, wie sie demokratische Werte zu Hause leben können. Anregungen dazu gab das Seminar „Democratic Values in Non-Democratic Societies“ unter der Leitung von Sven Gerst.

Um die Kommunikation unter allen Geförderten und das gemeinsame Arbeiten der 18 Arbeitskreise und Initiativen zu fördern, startete in diesem Jahr auch das BF-Extranet – ein Intranet für alle Stipendiatinnen und Stipendiaten, Vertrauenspersonen und Mitglieder des Auswahlausschusses. ■



Marcel Schana (ganz rechts) mit Alexis Broschek (Vorstand), Julian Adler (Vorstand) und Sophie Heigel (Co-Lead für das Projekt im Libanon) bei der Entladung eines LKWs mit medizinischen Gütern für das Rafik Hariri Hospital in Beirut im August 2021.

# MEDIEN BRAUCHEN FREIHEIT

## Start der Medienakademie für journalistische Nachwuchskräfte

Im vergangenen Jahr fiel der Startschuss für ein neues Programm in der Begabtenförderung: Im Herbst 2021 begann der erste Jahrgang der Medienakademie. Mit dem neuen Programm werden journalistische Nachwuchskräfte gefördert. Gleichzeitig wird die Medienkompetenz der Stipendiatinnen und Stipendiaten gestärkt: Sie sollen fit gemacht werden für eine sich rasch verändernde Medienwelt, kompetent im Umgang mit den sozialen Medien werden und die Möglichkeit bekommen, sich aktiv am politischen Diskurs in allen Medien zu beteiligen.

Die ersten 20 Stipendiatinnen und Stipendiaten starteten 2021 mit dem ersten Jahrgang. Das neue, journalistische Programm-Angebot wird entwickelt und durchgeführt von Jörg Sadrozinski, ehemaliger Redaktionsleiter der *Tageschau*, *tagesschau.de* sowie Direktor der Deutschen Journalistenschule München, und Cordt Schnibben, ehemaliger Chefredakteur der Wochenzeitungen *Die Zeit* und *Der Spiegel*.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fördert deutsche und EU-Studierende ab dem ersten Semester im Bachelor- und Masterprogramm an anerkannten staatlichen Universitäten und



Jahrgang der Liberalen Medienakademie. Günther Jauch stellte sich im Kamingespräch allen Fragen der journalistischen Nachwuchskräfte.

Fachhochschulen. Die Teilnehmenden erhalten in vier Präsenzmodulen eine journalistische Basisausbildung. Darüber hinaus haben sie Zugang zu zahlreichen Webinaren der Reporterfabrik. Nachdem sie die „Rookie-Klasse“ erfolgreich beendet haben, können sie sich neben dem Fachstudium in der „Profi-Klasse“ konkret auf den Beruf der Journalistin oder des Journalisten vorbereiten.

Mit dieser neuen Talentschmiede für journalistische Nachwuchskräfte möchte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit einerseits die Meinungs- und Pressefreiheit stärken. Andererseits leistet sie einen Beitrag zu einer offenen und demokratischen Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger sich auch zukünftig ihre selbstbestimmte Meinung bilden können.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fördert Studierende und Promovierende, die die Ziele des organisierten Liberalismus unterstützen, die Grundwerte Demokratie, Bürgerrechte, Soziale Marktwirtschaft und offene Gesellschaft teilen und gesellschaftspolitisch aktiv sind. ■



## LIBERALE MEDIENAKADEMIE

Friedrich-Naumann-Stiftung  
Für die Freiheit

Erfahren Sie  
mehr über  
die Liberale  
Medienakademie:



# SOZIALE MARKT WIRTSCHAFT

---

MIGRANT FOUNDERS MONITOR 2021

AUFBRUCH IN EIN NEUES WÄHRUNGSZEITALTER

INFRASTRUKTUR UND DIGITALISIERUNG  
IN DEUTSCHLAND UND EUROPÄ

LIBERALE KLIMA- UND UMWELTPOLITIK

RESTART DER WIRTSCHAFT

UNTERNEHMERBILD, INNOVATIONEN UND  
DIE QUELLE UNSERES WOHLSTANDS



**Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué**  
Vorstandsvorsitzender der  
Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

### Soziale Marktwirtschaft als Katalysator für Innovationen

Ungeachtet der lauten Globalisierungskritik, die insbesondere während der Pandemie wieder an Zuspruch gewonnen hat, leben wir in einer vernetzten Welt – und das ist auch gut so! Wissen, Innovationen und gesellschaftliche Neuerungen können sich so rasch verbreiten. Das vergangene Jahr hat das eindrucksvoll bewiesen. Die internationalen Bemühungen der Impfstoffentwicklung und -produktion konnten nur durch gemeinsames, lösungsorientiertes Handeln umgesetzt werden. Auffällig ist dabei auch: Privatwirtschaftliche Akteure haben im Zusammenspiel mit funktionierenden staatlichen Institutionen die besten Ergebnisse erbracht. Ein Paradebeispiel für die Vorteile der Sozialen Marktwirtschaft – und gegen die Vorurteile gegen sie.

Insbesondere der mRNA-Impfstoff aus dem Hause BioNTech zeigt das Potenzial internationaler Vernetzung und marktwirtschaftlicher Anreize deutlich. Unter der Führung des Gründerehepaars Uğur Şahin und Özlem Türeci – beide mit türkischem Migrationshintergrund – entwickelte das Mainzer Unternehmen in Rekordzeit einen innovativen und effektiven Impfstoff. Zusammen mit dem US-amerikanischen Pharmagiganten Pfizer wurden dann die nötigen Produktionskapazitäten ausgebaut – auch das geschah in zuvor nie erreichter Geschwindigkeit. Der schützende Impfstoff konnte somit rasch die internationale Nachfrage bedienen.

Kaum ein Jahr ist zwischen der Entdeckung des Virus und der Zulassung der ersten Impfstoffe vergangen. Ein weiteres Jahr später sind über die Hälfte der Menschen auf der Erde gegen Covid-19 geimpft und somit weniger anfällig, schwer zu erkranken. Wie einst das Virus hat sich auch die Impfung, unser bestes Mittel im Kampf gegen die Krankheit, rasend schnell verbreitet. Dabei hat der Markt die beteiligten Unternehmen – zu Recht – fürstlich für ihre Pionierarbeit, ihren Mut und ihre Kreativität entlohnt.

Zukünftig werden auch Regionen mit einer weniger entwickelten Infrastruktur befähigt sein, mRNA-Impfstoffe und modernste Medikamente herzustellen. Modulare und mobile Produktionsstätten des Mainzer Unternehmens sollen das zeitnah ermöglichen. So werden sich diese Regionen schon bald dezentral und schnell an der Impfstoffproduktion beteiligen können.

Ohne Freizügigkeit, länderübergreifende Kooperation und einen zusammenhängenden Markt wären diese Erfolge undenkbar gewesen. Folgt man nun dem entwicklungsökonomischen Konzept der Konvergenztheorie, zeichnet sich ein hoffnungsvolles Bild. Diese Theorie impliziert, dass langfristig alle Länder ein ähnliches wirtschaftliches und gesellschaftliches Entwicklungsniveau erreichen. Die Errungenschaften der heute schon wohlhabenden Nationen setzen sich dabei aufgrund der internationalen Vernetzung und der Strahlkraft innovativer Technologien auch in anderen Regionen durch.

Erste Ansätze dieser Entwicklung kann man am Beispiel der Impfstoffproduktion erkennen. Dadurch, dass die Produktionen dezentral ermöglicht werden, können zukünftig auch weniger entwickelte Regionen an dem wirtschaftlichen Wachstum durch die mRNA-Technologie teilhaben. Allein schon dadurch, dass die Hochtechnologie verfügbar ist, werden bildungs- und industriepolitische Impulse gesetzt, die auf kurz oder lang zum Vorteil der betroffenen Gesellschaft wirken. In der Folge trägt die Globalisierung Wachstum, Fortschritt und Wohlstand in die weniger entwickelten Regionen.

Fest steht: Unsere global vernetzte Soziale Marktwirtschaft ist ein Segen. Neben der beschriebenen Strahlkraft wirken die Marktanreize auch als Katalysatoren für Innovationen und technologische Veränderungen. Denn nur die besten Produkte zu den günstigsten Preisen können im Wettbewerb bestehen. Das erfordert kontinuierliche Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten und schafft somit Wohlstand in mehrerer Hinsicht. Erstens werden bessere Produkte erschwinglicher, auch für sozialschwächere Haushalte. Zweitens werden entlang der gesamten Produktions- und Entwicklungskette kompetente und qualifizierte Arbeitskräfte benötigt, was das Lohnniveau hebt. Drittens bewegt die Soziale Marktwirtschaft risikofreudige, kreative Köpfe dazu, bessere Lösungen für bestehende Probleme zu finden. Das System entloht gute Ideen – und die besten Ideen verändern die Welt. Dieses Innovationspotenzial ist insbesondere angesichts der Herausforderungen, die wir als Gesellschaft meistern müssen, von ungemeiner Bedeutung. Ob demographischer Wandel oder Umweltzerstörung und Klimaerwärmung – es bedarf kreativer, ja sogar bahnbrechender Innovationen, um die Probleme unserer Zeit zu beheben.

Die global vernetzte Soziale Marktwirtschaft ist dabei unser bester Erfolgsgarant. Die beschriebenen Prozesse hinter der Impfstoffentwicklung haben es eindeutig bewiesen. Was bleibt, ist die Vision einer besseren Welt. Einer Welt mit Wohlstand – Wohlstand für alle.

# MIGRANT FOUNDERS MONITOR 2021

Mut und Innovation für das deutsche Start-up-Ökosystem

„Es ist ermutigend zu sehen, dass Migrant Founders wichtige Impulse zum deutschen Start-up-Ökosystem beisteuern.“

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund nehmen eine wichtige Rolle im Start-up-Ökosystem ein und sind eine treibende Kraft wirtschaftlicher Innovation in Deutschland. In den letzten Jahren haben sogenannte Migrant Founders zahlreiche erfolgreiche Start-ups aufgebaut, wie zum Beispiel BioNTech, Auto1, Delivery Hero, ResearchGate, Gorillas, Omio, GetYourGuide oder Qunomedical.

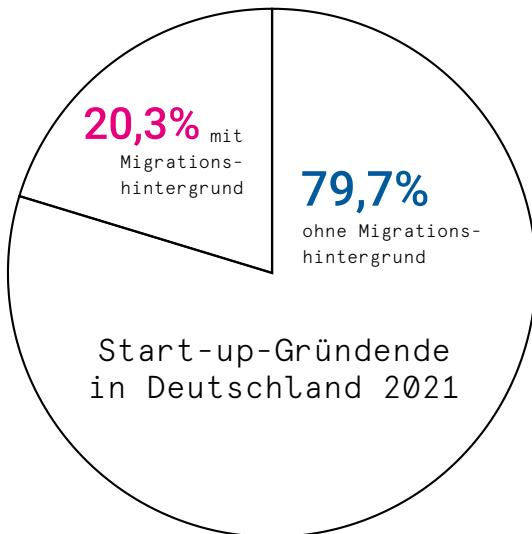
Im Migrant Founders Monitor (MFM 2021) wurde erstmals der Zusammenhang zwischen Migration und Start-up-Gründungen in Deutschland untersucht. Der Bericht wurde gemeinsam von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und dem Bundesverband Deutsche Startups herausgegeben.

Der Migrant Founders Monitor macht deutlich, dass Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund neben ihrer hohen Qualifikation häufig das entscheidende unternehmerische Mindset mitbringen: Sie denken groß und sind bereit, Risiken einzugehen. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass gerade in den Bereichen Finanzierung, Vernetzung und Kooperation für diese Gruppe noch Hindernisse bestehen. Sprachliche, bürokratische und administrative Hürden müssen daher weiter abgebaut werden – das gilt insbesondere für staatliche Förderprogramme und den Austausch mit relevanten Behörden. Dabei werden die Stärken und Herausforderungen sowie die Potenziale von Start-up-Gründerinnen und -Gründern mit Migrationshintergrund beleuchtet. Denn während das Feld der Existenzgründungen von Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund gut untersucht ist, fehlten bislang genauere Zahlen für die Start-ups.

„Diversität ist keine Option, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit.“

Dr. Sophie Chung, Gründerin und CEO Qunomedical sowie Präsidiumsmitglied des Startup-Verbands





Die Kernergebnisse der Auswertung sind:

- **Zentrale Bedeutung:** Mit einem Anteil von gut 20 Prozent nehmen Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle im Start-up-Ökosystem ein und sind damit eine treibende Kraft wirtschaftlicher Innovation in Deutschland.
- **Aktuelle Dynamik:** In den frühen Entwicklungsphasen von Start-ups sind Migrant Founders besonders präsent – das gilt vor allem für Migrantinnen und Migranten der ersten Generation.
- **Hohe Expertise:** 91 Prozent der Gründerinnen und Gründer mit eigener Migrationserfahrung gegenüber 84 Prozent im gesamten Ökosystem haben einen akademischen Abschluss. Zudem bringen sie besonders häufig einen MINT-Hintergrund mit.



„Der Migrant Founders Monitor zeigt, dass Migration für Deutschland auch ein Motor für tech-orientiertes und internatinal wettbewerbsfähiges Gründertum darstellt.“

Judith Dada, General Partner La Famiglia VC



„Gründerinnen und Gründer aus aller Welt gründen in Deutschland. Das heißt für mich: gute Infrastruktur, verlässliches Rechtssystem und intakte Rahmenbedingungen.“

Christian Vollmann, Seriengründer, Business Angel und Präsidiumsmitglied des Startup-Verbands

- **Starkes Mindset:** Migrant Founders der ersten Generation zeichnen sich durch ein ausgeprägtes Start-up-Mindset aus. Sie haben eine höhere Risikobereitschaft und 68 Prozent streben einen späteren Verkauf (Exit) an.
- **Herausforderung Wachstum:** In den Bereichen Finanzierung und Kooperationen haben Migrant Founders aktuell noch Schwierigkeiten, was auf kulturelle und strukturelle Barrieren hindeutet.

Der MFM verdeutlicht damit, welche große Bedeutung Migrant Founders für das Deutsche Start-up-Ökosystem haben. Insbesondere ihr Mindset bereichert die deutsche Start-up-Szene: Sie denken im Durchschnitt größer und streben einen ambitionierten Exit an. ■

# AUFBRUCH IN EIN NEUES WÄHRUNGSZEITALTER

Bitcoin, Ethereum – und bald digitales Zentralbankgeld: Darin steckt ein enormes Potenzial. Digitale Währungen demokratisieren den Zugang zum Finanzsystem, machen unabhängig von großen Intermediären wie Banken, erleichtern grenzüberschreitende Zahlungen und beleben Online-Geschäftsmodelle. In der Regulierung ist Behutsamkeit gefragt.

In Krisen bewegen Menschen ihr Geld in sichere Anlageformen. Früher war das vor allem Gold. Heute ist auch die nunmehr 13 Jahre alte Kryptowährung Bitcoin beliebt. Im September 2021 hat der Gesamtmarkt für digitale Währungen erstmals ein Volumen von zwei Billionen Dollar erreicht. Damit hat sich die Marktkapitalisierung von Kryptowerten allein seit 2020 verzehnfacht. Die Zeiten, in denen Kryptowährungen nur ein Nischenthema waren, sind somit lange vorbei.

In den vergangenen Jahren sind immer neue Formen digitaler Währungen entstanden, und zwar in vier Wellen. Die erste Welle stand im Zeichen der Kryptowährungen. Für die meisten digitalen Währungen bildet die Blockchain-Technologie die Basis – eine Art dezentrale Kassenbuchverwaltung, die es ermöglicht, Transaktionen ohne zentrale Kontrollinstanz zu verifizieren.

In der zweiten Welle folgten Ethereum und das programmierbare Geld. Nun sollten nicht mehr nur Transaktionen ohne Intermediär abgewickelt werden, sondern gleich ganze Programme in einem dezentralen System zensurresistent laufen und sogenannte Smart Contracts ermöglichen.

Dieses Potenzial wurde auch in der dritten Welle aufgegriffen. Doch hier diente die Technologie dazu, mit Stablecoins der enormen Volatilität der ersten Kryptowährungen Herr zu werden. Sie beziehen ihren Wert nicht aus dem technischen Protokoll, sondern werden durch Intermediäre oder Smart Contracts an etablierte Währungen gekoppelt, um einen stabilen Wert abzubilden. Der wohl bekannteste Versuch ist Facebooks DIEM-Projekt (früher „Libra“).

In der vierten, aktuell laufenden Welle sind gut 80 Notenbanken mit der Entwicklung von digitalem Zentralbankgeld auf den Plan getreten. Diese Welle befindet sich noch ganz am Anfang. Digitales Zentralbankgeld wird sich vom „elektronischen Geld“ auf den Bankkonten maßgeblich dadurch unterscheiden, dass es einen direkten Anspruch auf Barauszahlung gegenüber der Zentralbank darstellt und nicht nur gegenüber einer nachgelagerten Bank.

Das Potenzial dieser innovativen Technologie, die bestehenden Probleme der Finanzwelt zu bewältigen, ist enorm: Sie demokratisiert den Zugang zum Finanzsystem. Sie macht von großen Intermediären unabhängig. Die Transaktionskosten grenzüberschreitender Zahlungen fallen weg und bisher behäbige Online-Geschäftsmodelle erhalten einen frischen Impuls. Um dieses Potenzial zu erschließen, ist vor allem ein Rechtsrahmen erforderlich, der die neuen Technologien gegenüber alten nicht benachteiligt. Es bedarf zum Beispiel unkomplizierter Genehmigungsverfahren für Unternehmen auf dem Feld der Finanztechnologien (FinTech).

Ein gutes Marktordnungsrecht kann Deutschland und die Europäische Union als Standort im Wettbewerb digitaler Währungen stärken. Dabei dürfen keine Innovationen erdrückt und keine Regelungen geschaffen werden, denen nur große Akteure entsprechen können. Idealerweise sollte es eine gesonderte gemeinsame europäische Aufsicht für Kryptoassets und FinTech geben. ■

# INFRASTRUKTUR UND DIGITALI- SIERUNG IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Die Analysen „X-Road für Deutschland“ und „Zukunft der Innenstädte“ waren 2021 thematische Schwerpunkte für das Liberale Institut. Durch die Corona-Pandemie haben diese Themen weiter an Brisanz gewonnen.

Ein wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt für das Liberale Institut war 2021 die Verwaltungsdigitalisierung. Die Corona-Pandemie hat die Defizite in diesem Bereich noch einmal deutlich offengelegt. Bei der Bewältigung kann der Blick ins europäische Ausland helfen: In der Publikation „X-Road für Deutschland“ wird der Aufbau von E-Estonia analysiert und geprüft, also: Was kann Deutschland aus den estnischen Erfahrungen lernen? Hier geht es vor allem um die Grundprinzipien des estnischen Erfolgs: den Einbezug der Privatwirtschaft, die Nutzerorientierung und das Once-Only-Prinzip, nach dem Daten nur einmal an öffentliche Stellen übermittelt werden müssen. Darüber hinaus sollte E-Estonia Mut machen: Ein digitaler Staat kann erfolgreich aufgebaut werden. Das Papier wurde im Newsletter „Tagesspiegel Background Digitalisierung“ besprochen und war Grundlage für eine vierteilige digitale Veranstaltungsreihe zur Verwaltungsdigitalisierung mit fast 300 Teilnehmenden. Auf dieser Basis soll 2022 ein Seminar an der Theodor-Heuss-Akademie organisiert werden.

Von den Corona-bedingten Einschränkungen für Kultur, Gastronomie und Handel wurden die Innenstädte besonders hart getroffen. Um eine tragende Zukunftsvision zu kreieren, wurde das Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation beauftragt, eine Studie zur „Zukunft der Innenstädte“ zu erstellen. Die Studie liefert zahlreiche Best-Practice-Beispiele, die eine mögliche Perspektive für die Innenstadt der Zukunft aufzeigen. Die Ergebnisse wurden in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung diskutiert und beim „Tag der Handelsimmobilie“ des Zentralen Immobilien-Ausschusses (ZIA) vorgestellt. Die Studie fand auch Eingang in die

politische Bildungsarbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. So wurden die Ergebnisse beim Schülerfreicamp der Reinhold-Maier-Stiftung in Kooperation mit der Wüstenrot-Stiftung, der Stuttgarter Stadtbauakademie und der HABA Digitalwerkstatt präsentiert. Anschließend machten sich die Schülerinnen und Schüler selbst an die Arbeit und kreierten mit Hilfe des Computerspiels Minecraft ihre eigene Vision einer „Zukunftsstadt“. Seit der Veröffentlichung am 30. Juli 2021 wurde die Studie bereits mehr als 1.400 Mal heruntergeladen. Inzwischen gibt es die Studie auch als animierte Online-Veröffentlichung. Die aktuelle Entwicklung der Pandemie legt nahe, dass der Diskussionsprozess um die Zukunft der Innenstädte auch im nächsten Jahr fortgesetzt wird.

Die Entwicklung urbaner Räume auch abseits der Innenstädte waren ein Arbeitsschwerpunkt für das Liberale Institut. Gründe dafür waren unter anderem die anhaltende Debatte zu steigenden Mietpreisen, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Mietendeckel und der Volksentscheid zur Vergesellschaftung großer Wohnungsbaukonzerne. Mit der Broschüre „Die Liberale Stadt“ und dem Handlungsleitfaden „10-Punkte-Guide Stadtentwicklung“ wurden deshalb die Grundzüge liberaler Bau- und Stadtentwicklungs politik aufgezeigt.

Auch die Serie der Praxisleitfäden Kommunalpolitik wurde ausgeweitet. 2021 sind Praxisleitfäden für die Bundesländer Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt sowie Thüringen erarbeitet worden. Dort stehen sie allen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zur Verfügung. Damit existieren inzwischen kommunalpolitische Leitfäden für 7 der 13 Flächenbundesländer. Eine Fortsetzung der Reihe ist auch für das nächste Jahr geplant. ■



# LIBERALE KLIMA- UND UMWELTPOLITIK – WIE ERREICHEN WIR DIE KLIMAZIELE?

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind 2021 noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Auch in der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wurde im vergangenen Jahr intensiv auf diesem Feld gearbeitet.

Im vergangenen Jahr wurde das 50. Jubiläum der Freiburger Thesen gefeiert – das erste Umweltprogramm einer Partei in Deutschland. Das Archiv des Liberalismus hat zusammen mit dem Liberalen Institut die Beschlüsse und ihre Wirkung in der Schrift „Wandel beginnt im Kopf. 50 Jahre Freiburger Thesen“ eingeordnet. Die Bedeutung liberaler Ideen in der Anfangszeit der umweltpolitischen Diskussionen in Deutschland ist auch Thema der Broschüre „Gamechanger“. Diese wirft einen Blick auf die Rolle der Liberalen in der Anfangszeit der Umweltbewegung.

Leider sind noch längst nicht alle Umweltprobleme gelöst. Luftbelastung, Überfischung, Zerstörung wertvoller Lebensräume – die Liste der Herausforderungen ist lang. Aber auch heute können Innovationen und Technologieoffenheit, also liberale Grundpositionen, maßgeblich zu deren Lösung beitragen. Die wichtigsten liberalen Ideen hierzu wurden in der Broschüre „Umweltpolitik“ festgehalten. Dabei werden sowohl konkrete Umweltbelastungen als auch mögliche Maßnahmen zu deren Behebung vorgestellt. Auch Erfol-

ge werden thematisiert: So konnte die Wasserqualität von Flüssen und Seen in den letzten Jahrzehnten deutlich verbessert werden. Die Publikation bietet damit einen Leitfaden zu innovationsgetriebenen Verbesserungsvorschlägen für umweltbewusste Leserinnen und Leser.

Obwohl Städte nicht einmal ein Prozent der globalen Landoberfläche bedecken, sind sie für über 70 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Diese Zahlen machen die Rolle unserer Städte für den Klimaschutz deutlich. Wie man dies aus liberaler Sicht ändern kann, wurde im Policy Paper „Nachhaltige Stadt“ ausgearbeitet. Darin wurde gezeigt, wie Städte ohne Verbote zum Klima- und Umweltschutz beitragen können. Doch Städte müssen sich auch auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereiten. Beim Start-up-Hackathon „ihack RLP 2021“ stellte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Challenge „Gestalte die klimafitte Stadt“ vor, bei der die Gründerinnen und Gründer innovative Lösungen für Städte beim Umgang mit dem Klimawandel finden sollten.

Im Policy Paper „Plastik“ wurde das Verhältnis unserer Gesellschaft zu Kunststoffen thematisiert. Plastik prägt das moderne Leben wie kaum ein anderer Stoff. Ob in Textilien oder der Feinmechanik, ob für Jahrzehntelangen Gebrauch oder einmaligen Nutzen: Plastik ist überall – darin liegt auch der Ursprung des Problems. Der Abrieb der Kunststoffe belastet als Feinstaub oder Mikroplastik alle Lebensformen auf unserem Planeten. Folglich muss der Einsatz von Plastik differenziert bewertet werden – von der Produktion bis hin zur Entsorgung.

Auch während internationaler politischer Konferenzen wie der COP26 und dem G20-Treffen im vergangenen Jahr konnte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihre Rolle als Diskussionsplattform wahrnehmen, unter anderem mit Onlineartikeln. International gewinnt das Thema Nachhaltigkeit ebenfalls an Bedeutung: So war ein Experte des Liberalen Instituts auf der Nachhaltigkeits-Konferenz eines indonesischen Partners der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit präsent, die vom Regional-Büro der Stiftung in Indonesien unterstützt wurde. Über 560 Zuschauende verfolgten die Diskussion live über Zoom und mehr als 2000 Nutzrinnen und Nutzer interessierten sich für den Mitschnitt auf YouTube.

Für 2022 ist unter anderem eine Abschlusspublikation zur Broschüre „Faktencheck: Klimaschutz“ geplant. Diese soll innovative Möglichkeiten zur Reduktion von Treibhausgasemissionen beleuchten.

# RESTART DER WIRTSCHAFT

Steuerpolitik, Demographie und Wohneigentum: Das waren die Schwerpunkte der Stiftungsarbeit 2021 – vor allem mit Blick auf den Neustart der Wirtschaft und die weitere Entwicklung von Wohlstand und Chancengerechtigkeit.



Wie können wir heute schon die Grundlagen für den Wohlstand von morgen legen? Und wie gelingt es, dass alle Menschen die Chance haben, von diesem Wohlstand und von ihren Leistungen zu profitieren? Beide Fragen müssen immer wieder gestellt werden, um den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft zu prüfen – und, wo nötig, zu modernisieren. Und beide Fragen stellten sich im vergangenen Jahr umso dringender, als in Folge der Corona-Krise das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2020 um 4,6 Prozent gesunken war.

Um diese Fragen zu beantworten, hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit 2021 unter anderem zwei steuerpolitische Gutachten beauftragt: Zum einen hat das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung untersucht, welche steuerlichen Maßnahmen die Wirtschaft in der Corona-Krise unterstützen könnten. Das Gutachten wurde unter anderem in der *WirtschaftsWoche* besprochen

und auf einer Online-Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vorgestellt.

Mit der Situation der privaten Haushalte hingegen beschäftigte sich das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. Dort wurde eine Analyse der Steuer- und Abgabenlast erstellt und in der *Welt am Sonntag* vorgestellt. Die Untersuchung zeigt, dass starke Schulkinder in Deutschland viel tragen, also einkommensstarke Haushalte einen Großteil der Staatsfinanzierung leisten. Handlungsbedarf besteht vor allem bei der hohen prozentualen Belastung der mittleren Einkommen. Die Studie ist eine der am häufigsten heruntergeladenen Publikationen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Jahr 2021 und wurde auch auf einer Veranstaltung im Bildungsprogramm aufgegriffen.

Die großen Herausforderungen der demographischen Entwicklung bildeten einen weiteren Arbeitsschwerpunkt: So

zeigte die Dresdener Niederlassung des ifo-Instituts in der Studie „Rentenpolitik im Schatten der Babyboomer“, wie groß der Handlungsbedarf im nächsten Jahrzehnt ist. Die Studie untersucht die Entwicklung der wesentlichen Kennzahlen der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2050. Sie zeigt, dass der demographische Wandel in den nächsten Jahrzehnten enorme Kostensteigerungen verursacht. Die Rentenpakete der letzten Jahre verschärfen diese Entwicklung erheblich, obwohl Durchschnittsrentnerinnen und -rentner kaum von ihnen profitieren. Aufgegriffen wurde die Studie unter anderem von der *Bild am Sonntag*.

Ein Beispiel dafür, welchen Lösungsbeitrag eine zielgerichtete Einwanderungspolitik leisten kann, liefert der Migrant Founders Monitor (MFM). Er zeigt, dass Gründerinnen und Gründer mit Migrationshintergrund das deutsche Startup-Ökosystem bereichern und wichtige Innovations- und Wachstumsimpulse liefern. Durchgeführt wurde der MFM in Kooperation mit dem Bundesverband Deutsche Startups – für 2022 ist eine Neuauflage geplant. 2021 war der MFM die Stiftungsstudie mit der größten Pressereichweite.

Ein wichtiges Problem mit Blick auf Chancen- und Leistungsgerechtigkeit ist die Wohneigentumsquote, die in Deutschland so niedrig ist wie in keinem anderen EU-Land. Wie die Studie „Wohneigentumspolitik in Europa“ des Instituts der deutschen Wirtschaft aufzeigen konnte, ist dieser Missstand kein Zufall. Andere Länder weisen eine geringere Grundsteuer und niedrigere Erwerbsnebenkosten auf, gleichzeitig gibt es im europäischen Ausland deutlich mehr Unterstützung bei der Finanzierung. In der Folge scheitern vor allem die jüngeren Haushalte in Deutschland an den wachsenden Eigenkapitalhürden. Die Ergebnisse des Gutachtens fanden breites Gehör und wurden in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Welt*, im *Tagesspiegel* und auf *Focus Online* diskutiert. ■

# UNTERNEHMERBILD, INNOVATIONEN UND DIE QUELLE UNSERES WOHLSTANDS

Rohstoffknappheit bedeutet Armut – ein Trugschluss, der auf den ersten Blick vielleicht schlüssig wirken mag. Dabei zeigt die Entwicklung Deutschlands exemplarisch, dass es nicht mehr entscheidend ist, was sich unter der Erde befindet, sondern was in den Köpfen der Menschen steckt.

**Rohstoffe bleiben natürlich auch wichtig – die Diskussionen um Lieferketten, Seltene Erden und die Gasversorgung zeigen dies immer wieder. Aber sieht man von einigen äußerst wohlhabenden Ölländern ab, so lässt sich Wohlstand auf der breiten Front doch vor allem durch gute Ideen erreichen. Innovationen, ob schrittweise oder revolutionär, ob bezogen auf Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle, sind das Öl des 21. Jahrhunderts.**

Für ein rohstoffarmes Land wie Deutschland gilt dies erst recht. Und auch die großen Herausforderungen der kommenden Jahre lassen sich eigentlich nur durch Innovationen lösen: die Vereinbarkeit von Wohlstand und Umweltschutz, die Digitalisierung und der demografische Wandel. Wobei man automatisch nicht nur bei der Forschung, sondern auch bei der Bedeutung von Unternehmerinnen und Unternehmern

ist. Denn sie sind es, die Innovationen marktreif machen, sie in der Praxis umsetzen und selbst unternehmerisch, kurz innovativ, tätig sind.

Wenig förderlich ist da das alte Bild des klassischen Unternehmers: ein älterer Herr, möglichst mit Zigarre, in patriarchalischer Haltung in Anzug und Krawatte. Assoziiert wird damit oft das Schreckbild des Ausbeuters, des leistungslosen Wohlstandes. Angesichts der enormen Bedeutung des Unternehmertums und seiner innovativen Kraft sind solche Zerrbilder verheerend. Wir brauchen angesichts der Herausforderungen eher mehr statt weniger Unternehmergeist.

Ökonomische Bildung, das öffentliche Ansehen des Unternehmertums und seine Darstellung sind deshalb wichtige Themen für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die auch 2021

eine große Rolle gespielt haben. So gab es nicht nur zahlreiche Veranstaltungen und kürzere Artikel zu dem Thema. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat darüber hinaus eine Studie zur Darstellung von Unternehmertum in Kinderbüchern beauftragt. Diese kommt leider zum Schluss, dass unternehmerisches Handeln kaum vorkommt. Der Reichtum fällt eher vom Himmel oder liegt wie bei Harry Potter im Keller, als dass er das Ergebnis guter Ideen und harter Arbeit ist. Auch dieses Jahr wird die Stiftung weiter an diesen wichtigen Themen arbeiten.

Wie wichtig innovative Unternehmer sind, hat nicht zuletzt auch die Corona-Pandemie gezeigt: Dass so schnell mRNA-Impfstoffe zur Verfügung standen, war kein Zufall. Es war das Ergebnis jahrelanger anwendungsorientierter Forschung. Ohne Unternehmerinnen, Unternehmer und ihre Investoren, die allesamt an den Erfolg der neuen Technologie geglaubt haben, hätte es diesen Erfolg nicht gegeben.

Welche Auswirkungen innovatives unternehmerisches Handeln haben kann, das im positiven Sinne manchmal durchaus „verrückt“ ist, zeigt sich auch im Länderfinanzausgleich: Der Erfolg der mRNA-Impfstoffe von BioNTech und die darauf basierenden Gewinne und Steuerabgaben haben dazu geführt, dass Rheinland-Pfalz zum Geberland im Finanzausgleich geworden ist. ■



FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG Für die Freiheit.

**Liberale Menschenrechtsarbeit 2021**

# **DEMOKRATIE STÄRKEN. FREIHEIT VERTEIDIGEN.**



In 60 Ländern engagiert sich die Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit mit vielen Projekten für die Menschenrechte.  
Mit unseren Partnern auf der ganzen Welt setzen wir uns ein für  
digitale Bildung, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und Medienfreiheit.

Jetzt lesen:  
[menschenrechte.freiheit.org](http://menschenrechte.freiheit.org)



# INTERNATIONALE POLITIK

## INTERNATIONALE STIFTUNGSSARBEIT IM FOKUS

IM POLITISCHEN DIALOG IN ÜBER 60 LÄNDERN UND GEBIETEN DER ERDE

AUS DEN REGIONEN

GLOBAL HUBS - LABORE DES FORTSCHRITTS FÜR DIE FREIHEIT

LIBERALE MENSCHENRECHTSARBEIT IM FOKUS

DIVERSITY

QUE(E)R DURCH DIE WELT FÜR MEHR VIELFALT UND TOLERANZ

FREIHANDEL UND GLOBALISIERUNG

DER WESTBALKAN ... UMZINGELT VON  
EU-STAATEN

**Michael Georg Link MdB,**  
**Vorstandsmitglied der**  
**Friedrich-Naumann-Stiftung**  
**für die Freiheit und**  
**stellvertretender Vorsitzender des**  
**Menschenrechtsausschusses der**  
**Parlamentarischen Versammlung der**  
**Organisation für Sicherheit und**  
**Zusammenarbeit in Europa (OSZE)**



### Internationale Stiftungsarbeit im Fokus

Rechtsstaatlichkeit und liberale Demokratien haben im weltweiten Wettbewerb an Strahlkraft verloren. Autoritäre Modelle mit teilweise totalitären Tendenzen hingegen finden wachsende Unterstützung. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und offene Gesellschaften werden zunehmend bedroht. Die globalen Herausforderungen erfordern dringend globale Antworten: Das betrifft die Folgen der Corona-Pandemie, weltweite Migrationsbewegungen oder den Klimawandel. Auch die digitale Transformation fordert Demokratien heraus. Insbesondere, wenn Desinformation bekämpft und Angriffe von populistischen und autokratischen Kräften von innen abgewehrt werden müssen. 2021 zeigte sich auch in einigen Ländern der Europäischen Union, dass demokratisch gewählte Regierungen unverhohlen die Rechtsstaatlichkeit abbauen oder die Medienvielfalt durch staatliche Maßnahmen einschränken. All diese Entwicklungen und Ereignisse häufen sich und machen deutlich: Der inzwischen immer offener von Russland, China und anderen autoritären Staaten deklarierte Systemwettbewerb stellt eine massive Gefahr für Demokratien und Menschenrechte weltweit dar.

In diesem Spannungsfeld globaler Herausforderungen bewegt sich die internationale Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Projektbüros sind Botschafter für demokratische Werte, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Dies sind zugleich die Säulen der Menschenrechtsarbeit der Stiftung. Als eine der wichtigsten Zielgruppen werden weltweit Medienschaffende, Journalistinnen und Journalisten gefördert. Besonders Journalistinnen sind von Hassnachrichten und gezielten persönlichen Diffamierungen betroffen, wenn Regime unliebsame Kritik zum Schweigen bringen wollen. Dies berichtet auch Maria Ressa, Friedensnobelpreisträgerin von 2021 und Kooperationspartnerin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf den Philippinen. Die Meinungsfreiheit von Bürgerinnen und Bürgern ist der höchste Wert in Demokratien. Autokratische Regime erkennen in ihr nur den Ausdruck von Kritik von vermeintlichen Gegnern und Feinden.

Die Förderung von Frauen steht im Zentrum von Female Forward. Es war einst als Kampagne gedacht, um liberale Politikerinnen auf ihrem Weg zu unterstützen. Daraus ist inzwischen ein erfolgreiches Programm gewachsen, das über Deutschland hinaus in allen Regionen Anklang und Unterstützung findet. Videos und Reportagen geben Einblick in die beeindruckende Arbeit von Frauen weltweit, die ihren oftmals schwierigen Weg in patriarchal geprägten Strukturen gehen.

Auch Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger gingen weltweit immer stärker in Bedrängnis. Ob bei der Verteidigung von Frauenrechten, Pressefreiheit, Minderheitsrechten oder dem Wunsch nach Demokratie: Aktivistinnen und Aktivisten werden nicht nur in entfernten Regionen, sondern auch bei uns in Europa bedroht. In Belarus wurden Menschen, die für Demokratie und eine offene Gesellschaft demonstrierten, mundtot gemacht und unrechtmäßig ins Gefängnis gesteckt. In Russland wurde die bekannte Menschenrechtsorganisation „Memorial“ schlichtweg zwangsaufgelöst. In Polen wurden die Rechte von LGBTQI systematisch abgebaut. Auch hier setzt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit ihrer Arbeit an: Sie baut beispielsweise ein europäisches Netzwerk auf, das aus Aktivistinnen und Aktivisten für Minderheitenrechte besteht, aus Expertinnen und Experten für Sexualkunde und politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern zum Schutz der Rechte von LGBTQI.

In der internationalen Menschenrechtsarbeit wird die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auch 2022 mit besonderem Augenmerk Frauen, Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, Journalistinnen und Journalisten und viele andere fördern. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass demokratische Staaten eine größere globale Verantwortung tragen müssen. Sie können und müssen zeigen, dass Demokratien besser als autoritäre Regime die Aufgaben lösen können, vor denen Staaten heute weltweit stehen. Sie können verdeutlichen, dass Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte dem nachhaltigen Wohlstand und der Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger nicht entgegenstehen, sondern diese ganz im Gegenteil fördern.

Damit können sie Menschen auf der ganzen Welt Hoffnung geben, ohne ihnen bestimmte Institutionen und Wertesysteme überzustülpen – auch wenn reaktionäre und autoritäre Kreise nicht müde werden, dies zu behaupten. Im Gegenteil: Der qualitative Mehrwert der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 besteht ja gerade darin, Menschenrechte länder- und vor allem kulturreisübergreifend Geltungskraft zu verschaffen. Diese Universalität der Menschenrechte zu verteidigen und sie gegen jede Relativierung zu verteidigen, ist zentraler Teil der Mission der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. ■

# IM POLITISCHEN DIALOG IN ÜBER 60 LÄNDERN UND GEBIETEN DER ERDE



Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist ein global aktiver politischer Think-Tank. Gemeinsam mit unseren Partnern setzen wir uns für die Freiheit in allen Regionen der Welt ein.

A Ägypten · Argentinien · Armenien · Aserbaidschan · B Bangladesch · Belarus · Belgien · Bhutan · Bolivien · Bosnien und Herzegowina · Bulgarien · C Chile · Costa Rica · D Dänemark · Deutschland · E Ecuador · Elfenbeinküste · El Salvador · Estland · F Finnland · Frankreich · G Georgien · Griechenland · Guatemala · H Honduras · I Indien · Indonesien · Irland · Israel und palästinensische Autonomiegebiete · Italien · J Jordanien · K Kanada · Kasachstan · Kenia · Kirgisistan · Kolumbien · Kosovo · Kroatien · L Lettland · Libanon · Litauen · Luxemburg · Libyen · M Malaysia · Malediven · Mali · Malta · Marokko · Nordmazedonien · Mexiko · Moldau · Montenegro · Myanmar · N Nepal · Nicaragua · Niederlande · Nordkorea · Norwegen · O Österreich · P Panama · Pakistan · Paraguay · Peru · Philippinen · Polen · Portugal · R Rumänien · Russland · S Schweden · Schweiz · Senegal · Serbien · Simbabwe · Slowenien · Slowakische Republik · Spanien · Sri Lanka · Südafrika · Südkorea · Syrien · T Tadschikistan · Taiwan · Tansania · Thailand · Tschechische Republik · Tunesien · Türkei · U Ukraine · Ungarn · Uruguay · V Venezuela · Vereinigte Staaten von Amerika · Vereinigtes Königreich · Vietnam · Z Zypern



Mit allen Kräften für eine liberale Welt:

Dafür ist die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Rahmen ihrer Arbeit im In- und Ausland im Einsatz. Unser Kernanliegen ist die Verwirklichung von Freiheit und Verantwortung.

# AUS DEN REGIONEN

## Europäischer Dialog

Der Europäische Dialog der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat Büros in Brüssel, Madrid und Prag. Durch die Vernetzung von EU-Experten, der Zivilgesellschaft und Entscheidungsträgern versucht die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, einen offenen Dialog zu fördern und liberale politische Lösungen für europäische Herausforderungen zu entwickeln. Gemeinsam mit ihren liberalen Partnern entwickelt die Stiftung Formate und Kampagnen zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit, freien Märkten und Menschenrechten. Darüber hinaus koordiniert sie EU-kofinanzierte Projekte in den Bereichen Demokratieförderung, Entwicklungszusammenarbeit und Schutz der Menschenrechte.

In der zweiten Auflage der „Euro-Mena-Show“ diskutierten die Teilnehmenden mit zahlreichen Partnern aus Wissen-

schaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Diese Show ist zugleich Schaufenster und Dialogplattform für eine stärkere Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Die Themen waren vor allem Migration, Klimawandel, Frauenrechte und Diversifizierung von Lieferketten. Immer im Fokus stand die Frage: Wie kann durch gemeinsames Arbeiten auf Augenhöhe der Mittelmeerraum zu einer Region mit mehr demokratischen Rechten, mehr Wohlstand und größerer Sicherheit entwickelt werden?

Das Dauer-Thema Migration griff auch der Standort Brüssel auf: In Zusammenarbeit mit dem EU-Abgeordneten Jan-Christoph Oetjen präsentierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in einem virtuellen Ausstellungsraum zehn Erfolgsgeschichten von Migrantinnen und Migranten. Eine international besetzte

Jury hatte ihre Geschichten aus zahlreichen Einsendungen ausgewählt. Für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit war Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Teil der Auswahlkommission. Die Porträts zeigen eindrucksvoll, wie Integration gelingen kann, wenn Wille und Offenheit zusammentreffen.

Willen zu Veränderungen zeigten auch neue Parteien in Mittel- und Südosteuropa. „The Inspiring! Liberals in Central and Southeast Europe lead the Way for the Future“ ist der Titel eines regionenübergreifenden Videoprojekts. In Video-Porträts berichteten sieben inspirierende Persönlichkeiten über ihre Wege in die Politik und wie sie nationalen Herausforderungen begegnen. Der Tenor: Die europäische Orientierung stärkt den lokalen Reformmut.

Neustart nach der Pandemie: Disruption, Dekarbonisierung, Digitalisierung.

Im Schwarzbuch der Steuerverschwendungen für Bulgarien berichten jedes Jahr investigative Journalistinnen und Journalisten in 15 ausgewählten Geschichten über ineffektive öffentliche Ausgaben. Mit der Herausgabe fördert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Kontrolle der Bürger über das Ausgabenverhalten des Staates, Transparenz und den Kampf gegen die Korruption.

Begleitende Video-Dokumentationen wurden im Fernsehen ausgestrahlt und haben ein Publikum von über 2,5 Millionen Zuschauern erreicht. Im Januar 2021 wurde die neue Ausgabe des Schwarzbuchs der Steuerverschwendungen im virtuellen Studio präsentiert. Dabei kamen die Autorinnen und Autoren der Artikel zu Wort. Visuelle Effekte veranschaulichten den Inhalt und weckten die Aufmerksamkeit des Publikums. Auf der Internetseite chernaknig.bg können Bürgerinnen und Bürger Hinweise auf den Missbrauch öffentlicher Mittel einreichen.

## Ost- und Südosteuropa

### SOOE-Region

Das Regionalbüro erfasst insgesamt 23 Staaten Südost- und Osteuropas. Es ist derzeit mit seinen acht Projektbüros (Sofia, Bükarest, Belgrad, Istanbul, Tiflis, Kiew und Moskau) in 17 Ländern vor Ort tätig. Das Regionalbüro hat seinen Sitz seit 2007 in Sofia, Bulgarien. Regionalbüroleiter ist Martin Kothé. Das Regionalbüro führt eine Reihe von Initiativen und Programmen durch, die eine übergeordnete Funktion für die Region besitzen. So fördert beispielsweise die jährliche „Future of Freedom“-Konsultation das politische Gespräch zwischen Partnern, liberalen Meinungsführern und Multiplikatoren aus Politik und Gesellschaft.

Intelligente Städte (Smart Cities) bieten weltweit innovative Modelle, die für den Neustart nach der Pandemie wertvoll sind. Das fünfte internationale Smart-City-Festival (SCF) in Belgrad bot online unter dem Motto „Smart Restart“ viele Beispiele dafür. Knapp 2000 Zuschauer waren live im Netz dabei, Hunderttausende schauten sich das Festival im Nachgang an.

Smart-City-Expertinnen und -Experten, kommunale Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie Unternehmerinnen und Unternehmer beleuchteten die fünf Themenbereiche Mentality, Mobility, Market, Media, Medical. Professor Thomas Straubhaar, Kuratoriumsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, identifizierte drei Ds als Reaktionsrichtungen für den



## Naher Osten und Nordafrika

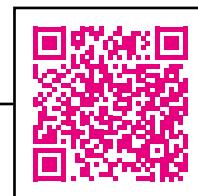
### MENA-Region

*Von ihren sieben Büros im Nahen Osten und Nordafrika aus fördert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit aktiv die politische Debatte, um innovative liberale Ansätze und Lösungen zu unterstützen. Ihre Projekte sind liberale Plattformen, auf denen die Stiftungs-Partner vom Golf bis zur Levante und der gesamten Südseite des Mittelmeeres kreative Impulse setzen und geopolitische Zusammenhänge erörtern können.*

Kunst ist die Sprache der Freiheit. Deshalb organisierte das Stiftungsbüro in Marokko das neuntägige Künstlertreffen „Bayt Al Fenn“ (Haus der Kunst). Poetry-Slammerinnen und -Slammer, Comic-Zeichnerinnen und -Zeichner, Musikerinnen und Musiker, Grafikerinnen und Grafiker sowie Straßenkünstlerinnen und -künstler erarbeiteten eine gemeinsame Vision von Marokko 2050. Hunderte Sardinen-Dosen, mehrere Kilogramm Wüstensand und gebrauchte Coronatest-Kits wurden zu einer ebenso dystopischen wie utopischen Fantasie der Zukunft verarbeitet: Die Werke von „Bayt Al Fenn“ spiegeln wider, wie junge Marokkanerinnen und Marokkaner ihre Freiheit begreifen.

Die Entwicklung neuer Ideen und Lösungsansätze für die Region Nahost und Nordafrika (MENA) ist das Kernelement des iValues-Projekts. Insgesamt wurden 279 innovative Projekte aus der Region eingereicht, die kreative Lösungen für dringende politische Fragen vorschlagen. Diese Projekte wurden durch mehr als 200 Jurymitglieder aus der Zivilgesellschaft bewertet. Anschließend wurden 25 Finalistinnen und Finalisten nach Amman, Jordanien, zur Preisverleihung eingeladen.

Im Oktober 2021 eröffnete die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihr neues Regionalbüro in Amman. Die neuen Räumlichkeiten senden eine klare Botschaft: Wir sind hier, um zu bleiben. Das neue Büro steht für Offenheit, Transparenz, Gastfreundschaft, Kreativität und Innovation – es ist ein „Ideen-Inkubator“. Zur Eröffnung kamen 80 Gäste aus Zivilgesellschaft und Politik. In seiner Rede begrüßte der neue jordanische Botschafter in Deutschland, Dr. Yousef Bataineh, die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Jordanien.



## Subsahara-Afrika

*Die Zukunft Afrikas wird oft auf eine seltsam faszinierende und pessimistische Weise betrachtet. Doch Afrika ist ein Kontinent voller Vielfalt, Innovationen und wirtschaftlichem Potenzial. Von ihren Büros in Johannesburg, Kapstadt, Harare, Daressalam, Nairobi, Abidjan und Dakar aus unterstützt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihre afrikanischen Partner, sich für liberale Werte einzusetzen und demokratische Strukturen aufzubauen.*

**Senegal:** Die „Liberale Akademie“ ist ein Ausbildungsprogramm für junge politische Führungskräfte im Senegal. Künftige politische Entscheidungsträgerinnen und -träger werden mit liberalen Konzepten und Politikansätzen vertraut gemacht. Die 25 ausgewählten jungen Menschen

durchlaufen ein Jahr lang regelmäßige Trainingseinheiten. In diesen werden liberale Ansätze aus den Bereichen der politischen Theorie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Marktwirtschaft gelehrt, aber auch politische Kommunikation und Rhetorik vermittelt.

**Simbabwe:** Die politischen Verhältnisse in Simbabwe verschlechtern sich kontinuierlich. Grundlegende demokratische Freiheiten werden ausgehebelt. Der von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ins Leben gerufene „FreeTalk“ bietet eine digitale Dialogplattform für den Austausch über politische Themen. Liberale Influencerinnen und Influencer, darunter der simbabwische Oppositionsführer Nelson Chamisa, diskutieren in geschützten Räumen. Allein auf YouTube

und Facebook werden mehr als eine Million Menschen erreicht.

**Tansania:** 14 Tote und 55 Verletzte durch Polizeigewalt – diese Bilanz zog Human Rights Watch nach den Wahlen in der tansanischen Teilrepublik Sansibar im Oktober 2020. Kaum vorstellbar, dass nur ein Jahr später die Präsidentin Tansanias, Samia Suluhu Hassan, und Politikerinnen und Politiker der Partei ACT auf einer Veranstaltung über Versöhnung auftreten – eine oppositionelle Partei und gleichzeitig Partnerin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die diese Veranstaltung unterstützt hat. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger war virtuell zugeschaltet. Das Event bestimmte die Schlagzeilen der tansanischen Medien und ist ein Signal der Hoffnung.

## Lateinamerika

In Lateinamerika fördert die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit starke demokratische Institutionen, die Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit durch gute Regierungsführung und soziale Marktwirtschaft. Außerdem arbeitet sie daran, den liberalen Dialog in der gesamten Region voranzubringen. Es gibt Stiftungs-Büros in Mexiko-Stadt (Regionalbüro und Projekt Mexiko), Tegucigalpa, Honduras (Zentralamerika), Lima, Peru (Andenländer) und Buenos Aires, Argentinien (Argentinien und Paraguay).

Die Digitalisierung kann einen wichtigen Beitrag zu effektiver Regierungsführung, Transparenz und Partizipation leisten. Deshalb standen diese Themen im Mittelpunkt des „Smart City Summit“, der im

Oktober 2021 in Guadalajara (Mexiko) und Guatemala-Stadt stattfand. Die Expertinnen und Experten diskutierten vor Ort und virtuell darüber, wie in Smart Cities die öffentlichen Dienstleistungen digitalisiert und modernisiert werden können, ohne dabei den Datenschutz zu vernachlässigen. Die Veranstaltung fand mehr als 70 Erwähnungen in wichtigen Medien.

Nach anderthalb Jahren Pandemie war der Jahreskongress 2021 des lateinamerikanischen liberalen Netzwerks RELIAL ein Schritt zurück zur Normalität. Mit etwa 50 Teilnehmenden wurde das „Familientreffen“ unter strenger Beachtung der Hygieneregeln in Mexiko-Stadt durchgeführt. Highlights waren ein Gespräch zwischen dem prominenten mexikanischen Journalisten Sergio Sarmiento und

der amerikanischen Ökonomin Deirdre McCloskey sowie eine Gesprächsrunde zu „Kaffee, Politik und Humor“ mit den Karikaturisten Xavier Bonil aus Ecuador und Juan Alarcón aus Mexiko.

Dass Fragen der Umwelt-, Energie- oder Landwirtschaftspolitik auch für Liberale wichtig sind, hat ein Workshop mit dem Stiftungspartner Fundación Bases in Argentinien demonstriert. Die 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Teilen des Landes diskutierten über die Kernfrage: Wie lassen sich Umwelt- und Klimaschutz mit wissenschaftlichen, technologischen und marktwirtschaftlichen Instrumenten optimieren? Sie kamen zu dem Ergebnis, dass der Markt auch auf diesem Feld ein wichtiger Ratgeber sein kann und muss.

## Nordamerika

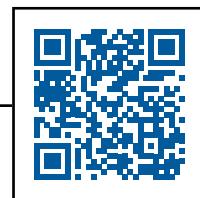
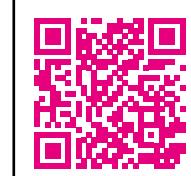
Das Regionalbüro Nordamerika besteht aus zwei Säulenprogrammen. Das Transatlantische Dialogprogramm fördert den politischen Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aus den USA, Kanada und Deutschland. Es entwickelt innovative liberale Ansätze und Lösungen zu transatlantischen Themen. Das Forum Weltwirtschaftsordnung fördert den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, um das gegenseitige Verständnis mit Blick auf die globale Wirtschaftsordnung zu verbessern. Beide Initiativen wollen einen Wissenstransfer zwischen Expertinnen und Experten ermöglichen, um einen Beitrag zum sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu leisten.

Die Konferenz „Current State of Transatlantic Relations: An Assessment“ brachte in Warrenton, Virginia, politische Stimmen und Positionen aus den USA, Kanada und Deutschland zusammen. Die Podiumsdiskussionen und Gespräche beschäftigten sich mit den wichtigsten Themen der transatlantischen Beziehungen. Dazu gehörten die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Kanada und Deutschland sowie viele weitere aktuelle Problemfelder, mit denen Nordamerika und Europa kon-

frontiert sind. Zu den Rednern gehörten Michael Link MdB und Kevin Meyer, Lieutenant-Gouverneur von Alaska.

Das globale Handelssystem war Schwerpunkt eines Programms des World Order and Globalization Hub mit Expertinnen und Experten aus aller Welt. Es gab einen intensiven Austausch mit 13 Organisationen, darunter der Weltbank. Dabei ging es um verschiedene Ansätze für den weltweiten Handel – vor allem in Ländern mit unterschiedlichen regulatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen.

Anlässlich der Bundestagswahl 2021 besuchten zwölf US-amerikanische Wahlkampfexpertinnen und -experten Berlin. Sie beobachteten den Straßenwahlkampf und Kundgebungen verschiedener Parteien vor Ort. Dadurch erfuhrten sie aus erster Hand, wie politische Kampagnen in Deutschland organisiert und wie Botschaften verbreitet werden. In Gesprächen mit erfahrenen Wahlkampfmanagerinnen und -managern diskutierten sie die politischen Programme der einzelnen Parteien und die Probleme potentieller Koalitionen.



## Südasien

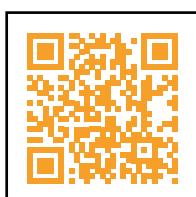
### SA-Region

In Südasien ist die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit eigenen Büros in Indien, Pakistan, Bangladesch und Sri Lanka vertreten und ist darüber hinaus aktiv in weiteren Ländern der Region. Zusammen mit Partnern gibt es Projekte zu den Themen wirtschaftliche Freiheit, gute Regierungsführung insbesondere auf kommunaler Ebene, Menschenrechte und digitale Transformation.

Viele Länder in Asien verbindet das wichtige Thema „nachhaltiger Tourismus“. Genau hier setzt die gemeinsame Initiative mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Sri Lanka (AHK Sri Lanka) an. Das Ziel: Die Wirtschaft soll gestärkt und diversifiziert werden. Mittel- bis langfristig soll so das Leben der Bürger verbessert werden. Das Programm zielt auf den Transfer von Know-how, Prozessoptimierung und Unterstützung bei der Zertifizierung ab. So soll eine digitale Plattform entstehen, die nachhaltigen Tourismus fördern kann. Die Mitglieder dieser Initiative verpflichteten sich, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu re-

spektieren und dazu beizutragen, sie zu erreichen. Außerdem sollen sie die Sustainable Development Goals als Rahmen ihrer Arbeit anerkennen.

Grundlage für diesen zukunftsweisenen Schritt ist Kreativität. Diese wird durch eine Kampagne des Regionalbüros in Delhi gefördert: Unternehmerinnen und Unternehmer aus den verschiedenen Ländern der Region erzählen, wie sie es während der Pandemie mit neuen Ideen schafften, sich auf die dramatische Situation einzustellen. Einzigartig dokumentiert wird diese Idee durch einen Kalender. Die Organisatorinnen erzählen: „Wir wollten die Fotografie als Instrument nutzen, um die Geschichten von Menschen aus verschiedenen Sektoren zu erzählen, die den Verlust ihres Unternehmens, ihrer Arbeitsplätze und so weiter in einer solch beispiellosen Zeit überwunden haben.“ Dafür wählten sie 13 Fotos und Geschichten für den Stiftungskalender für das Jahr 2022 aus. In diesem Geist schreitet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in der Region Asien mutig in das Jahr 2022.



## Südost- und Ostasien

### SOOA-Region

In Südost- und Ostasien hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Büros in Bangkok, Hanoi, Jakarta, Kuala Lumpur, Manila, Seoul, Taipei und Yangon. Das Regionalteam arbeitet mit dem Council of Asian Liberals and Democrats, mit der Arbeitsgruppe für einen ASEAN-Menschenrechtsmechanismus, mit dem Asia Centre und der ASEAN Human Prosperity Initiative zusammen, die Teil des Instituts für Demokratie und Wirtschaft ist.

Mit den „Thailand Talks“ holte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit erstmals die deutsche Plattform „My Country Talks“ nach Asien. Das Ziel: Werben für eine demokratische Diskussionskultur und Toleranz. Die Teilnehmenden

beantworteten sieben politische Fragen. Der Algorithmus der Plattform führte dann jene zusammen, die genau konträr zueinander antworten. Hunderte Thailänderinnen und Thailänder ließen sich auf das Experiment ein.

Von Toleranz zu Menschenrechten ist es nur ein kleiner Schritt. Wie steht es darum in Südostasien?

Dieses Thema hat sich das Regionalbüro in Bangkok gemeinsam mit dem malaysischen Karikaturisten Zunar vorgenommen. So entstand eine Online-Ausstellung von Karikaturen zum Thema Menschenrechte in der Region. Künstlerinnen und Künstler aus Myanmar, Thailand, den Philippinen, Indonesien und Malaysia beteiligten sich. Zunar nahm

auch die Situationen des unabhängigen Journalismus ins Visier. Das Regionalbüro ermöglichte vier jungen freiberuflichen Journalistinnen aus der Region Südost- und Ostasien (SOOA) Training, Recherche und Publikationen zum Thema „Business and Human Rights“. Die Journalistinnen recherchierten zum Schicksal der Knoblauchschälerinnen in Manila, zur Kinderarbeit in philippinischen Goldminen, zu sexueller Belästigung in Vietnam und den Arbeitsbedingungen von Putzkräften in Singapur. Die Artikel dazu erschienen in renommierten regionalen Online-Portalen und Print-Medien, darunter South China Morning Post, Rappler und Straits Times.

# GLOBAL HUBS

## Labore des Fortschritts für die Freiheit

Der englische Begriff „Hub“ hat nach herkömmlichem Verständnis zwei Dimensionen: eine räumliche, die beispielsweise in Form eines Knotenpunktes im Luftverkehr existiert. Außerdem eine mehr technische, die den „Hub“ als den zentralen Teil eines Ganzen betrachtet, der eine Verbindung zu einem Knotenpunkt herstellt.

Dementsprechend entfalten auch die Hubs der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine doppelte Wirkung: einmal als räumliche Bündelung über die Regionen hinweg sowie als Verbindungsglieder mit dem Referat „Globale Themen“ nach Deutschland hinein. Sie sind erste Anlaufstelle zu festgelegten Themen und nutzen Synergieeffekte bestmöglich aus.

Durch diese fachpolitischen Themenbüros wird außerdem das Profil der internationalen Stiftungarbeit geschärft. Konkret sieht das so aus: An den Standorten der vier Hubs – Brüssel, Nairobi, Taipeh und Washington – wird das weltweit existierende relevante Expertisenetzwerk erfasst, zusammengeführt und für die Erstellung von Politikinhalten genutzt. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Themenmanagerinnen und -managern des Referats „Globale Themen“, die die Arbeit der Hubs koordinieren und als Bindeglied zur Stiftungsarbeit in Deutschland fungieren. In den Mittelpunkt der Hubarbeit rücken neue Politikinhalte und liberale Ansätze zu Fragen der internationalen Politik. Besonderes Augenmerk liegt auf den Politikfeldern der internationalen



Finanz- und Wirtschaftspolitik (Washington), der Digital- (Taipeh), Sicherheits- (Brüssel) und Entwicklungspolitik (Nairobi). Ergänzt wird dies durch den Bereich der wertebasierten Außenpolitik. Dabei stehen vor allem Menschenrechtsschutz und Fragen internationaler Rechtsstaatlichkeit im Zentrum. Das Feld der wertebasierten Außenpolitik befindet sich bisher als Querschnitt im Referat „Globale Themen“. Weil es aber so bedeutsam für die liberale Außenpolitik ist, erhält es 2022 einen eigenen, neu zu errichtenden Hub.

Die Hubs und das Referat „Globale Themen“ generieren und erstellen Content. So werden im „Global Innovation Hub“ in Taipeh beispielsweise Civic-Tech-Anwendungen erforscht und innovative Politikkonzepte in den Blick genommen, die die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern erhöhen und liberale Demokratien festigen sollen. Der „World Order and Globalization Hub“ in Washington untersucht geoökonomische Fragen und verfolgt beispielsweise die rasante Entwicklung von digitalen Währungen. Im Interesse des „Security Hub“ stehen sicherheits- und verteidigungspolitische Themen. Aktuellere



Der Global Security Hub organisierte ein Interview der Fregatte Bayern auf ihrer Indo-Pazifik-Tour: Bei ihrem Hafenbesuch in Colombo Mitte Januar 2022 interviewte FNF Sri Lanka den Kommandanten und Besatzungsmitglieder der Fregatte.



Washington, USA  
Eine Study Tour des World Order and Globalization Hubs zum Austausch bei der Weltbank in Washington



Taipei, Taiwan  
Die Whistleblowerin Frances Haugen nahm sich auf Einladung des Global Innovation Hub über eine Stunde Zeit für ein Hintergrundgespräch mit geladenen Gästen

Krisenherde wie Chinas Auftreten im Indopazifischen Raum oder Russlands Aggression gegenüber der Ukraine und anderen Staaten werden laufend aus fachlicher Sicht analysiert. Außerdem werden mittelfristige Themen wie Klima und Sicherheit bearbeitet. Der „Global Partnership Hub“ nimmt Korruption als Hindernis von Wohlstand und Wachstum in den Blick. Er fokussiert seine Arbeit auf den zunehmenden Systemwettbewerb mit China, der sich gerade auch in der Entwicklungspolitik zeigt.

Mit dem weiteren Aus- und Aufbau der Hubs im Jahr 2021 ist die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ihrem Ziel einen großen Schritt näher gekommen: die Themen ihrer internationalen Arbeit über die Projekt- und Regionalstruktur hinaus stärker sichtbar zu machen. ■

# LIBERALE MENSCHEN- RECHTSARBEIT IM FOKUS

„Wir verneigen uns vor ihrem Mut!“ In der „Human Rights Defenders“-Publikation würdigte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und ihren pro-demokratischen Einsatz.

Wie viel Mut braucht man, um frühmorgens zu einer Demonstration zu gehen, ohne zu wissen, ob der Abend im Gefängnis enden wird? Wie viel innere Stärke und Überzeugung braucht es, um sich gegen repressive Regime und Machthaber aufzulehnen? Wie unerschütterlich muss der Gerechtigkeitswille sein, um gegen die Unterdrückung eines ganzen Volkes zu kämpfen und dabei zur Zielscheibe skrupelloser Diktatoren zu werden?

Weltweit unterstützt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für die Demokratie einsetzen und Menschenrechte verteidigen. „Im Kampf für die Freiheit ist die Verteidigung der Menschenrechte unabdingbar“, erklärt María Corina Machado aus Venezuela. Wie sie sind liberale Oppositionspolitikerinnen und -politiker häufig auch bekannte Menschenrechtler. Nicht selten werden sie für ihr politisches und menschenrechtliches Engagement verfolgt oder

**„Im Kampf für die Freiheit ist die Verteidigung der Menschenrechte unabdingbar.“**

Maria Corina Machado aus Venezuela

gar inhaftiert wie die philippinische Senatorin Leila de Lima. Wie bei ihr bemüht sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auch beim inhaftierten Félix Maradiaga in Nicaragua. Familie und liberale Freunde weiter zu unterstützen, den Kontakt zu halten und das Schicksal immer wieder öffentlich anzusprechen.

„Es ist nicht schwer, Wahlen zu gewinnen, wenn die Gegner nicht auf dem

Wahlzettel stehen“, kommentiert der russische Oppositionspolitiker und Pro-Demokratie-Aktivist Wladimir Kara-Murza die Situation in seinem Land. Doch auf wie viele andere Staaten wäre die Aussage auch zutreffend? Überall auf der Welt erleben wir einen zunehmenden Autoritarismus und Rückschläge bei den Bürger- und Menschenrechten.

Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger spielen eine unverzichtbare Rolle, wenn es darum geht, andere zu mobilisieren, die Menschenrechtsverletzungen und die Fragilität autokratischer Regime aufzudecken. Sie werden oft verfolgt, um ihre Kritik zu verhindern, sie einzuschüchtern und sie zum Schweigen zu bringen. „Let's talk Human Rights“ lautet daher das Motto einer erfolgreichen englischsprachigen Podcast-Reihe, die das Regionalbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Südafrika herausbringt. Höreinblicke in den Alltag von MenschenrechtlerInnen in Mali, Kenia, Kamerun und anderen afrikanischen Ländern bietet dieses Format. Es kann weltweit über die Zugänge von Apple Podcast und Spotify abgerufen werden.

Zur Menschenrechtsarbeit gehört vielerorts auch das Gedenken an Verschwundene und andere Opfer schwerster Menschenrechtsverbrechen. Dazu wurde auch die erste Kinkel-Lecture in Erinnerung an den liberalen Bundesjustiz- und Außenminister Klaus Kinkel ins Leben gerufen. In einer Rede über Opfer in internationalen Strafverfahren kam Bertram Schmitt, der deutsche Richter am Internationalen Strafgerichtshof, auch auf Klaus Kinkel zu sprechen. Er betonte das herausragende politische Engagement Kinkels, das zur Errichtung des permanenten Strafgerichtshofs geführt hat.

Dass Straftaten auch in jedem Fall gesühnt werden, dafür setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit beharrlich ein. In Mexiko ist es inzwischen sogar gelungen, mit der Internetseite [denuncia.org](http://denuncia.org) eine Plattform für Bürgerinnen und Bürger zu errichten, um sie zu motivieren, Verbrechen anzuseigen. ■

# HUMAN RIGHTS DEFENDERS

# Kämpfen für Freiheit und Demokratie



[humanrightsdefenders.freiheit.org](http://humanrightsdefenders.freiheit.org)

# DIVERSITY

## Engagement für Vielfalt und Integration

Mehrere Tausend friedliche Demonstranten protestierten gegen Gewalt und Homophobie in Tiflis, Georgien.



Jeder Mensch ist einzigartig. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat sich der Freiheit verpflichtet. Freiheit heißt auch, dass jeder Mensch sein Leben selbstbestimmt gestalten kann, unabhängig von Lebensart, Religion, Alter, Geschlecht und sozialem Hintergrund. Als liberale Stiftung steht die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für individuelle Vielfalt und Entfaltung. Deshalb hat sie die Charta der Vielfalt unterzeichnet und den Code of Conduct als Handlungsrahmen eingeführt, um die Beziehungen innerhalb der Stiftung und gegenüber Partnern, Kunden und Dritten angemessen, respektvoll und wertschätzend zu gestalten.

In den letzten Jahrzehnten haben wir den Kampf vieler Menschen um Gleichheit und Freiheit miterlebt. Gerade in den letzten Jahren haben unter anderem die Antirassismus-, die LGBTQI+ und die Frauenrechtsbewegungen viele bahnbrechende Siege errungen und große Fortschritte bei den bürgerlichen Freiheiten gemacht.

Als Liberale fragen wir uns: Was ist der nächste Schritt im Kampf für die Freiheit? Die Antwort besteht darin, die individuelle Vielfalt der Menschen in das Gespräch einzubringen. Das heißt, sich von den mit Kollektiven verbundenen Etiketten zu lösen. Die Entfaltung des individuellen Potenzials, der inneren Vielfalt.

Vielfalt umfasst alle Dimensionen, die jeden Menschen einzigartig machen. Dazu gehören ethnische Zugehörigkeit, Rasse, Alter, sexuelle Identität oder Orientierung, Geschlecht, Nationalität, aber auch Stil, Gefühlslage, Bildung, Arbeitssituation, Beruf oder Art der Organisation, für die man arbeitet. Aber auch Persönlichkeit, religiöse oder politische Überzeugungen, Lebenserfahrungen oder Lebensperspektiven und vieles mehr. Kurz gesagt: die psychologischen, physischen und sozialen Unterschiede, die zwischen allen Menschen bestehen. Es ist nicht nur ein Aspekt, der die Identität einer Person ausmacht, sondern die Summe aller Aspekte.

Die neue Normalität besteht darin, sich mit den Vorurteilen und Stereotypen auseinanderzusetzen, die Gruppen prägen, um die Vielfalt des Einzelnen zu akzeptieren. Eine Person darf nicht aufgrund eines kleinen Unterscheidungsmerkmals wie der sexuellen Orientierung oder der Hautfarbe verallgemeinert oder etikettiert werden.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Madrid veranstaltete im November 2021 den Kongress „Personal Diversity – the liberal approach to identity“. Fachleute des öffentlichen und privaten Sektors diskutierten darüber, was Vielfalt für sie bedeutet. Auch 2022 wird das Thema Diversity im Fokus der Stiftungsarbeit stehen, um den Dialog über Vielfalt und Integration zu vertiefen, das Verständnis zu verbessern und die Perspektiven zu erweitern. ■

Schauen Sie sich  
hier unseren  
Diversity-Film an:



# QUE(E)R DURCH DIE WELT FÜR MEHR VIELFALT UND TOLERANZ

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit macht weltweit auf die Situation von LGBTQI+-Menschen aufmerksam. Gleichzeitig setzt sie sich für mehr Toleranz und die Stärkung von LGBTQI+-Rechten ein.



Ein elementarer Bestandteil der Stiftungsarbeit besteht darin, aufzuklären und zu informieren, um gegenseitiges Verständnis zu fördern und Vorurteile abzubauen. Dieses Ziel verfolgt auch das Stiftungsbüro in Jerusalem mit seinem englischsprachigen Podcast „Straight Friendly Global“ mit Michael Ross. Ross ist einer der bekanntesten israelischen Podcaster und Social Entrepreneurs, der Aktivistinnen und Aktivisten und Forschende aus der weltweiten LGBTQI+-Gemeinde interviewt. Bis Ende 2021 wurden die ersten zwölf Folgen produziert. Zu hören sind Interviews mit Historikerinnen und Historikern, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Forschenden aus Israel, Polen, Indien, der Türkei, Russland und den USA.

Auch in Afrika stehen die Geschichten von Aktivistinnen und Aktivisten, Kunstschaffenden, Juristinnen und Juristen sowie Journalistinnen und Journalisten im Fokus, die sich in ihren Heimatländern für LGBTQI+-Rechte einsetzen. Die renommierte südafrikanische Tageszeitung „Daily Maverick“ beispielsweise publiziert die Berichte dieser mutigen Menschen aus dem ganzen Kontinent und stellt sie als inspirierende Vorbilder vor.



Der Podcast „Straight Friendly Global“ ist auf Podcast-Plattformen wie iTunes zu finden.

LGBTQI+-Personen erfahren verschiedene Formen der Diskriminierung sowohl im privaten als auch im öffentlichen Leben. Ein Projekt aus der Türkei beschäftigt sich mit der Situation am Arbeitsplatz. Seit sechs Jahren führt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit jährliche Studien zur Situation von LGBTQI+-Beschäftigten im öffentlichen und privaten Sektor durch. Die neuesten Ergebnisse wurden im November 2021 während einer digitalen Veranstaltung vorgestellt. Mehr als 30 Nachrichtensender in der Türkei berichteten darüber, der Bericht wurde in wenigen Wochen mehr als 15.000 Mal aufgerufen. Das Projektbüro Türkei publizierte zudem ein Toolkit mit „Empfehlungen für LGBTQI+-integrative Unternehmen“. Der Leitfaden beinhaltet unter anderem Vorschläge zum Aufbau einer LGBTQI+-inklusiven Corporate Identity, zu Einstellungsverfahren, Stellenausschreibungen und -bewerbungen sowie Empfehlungen zur Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und institutioneller Politikgestaltung.

In Südasien setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit der Online-Veranstaltungsreihe „Born with Pride“ für die Gleichberechtigung von LGBTQI+-Menschen ein. Dabei geht es um die Schwierigkeiten, mit denen die Gemeinschaft in Südasien konfrontiert ist, zum Beispiel „Politik und Trans-Diversität“ und „Queering Media“. Mit „Born with Pride“ schafft die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit eine sichere Plattform, um Probleme zu diskutieren und Lösungswege zu finden.

Auch in Europa gibt es noch einiges zu tun, damit Menschen nicht mehr aufgrund ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden. Deutschland schließt im LGBTQI+-Bereich mit der Ampel-Koalition endlich zu Ländern wie Spanien und Portugal auf, die in diesem Feld häufig als Vorbild dienen können. Es gab daher keinen besseren Ort als Madrid, um eine neue Stiftungskampagne zum Thema „Selbstbestimmung und individuelle Freiheit“ zu entwickeln und für das Konzept der persönlichen Diversität zu werben, als Gegenentwurf zu identitätspolitischem Schubladendenken. ■

Hier geht es zum Video „PERSONAL DIVERSITY – Manifesto“ (englisch)



# FREIHANDEL UND GLOBALISIERUNG

## Liberale Ideen für globalen Handel, soziale Marktwirtschaft und Innovation in Pandemiezeiten

**Hoffnungsvoll hatte 2021 für die Weltwirtschaft begonnen. Doch neue Corona-Varianten und der zunehmende Systemwettbewerb zwischen liberaler Demokratie und autoritärer Staatskapitalismus haben die Stimmung rasch getrübt.**

Umso wichtiger war es den Liberalen, Ideen über internationale Kooperationen und marktwirtschaftliche Ansätze auszutauschen und die Globalisierung wiederzubeleben. Zugleich aber auch, die Risiken für freien Handel, offene Gesellschaften und Märkte anzusprechen. Der „World Order and Globalization Hub“ in Washington hat sich dieser Aufgabe in verschiedenen Bildungsformaten gestellt. Mit Beginn der Amtszeit des neuen US-Präsidenten Joe Biden war ein optimistisches Momentum für die transatlantischen Beziehungen und die Welthandelsorganisation (WTO) entstanden. Die Entscheidung für die neue WTO-Generalsekretärin Ngozi Okonjo-Iweala war ein deutliches Signal Bidens an die Handelspartner und für einen multilateralen Freihandel. Anlass genug für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die wichtigsten Prioritäten für die WTO in einer ausführlichen Analyse für freiheit.org und in einem Artikel für liberal zu identifizieren.

Passend zum amerikanischen Engagement hat auch die Europäische Kommission bereits im Februar ihre neue Handelsstrategie veröffentlicht. Darin fand sich zwar ein klares Bekenntnis zum multilateralen Freihandel, andere Fragen wiederum blieben unbeantwortet.

Sie wurden daher an anderer Stelle diskutiert: in einem Interview mit der liberalen Europaabgeordneten Svenja Hahn auf freiheit.org und auf einer Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué. Während der Jahrestagung unter dem Motto „Re:start“ erörterte Paqué zu „Window of Opportunity – Restart Globalization“ unter anderem mit dem Chefökonom der WTO, Professor Robert Koopman, wie sich die Globalisierung wiederbeleben lässt.

Immer wieder gab es Rückschläge für Freihandel und Globalisierung: Die globale Impfkampagne ging nur schleppend voran. Im Spätherbst vernichtete Omikron die Hoffnung auf ein schnelles Ende der Pandemie. Bereits im Juni 2021 widmeten sich internationale Gesundheitsexpertinnen und -experten in einer Veranstaltung des Länderbüros Norddeutschland der Frage, wie die globale Impfkampagne beschleunigt werden kann. Schließlich gab es mit dem zunehmenden Systemwettbewerb zwischen liberaler, marktwirtschaftlicher Demokratie und autoritärer Staatskapitalismus eine weitere Herausforderung. Diese geo-ökonomischen Dimensionen der Globalisierung wurden mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft in Veranstaltungen der Länderbüros Bayern und Norddeutschland diskutiert. Dabei ging es auch um die neuen EU-Regeln zur Kontrolle von Industriebesitzungen sowie die EU-Sanktionen gegenüber Belarus.

Alexander Graf Lambsdorff, Bundestagsabgeordneter der Freien Demokraten und Kuratoriumsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, hat mit seinem Buch „Wenn Elefanten kämpfen: Deutschlands Rolle in den Kalten Kriegen des 21. Jahrhunderts – Afghanistan, Syrien, Russland, China und die Verantwortung des Westens“ eine Analyse globaler Entwicklungen und liberaler Gestaltungsoptionen vorgelegt. In Veranstaltungsformaten beleuchteten die Länderbüros einzelne Aspekte des Buches wie Deutschlands Rolle in den Kalten Kriegen des 21. Jahrhunderts und die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Eines haben alle Bildungsformate 2021 gelehrt: Kooperation und Austausch müssen proaktiv gefördert werden. Der „World Order and Globalization Hub“ setzte dies gleich in drei Studienreisen zu den Themen Freihandel, Gig Economy und der Zukunft der Bretton-Woods-Institutionen um. Liberale Expertinnen und Experten aus den Projektländern der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit trafen in Washington, D.C., Boston und New York City auf Repräsentanten aus Wissenschaft, Internationalen Organisationen und Unternehmen. Das weltweite Expertise-Netzwerk des Hubs konnte erfolgreich durch die engen persönlichen Kontakte ausgebaut werden. Dadurch konnte das versammelte Know-how in konkrete Ideen zu den globalen und lokalen Herausforderungen münden. Die virtuelle Alumni-Konferenz des Hubs führte im Dezember 2021 alle Studienteilnehmenden aus diesem und den Vorgängerjahren zusammen. Sie konnten gemeinsam den neuesten Stand der Weltwirtschaft am Ende des zweiten Pandemiejahres reflektieren und Strategien zur wirtschaftlichen Erholung erarbeiten. Globale Herausforderungen benötigen internationale Kooperationen. Der Weg aus der Pandemie wird nicht durch weniger, sondern durch ein Mehr an Globalisierung gelingen. ■

# „IM GRUNDE IST DER WESTBALKAN UMZINGELT VON EU-STAATEN.“

Manfred Richter, Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, war zu Gast im kroatischen Fernsehen.



**Manfred Richter,**  
Vorstandsmitglied der  
Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit

Zur besten Sendezeit war Manfred Richter für eine knappe Stunde zu Gast im öffentlich-rechtlichen Sender Kroatiens HRT (Hrvatska Radio Televizija). In einem anspruchsvollen Gesprächsformat („1 zu 1“) bei einem der bekanntesten Moderatoren des Landes zu sein, ist alles andere als selbstverständlich. Eingeladen wurde Richter vor allem aus folgendem Grund: In ihm bündeln sich umfassende Bildung, intime Kenntnis der Region, politischer Erfahrungsreichtum, gesunder Menschenverstand und Humor auf spezifische und überaus anregende Weise.

Nicht nur zum eigenen politischen Werdegang wurde Richter von Moderator Romano Bolković befragt. Sondern auch zur Arbeit der politischen Stiftungen und ihrer Philosophien, zur Entwicklung der Parteien, den Perspektiven der Westbalkanregion wie zu den besonderen Herausforderungen in Gesamteuropa.

Unvergesslich bleibt für Richter der „hochkomplexe auch parlamentarische Prozess“ zur deutschen Wiedervereinigung. Diesen Prozess konnte er als Parlamentarischer Geschäftsführer der

FDP-Bundestagsfraktion verantwortlich mitgestalten: „Ich bin überrascht, dass nicht mehr schiefgegangen ist.“ Dabei hätten es die Ostdeutschen durch die Möglichkeit der Wiedervereinigung noch gut getroffen – im Unterschied zu vielen anderen Transitionsländern.

Die heute weit verbreitete Suche nach einfachen Lösungen sei eine Herausforderung für die politische Bildung – sie führe in die Irre und verschaffe vor allem Populisten Zulauf: „Ich sage immer: Seid vorsichtig mit einfachen Lösungen! Politik in der heutigen Zeit ist kompliziert.“

Auf der anderen Seite gebe es zweifels-ohne bei allen politischen Wettbewerbern in bestimmten Zeiten einen Zwang zur Komprimierung, Popularisierung und Vereinfachung, nämlich in Wahlkämpfen – auch bei jenen, die einer anspruchsvollen Philosophie folgen. Richter weiß aus jahrzehntelanger Erfahrung und Beratungseinsätzen zu berichten, welche Rolle etwa Parteiprogramme in Kampagnen spielen: „Keine!“ Die Kernfunktion von Parteiprogrammen richte sich vor allem nach innen, habe für die Partei und ihre Identität selbst eine große Bedeutung, kaum jedoch für die Wählerinnen und Wähler.

Nach außen seien die Spitzenkandidaten und -kandidatinnen entscheidend – und die Frage, wie glaubwürdig sie zentrale Aussagen der Partei selbst verkörper-

ten. Nur dann würden auch Menschen zu gewinnen sein, die sich mit Politik nur am Rande beschäftigten.

Im weiteren Gespräch erinnerte Richter an das Bild vom „Europäischen Haus“, dessen Tür für die Russische Föderation momentan geschlossen sei. Wichtig sei nun, dass trotz eines langen Entfremdungsprozesses die Gesprächskanäle nach allen Seiten aufrechterhalten würden.

An einer glaubwürdigen Beitrepperspektive für die Länder des Westbalkans müsse die EU schon aus eigenem Interesse festhalten. Denn diese Region liege nicht am Rand oder an der Peripherie Europas: „Man muss nur mal auf die Landkarte schauen. Im Grunde ist der Westbalkan umzingelt von EU-Staaten.“

Die EU müsse aber auch darauf achten, selbst als zuverlässiger Partner wahrgekommen zu werden. Wenn der Kosovo etwa nachweislich alle Bedingungen für Visafreiheit erfüllt habe, könne man nicht sagen, das gehe jetzt aber gerade nicht: „Das zerstört Vertrauen!“ Unabhängig davon benötige die EU ohne Zweifel auch eine Reform ihrer Institutionen.

Am Ende wurde Richter noch schmunzelnd auf seine kabarettistischen Aktivitäten angesprochen. „Hütet Euch vor denen mit den verkniffenen Gesichtern“, so seine Antwort. „Wer zum Lachen in den Keller geht, macht auch keine gute Politik.“ ■

# BERICHT DES KURATORIUMS ZUR GREMIENARBEIT 2021

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss,  
Vorsitzender des Kuratoriums der  
Friedrich-Naumann-Stiftung für  
die Freiheit

Während die Pandemie die Welt weiter im Griff hält, wird das Krisenhafte unserer liberalen Demokratie immer wieder sichtbar. Ob in Deutschland, Frankreich oder den USA – überall erleben wir gesellschaftliche Spannungen, verbunden mit politischer Radikalisierung. Als Arzt erlebe ich in meiner Klinik Tag für Tag, Welch tragische Folgen Impfverweigerung mit sich bringen kann. Deshalb verstehe ich eine vernunftwidrige Haltung nicht. Aber ich bleibe Optimist. Argumentieren und zuhören, das ist der Schlüssel, damit wir die nächsten Jahre die Verwerfungen der Vergangenheit hinter uns lassen können. Unsere liberale Stiftung trägt politische Bildung in die Welt: Das stärkt Autonomie und Selbstverantwortung.

Innenpolitisch markiert das Jahr 2021 einen Aufbruch, den Deutschland lange nicht erlebte. Die neue Bundesregierung aus SPD, FDP und Grünen ist für die grundlegende Erneuerung des Landes angetreten. Eine Erneuerung, die ökonomischen Wandel und ökologische Sensibilität verbindet – aus der Mitte der Gesellschaft. Sie setzt auf die Innovationsfähigkeit unserer sozialen Marktwirtschaft. Gesellschaftlich wird der Wandel bereits spürbar: So sind die ersten rechtspolitischen Reformen auf den Weg gebracht, wie etwa die längst überfällige Abschaffung des Paragrafen 219a StGB.

In der Kabinettsbildung übernahmen zwei Kuratoriumsmitglieder die Verantwortung in der Bundesregierung: Christian Lindner, der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, wurde zum Bundesfinanzminister ernannt. Und Judith Pirscher wurde zu Beginn des Jahres als Staatssekretärin in das Bundesministerium für Bildung und Forschung berufen.

Das Jahr 2021 erfüllte das Kuratorium aber auch mit Trauer. Unser Freund Hans van Baalen wurde aus dem Leben gerissen. Hans, der leidenschaftliche Europäer, der international wie kaum ein anderer für die Liberalen gewirkt hat, verstarb. Er hinterlässt in unserem Kuratorium eine große Lücke. Für mich war Hans ein hochgeschätzter, in vielen Belangen auch unverzichtbarer Ratgeber und Begleiter. Mit ihm ist ein herausragender Vertreter einer freiheitlichen Politik verstorben, der sich in besonderer Weise um die Verbreitung liberaler Demokratien auf der ganzen Welt verdient gemacht hat. Wir danken ihm für seinen unermüdlichen Einsatz und werden Hans van Baalen ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Kuratorium blickt positiv in die Zukunft: Die Geschäftsführung sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schaffen mit liberaler Expertise wichtige Beiträge für die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, die vor allem in diesen schwierigen Zeiten von großer Bedeutung sind.

## Das Kuratorium

Vorsitzender: Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss  
Stellvertretende Vorsitzende: Liane Knüppel  
Ehrenvorsitzender des Kuratoriums: Prof. Dr. Jürgen Morlok

Mitglieder:  
Christel Augenstein  
Johannes van Baalen (†)  
Anne Brasseur  
Dr. Hinrich Enderlein  
Richard Fudickar  
Prof. Dr. Helmut Haussmann

Dr. Maren Jasper-Winter MdA  
Dr. Peter Jeutter  
Stefan Kapferer  
Alexander Graf Lambsdorff MdB  
Christian Lindner MdB  
Dr. Anita Maaß  
Gisela Piltz

Judith Pirscher  
Florian Rentsch  
Dr. Stefan Ruppert  
Dr. Hermann Otto Solms MdB  
Prof. Dr. Thomas Straubhaar  
Joachim Werren

# BERICHT DES VORSTANDES 2021



Prof. Dr.  
Karl-Heinz  
Paqué



Sabine  
Leutheusser-  
Schnarrenberger



Manfred  
Richter



Bettina  
Stark-Watzinger MdB  
(bis 8. Dezember 2021)



Michael Georg  
Link MdB

Ein weiteres schwieriges Jahr liegt hinter uns. Dafür verantwortlich waren vor allem das Virus und die Weltpolitik. Corona startete seine globale Verbreitung im Frühjahr 2020. Viele – auch wir – hofften, dass sich die Lage im Laufe des Jahres 2021 grundlegend verbessern würde. Aber dies geschah nicht, sieht man einmal von dem saisonalen Rückgang der Infektionsdichte in den Sommermonaten ab. Unsere Arbeit als Politische Stiftung musste sich darauf einstellen, im In- und Ausland, mit noch mehr digitalen Angeboten und weniger Präsenzveranstaltungen – das war unsere Antwort. Mit Stolz können wir sagen, dass wir diesen Wandel motiviert und mutig bewältigt haben – mit unserem tollen Team, das in Deutschland und weltweit großartige Arbeit leistet.

Auch die Weltpolitik machte uns das Leben schwer. Ganz oben in der Rangliste unserer Sorgen war dabei die Bedrohung der Ukraine durch Putins Russland. Sie war verbunden mit spürbaren Einschränkungen unserer Arbeit vor Ort. Wir ahnten allerdings im Jahr 2021 noch nicht, dass bald ein Krieg folgen würde. Aber genau so kam es – mit dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022. Inzwischen hat Putins Russland der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit die Registrierung entzogen. Wir müssen unser Büro in Moskau schließen, nach fast drei Jahrzehnten kontinuierlicher Präsenz in der russischen Hauptstadt, bei der wir viele liberal gesinnte Freunde gewonnen haben. Natürlich werden wir weiter über und für Russland arbeiten, aber von anderen Standorten aus. Unseren Kolleginnen und Kollegen von anderen Politischen Stiftungen geht es genauso wie uns.

Liberale wie wir sind Optimisten. Wir müssen mit der verdüsterten Weltlage leben und weiter für Freiheit und Menschenrechte sowie den Rechtsstaat und die soziale Marktwirtschaft arbeiten. Unsere großartigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun dies mit unverändert großer Motivation und mit viel Mut, wo er erforderlich ist. Wir bemühen uns, jene innovative Originalität in unseren Formaten und Konzepten zu zeigen, die man in solch schwierigen Zeiten braucht. Wir vergessen dabei niemals, Welch positiven Wandel die politische Öffnung, die wirtschaftliche Globalisierung und die technologische Entwicklung der letzten Dekaden gebracht haben – seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor über 30 Jahren. Inzwischen allerdings ist unübersehbar, dass immer mehr autoritäre Regime entstehen und manche Autokratie immer mehr totalitäre Züge annimmt, wie eben auch Putins Russland.

Für uns ist diese traurige Entwicklung auch Ansporn: Umso düsterer die Lage, umso wichtiger werden unsere Ziele und unsere Arbeit für die Freiheit. Es werden auch wieder bessere Zeiten für den Liberalismus kommen, aber sicherlich nur dann, wenn wir mit Leidenschaft dafür kämpfen. Genau dies ist unsere Absicht als Vorstand, zusammen mit dem tollen Team der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stiftung.

**Karl-Heinz Paqué**

## Der Vorstand

Vorsitzender: Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Stellvertretende Vorsitzende: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Schatzmeister: Manfred Richter

Mitglieder: Michael Georg Link MdB, Bettina Stark-Watzinger MdB (bis 8. Dezember 2021)

Ehrenvorsitzender: Dr. Wolfgang Gerhardt

# ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DER POLITISCHEN STIFTUNGEN

## Zusammenfassung der Erklärung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern, der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke nahestehenden Politischen Stiftungen.

Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;

- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugeben, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.



Die gesellschaftspolitische Arbeit der Stiftungen basiert auf den Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

# LIBRE RÄBEL BILANZ

ÜBER DIE  
STIFTUNG  
GESCHÄFTS-  
BERICHTSZAHLEN

# ÜBER DIE STIFTUNG



Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich seit ihrer Gründung am 19. Mai 1958 durch Bundespräsident Theodor Heuss für die Werte der Freiheit, für Verantwortung, für Rechtsstaatlichkeit und für die Menschenrechte in Deutschland und der Welt ein. Als Stiftung für die Freiheit sind wir thematischer Innovationstreiber und Freiheitsplattform für alle Liberalen in Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, möglichst vielen Menschen möglichst viele Chancen zu ermöglichen – und wir fördern eine tolerante, fortschrittliche, gut ausgebildete und leistungsgerechte Gesellschaft.

Auf Grundlage des Liberalismus unterbreiten wir Angebote zur liberalen Politischen Bildung in Deutschland und in aller Welt. Mit unseren Beratungen, Veranstaltungen, Publikationen und unserer Öffentlichkeitsarbeit befähigen wir Menschen, sich aktiv ins politische Geschehen einzumischen. Zu unseren Schwerpunktthemen zählen Bildung, eine offene und digitale Gesellschaft, die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft sowie internationale Politik. Unsere Geschäftsstelle ist in Potsdam. Die Stiftung ist im politischen Dialog in Deutschland und in über 60 Ländern und Regionen weltweit.

Für den liberalen Vordenker und Namensgeber der Stiftung, Friedrich Naumann, stand fest: Eine starke Demokratie braucht mündige Bürger. Erst wenn der Einzelne am politischen Prozess teilnimmt und Verantwortung trägt, wenn er sich einmischt und seine Meinung vertritt, wächst und gedeiht eine liberale Gesellschaft. Wir wollen dazu beitragen, dass es auf der ganzen Welt weniger abhängige und mehr selbstbewusste, politisch aktive Bürger gibt. Wir werben für Freiheit und darum, die Verantwortung wahrzunehmen, die mit Freiheit untrennbar verbunden ist.



## INTERNATIONALE ARBEIT

Seit 2007 ist der Zusatz „für die Freiheit“ Bestandteil unseres Stiftungsnamens: In mehr als 60 Ländern setzen wir uns für Menschenrechte und Demokratie ein, indem wir Politikdialog und Politikberatung unterstützen. Das Leitmotiv der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in der internationalen Arbeit: sich auf Augenhöhe begegnen, voneinander lernen und miteinander arbeiten. Unsere liberale Idee einer freiheitlichen Welt bildet dabei die Basis für jeden internationalen Austausch.

Die *Auslandsbüros* helfen in vielen Ländern, die Idee der Freiheit voranzubringen – gerade dort, wo es schwierig ist: in Autokratien und Ländern ohne stabile demokratische Strukturen. Im Mittelpunkt der Politikberatung steht die Lösung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme. Wir unterstützen unsere liberalen Partner im Ausland auf vielfältige Weise, zum Beispiel bei der Stärkung des organisierten Liberalismus und bei der Entwicklung und dem Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen.

Die *Internationale Akademie der Führungskräfte (IAF)* arbeitet eng mit den Auslandsprojekten der Stiftung zusammen und entwickelt Veranstaltungen für Fach- und Führungskräfte aus aller Welt, u. a. zu den Themen Liberalismus, Menschenrechte und Rechtsstaat, Bürgergesellschaft, Freihandel, Presse- und Informationsfreiheit, Bildung und Bekämpfung von Extremismus.

## POLITISCHE BILDUNG

Wir arbeiten als politische Bildungseinrichtung mit dem Ziel, die Freiheit und ihre Bedeutung für Rechtsstaat und Demokratie in der Gesellschaft weiter zu verankern. Wir verstehen uns als Anwalt der Freiheit und als Motor für Wohlstand und Frieden – in Deutschland und in aller Welt. Wir bieten daher liberale Angebote zur politischen Bildung und ermöglichen es dem Einzelnen, sich aktiv und informiert ins politische Geschehen einzumischen.

Das *Liberale Institut (LI)* in Berlin ist der Think-Tank der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Unsere Expertinnen und Experten widmen sich politischen Grundsatzfragen verschiedenster Art und veröffentlichen diese in Form von Positionspapieren, Studien und weiteren Publikationen. Soziale Marktwirtschaft, Bildung, Umwelt, Bürger- und Grundrechte, Geschichte des Liberalismus – unser Themenspektrum im Liberalen Institut ist vielfältig.

Zentrale Bildungsstätte ist die *Theodor-Heuss-Akademie (THA)* in Gummersbach. Hier werden Seminare, Trainings und Konferenzen organisiert, um liberale Positionen und politisches Handwerkszeug zu vermitteln.

Hier finden Sie  
Informationen  
zu unserem  
Code of Conduct:



Das *Archiv des Liberalismus (ADL)* in Gummersbach sammelt und erschließt Dokumente und digitales Material über den organisierten Liberalismus seit 1945 sowie Nachlässe und Dokumente libera- ler Persönlichkeiten wie Thomas Dehler, Martha Dönhoff, Hans-Dietrich Genscher, Hildegard Hamm-Brücher, Wilhelm Külz, Wolfgang Mischnick, Otto Graf Lambsdorff und Walter Scheel. Weitere Arbeitsschwerpunkte des Archivs sind die historische Liberalismus-Forschung und die politische Bildungsarbeit.

Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit heißt „*liberal – Das Magazin für die Freiheit*“ und erscheint mindestens viermal im Jahr – gedruckt oder als Online-Magazin. Das Debattenmagazin bietet Beiträge von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur. Damit ist es die zentrale Plattform für den Wettstreit freiheitlicher Ideen und Argumente in Deutschland.

## BEGABTENFÖRDERUNG

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fördert junge Studierende finanziell und ideell durch Stipendien, Bildungsreisen, Networking, Seminare und Arbeitskreise. Die Begabtenförderung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vergibt Studien- und Promotionsstipendien an deutsche und ausländische Studierende und Promovierende. Die Bewerbungsverfahren finden zweimal jährlich statt (Ende der Bewerbungsfristen: 30. April und 31. Oktober). Unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten sind Botschafter der Freiheit, die sich aktiv in gesellschaftliche Belange im In- und Ausland einbringen.



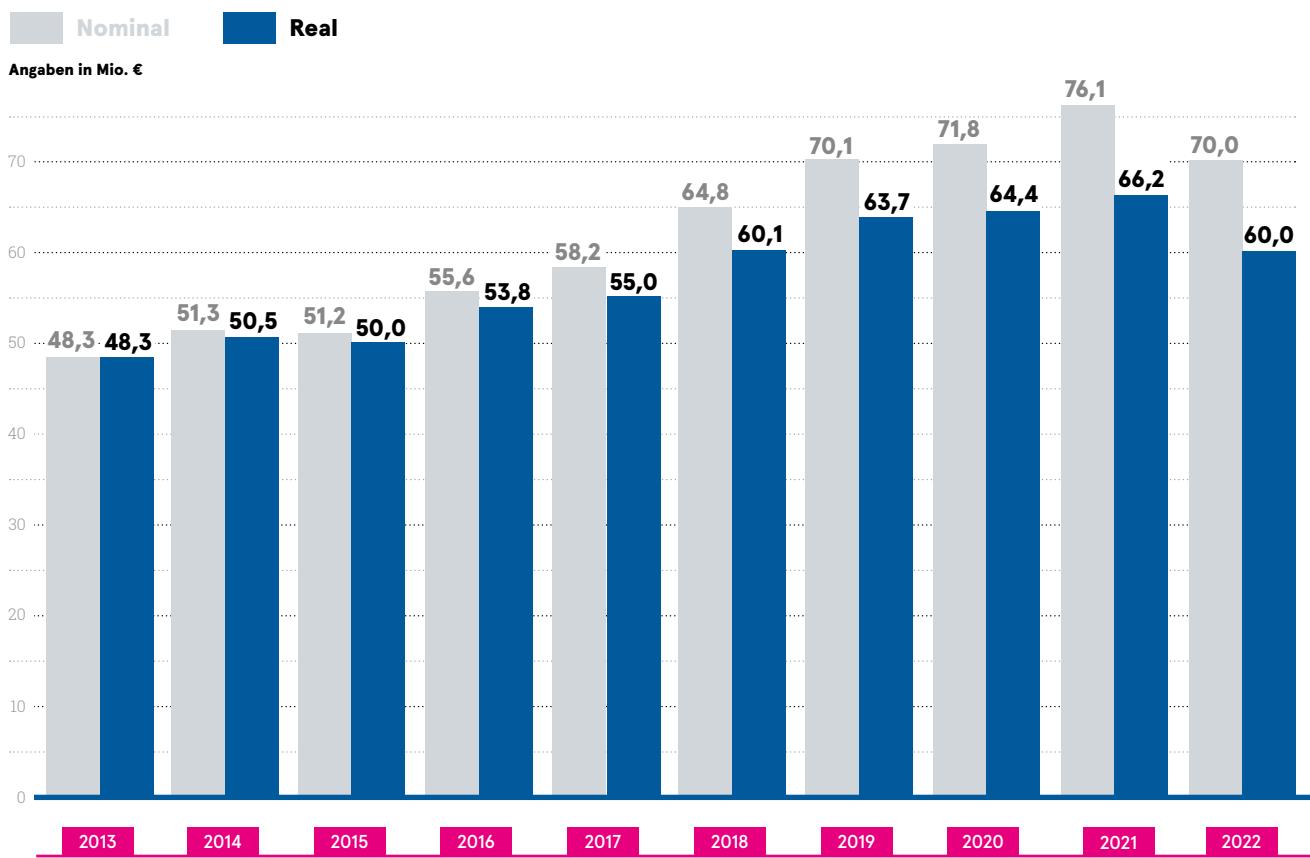
Neubau und Truman-Villa,  
Geschäftsstelle der  
Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit  
in Potsdam-Babelsberg

# DIE MITTEL ZUM ZWECK

Die Zuwendungen von Bund und Ländern an die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sind in den letzten neun Jahren nominal um insgesamt 57,6 % gestiegen, real um 37,1 %.

Das Volumen der im Jahre 2021 verfügbaren finanziellen Mittel lag damit unter Einbeziehung der Inflationsraten um 17,9 Mio. € über dem des Jahres 2013.

## → Die Entwicklung der Bundes- und Landeszuzwendungen 2013–2021 (2022: Plan)



# DER QUELLENNACHWEIS

Der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit standen im Haushaltsjahr 2021 Einnahmen in Höhe von insgesamt 91,2 Mio. € zur Verfügung. Davon bezog sie 45,3 % der Mittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für entwicklungswichtige Vorhaben der Politischen Stiftungen - 1,7 Mio. € mehr gegenüber 2020.

Der Anteil der Zuwendungen des Bundesministeriums des Innern betrug 17,1 % und lag damit um 1,0 Mio. € über dem Vorjahr.

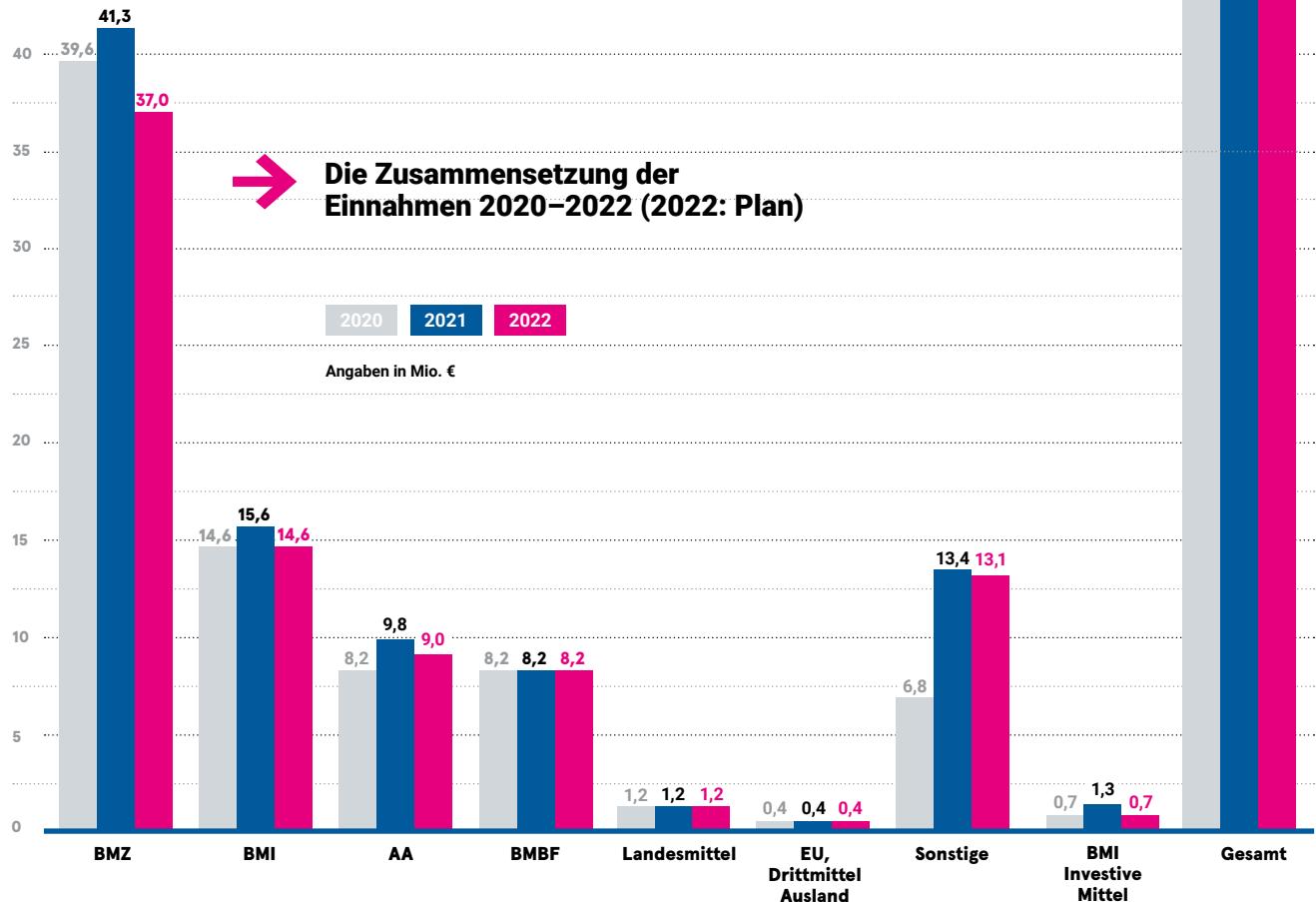
Die Zuwendungen des Auswärtigen Amtes mit einem Anteil in Höhe von 10,8 % an den Gesamteinnahmen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. €.

Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bereitgestellten Mittel beliefen sich auf 9,0 % der Gesamteinnahmen.

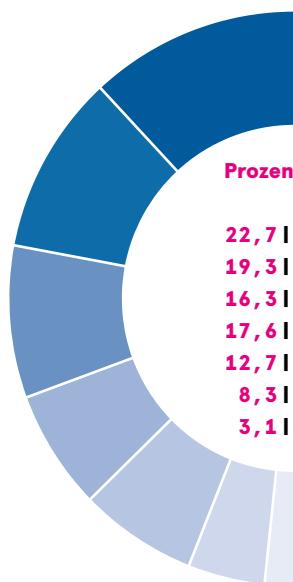
Die Landesmittel mit einem Anteil von 1,3 % an den Gesamteinnahmen blieben im Vorjahresvergleich unverändert bei 1,2 Mio. €.

Die Zuwendungen der EU und anderer betragen 0,4 Mio. €, das entspricht 0,4 % der Gesamteinnahmen. Zusätzlich standen der Stiftung 13,4 Mio. € sonstige Einnahmen zur Verfügung.

Die Einnahmen aus investiven Mittel des Bundesministeriums des Innern betrugen 1,3 Mio. €.



# DIE AUFTEILUNG DER MITTEL



## Einsatzgebiete weltweit

Der Finanzmitteleinsatz in Höhe von insgesamt 47,2 Mio. € entspricht einem Anteil von 51,7 % an den Gesamteinnahmen.



91,2  
Mio. €

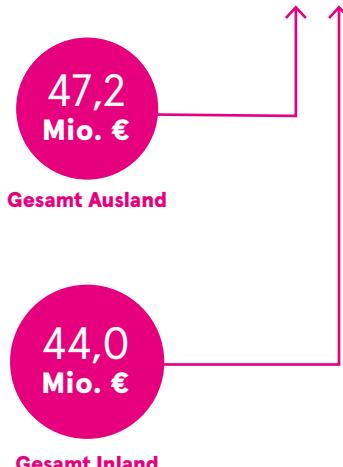
Gesamt Inland/Ausland



## Aufgabenfelder in Deutschland

Im Inland wurden im Jahre 2021 Mittel in Höhe von 44,0 Mio. € eingesetzt, das entspricht einem Anteil von 48,3 % an den Gesamteinnahmen 2021.

Der Ausgabenanteil für die zentrale Steuerung und Verwaltung für das In- und Ausland beträgt für das Berichtsjahr 11,18 % an den Gesamteinnahmen der Stiftung.



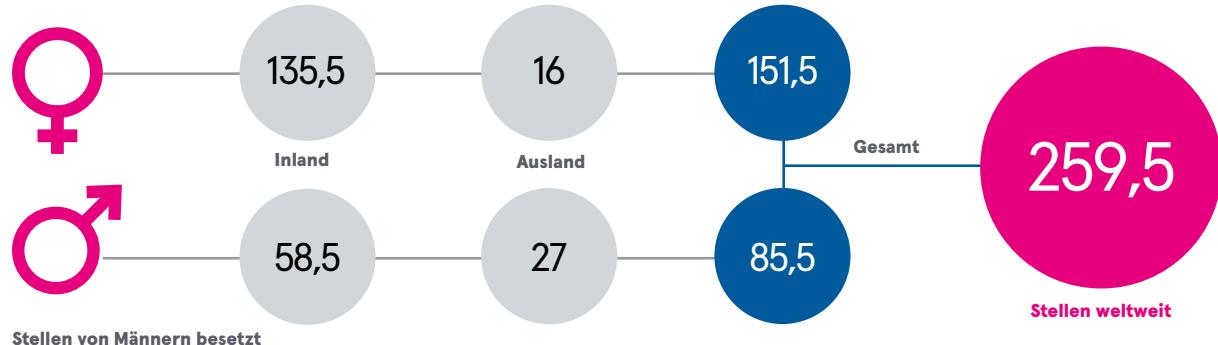
# MITARBEITENDE



## Anzahl der Stellen im In- und Ausland 2021

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit ist ein attraktiver Arbeitgeber. Verteilt auf 237 Stellen im In- und Ausland arbeiten wir für die Freiheit. Dazu kommen noch viele Projektmitarbeitende in aller Welt. Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie unter [www.freiheit.org/jobs](http://www.freiheit.org/jobs).

Stellen von Frauen besetzt



Stellen von Männern besetzt



## Begabtenförderung

Die Begabtenförderung erhielt 2021 rd. 9,6 Mio. € für die Förderung von deutschen und ausländischen Studierenden und Promovierenden.

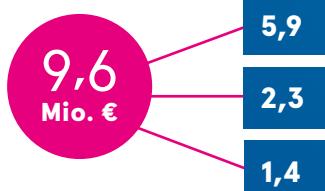
Insgesamt wurden 1.220 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Auswärtigen Amtes (AA) gefördert.

Anzahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten 2021



Verteilung der Mittel 2021

Angaben in Mio. €



# DAS GESCHÄFTSJAHR 2020

<b>AKTIVA</b>		<b>Stand am 31.12.2020</b>	<b>Stand am 31.12.2019</b>
		€	€
<b>Anlagevermögen</b>			
Immaterielle Vermögensgegenstände	214.980,00	360.279,00	
Sachanlagen	12.649.998,21	12.165.241,90	
Finanzanlagen	969.358,70	974.471,62	
<b>Gesamt</b>	<b>13.834.336,91</b>	<b>13.499.992,52</b>	
<b>Umlaufvermögen</b>			
Vorräte	10.700,00	14.100,00	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.829.268,75	1.386.117,72	
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	10.843.798,97	12.896.479,24	
<b>Gesamt</b>	<b>12.683.767,72</b>	<b>14.296.696,96</b>	
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>80.489,07</b>	<b>124.154,54</b>	
<b>Gesamt</b>	<b>26.598.593,70</b>	<b>27.920.844,02</b>	

<b>PASSIVA</b>		<b>Stand am 31.12.2020</b>	<b>Stand am 31.12.2019</b>
		€	€
<b>Eigenkapital</b>			
Stiftungskapital	230.050,00	220.050,00	
Rücklagen	6.162,26	5.834,66	
Umschichtungsergebnisse	-4.495,22	-4.495,22	
Ergebnisvortrag	8.236.626,28	8.270.670,80	
<b>Gesamt</b>	<b>8.468.343,32</b>	<b>8.492.060,24</b>	
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	2.845.515,31	2.329.559,00	
Rückstellungen	7.139.806,55	8.657.798,81	
Verbindlichkeiten	4.310.423,24	4.071.490,58	
Rechnungsabgrenzungsposten	3.834.505,28	4.369.935,39	
<b>Gesamt</b>	<b>26.598.593,70</b>	<b>27.920.844,02</b>	

<b>AUFWENDUNGEN</b>		
	<b>2020</b>	<b>2019</b>
	€	€
Satzungsgemäße Tätigkeit, Projektaufwendungen	45.376.507,86	50.535.234,63
Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter	13.886.831,34	12.789.029,76
Sachaufwendungen	7.725.674,63	7.065.032,02
Sonstige Aufwendungen	232.413,89	1.307.348,41
Äußerordentliche Ausgaben und Aufwendungen	276,09	27.072,44
<b>Gesamt</b>	<b>67.221.703,81</b>	<b>71.723.717,26</b>
Jahresfehlbetrag	-33.716,92	-93.315,40
Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr	8.270.670,80	8.365.072,95
Einstellung in die Ergebnisrücklagen (Kapitalerhaltungsrücklagen)	-327,60	-1.086,75
<b>Ergebnisvortrag</b>	<b>8.236.626,28</b>	<b>8.270.670,80</b>

<b>ERTRÄGE</b>		
	<b>2020</b>	<b>2019</b>
	€	€
Zuwendungen und Zuschüsse	65.397.502,22	70.336.279,33
Einnahmen aus Spenden	3.518,49	10.053,35
Teilnehmerbeiträge	230.303,08	525.648,96
Sonstige Einnahmen und Erträge	1.033.232,61	1.289.221,34
Außerordentliche Einnahmen und Erträge	1.811.686,39	2.305,37
Einstellung in den Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	-1.288.255,90	-533.106,49
<b>Gesamt</b>	<b>67.187.986,89</b>	<b>71.630.401,86</b>

→ Gemäß der Empfehlung der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 wurde der Jahresabschluß 2020 nebst ergänzenden Angaben am 13.12.2021 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

# GESAMTÜBERSICHT

## ALLER IM HAUSHALTSJAHR 2022 ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

### I. EINNAHMEN

€

1. Zuwendungen und Zuschüsse	
Zuwendungen der Bundesministerien	69.423.459,00
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	1.229.657,00
Sonstige Zuwendungsgeber	382.000,00
2. Spenden	12.000,00
3. Teilnehmergebühren	336.584,00
4. Sonstige Einnahmen	12.827.216,00
<b>Gesamt</b>	<b>84.210.916,00</b>

### II. AUSGABEN

€

1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	-10.137.913,00
Förderung von Studierenden und Graduierten	-8.601.550,00
Internationale Zusammenarbeit <sup>1</sup>	-41.237.168,00
Öffentlichkeitsarbeit	-2.875.975,00
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeitende	-14.271.285,00
3. Ausgaben für zentrale Steuerung und Verwaltung	-7.087.025,00
<b>Gesamt</b>	<b>-84.210.916,00</b>

### III. VORAUSSICHTLICHES JAHRESERGEBNIS

€

<b>Gesamt</b>	<b>0,00</b>
---------------	-------------



<sup>1</sup>inkl. unmittelbar zuzurechnender Personalkosten  
für Auslandsmitarbeitende

# DANKSAGUNG AN STIFTER, SPENDER UND SPONSOREN

Mit Ihrer Hilfe tun wir Gutes! Ihre Zuwendungen ermöglichen die Weiterentwicklung der privaten Finanzierung der Aufgaben unserer Stiftung. Nur die Steigerung dieses privaten Finanzierungsanteils führt zu mehr Unabhängigkeit von öffentlichen Zuwendungen und somit zu einer unabhängigeren Arbeit der Stiftung. Dafür möchten wir Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Unterstützen Sie die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit Ihrer Zustiftung zum Stiftungskapital oder mit einer einmaligen Spende zur Aufgabenfinanzierung: Mit einer Zustiftung tun Sie auf Dauer Gutes. Denn die gesamten aus dem Stiftungskapital einschließlich Ihrer Zustiftung erwirtschafteten Zinsen tragen zeitlich unbefristet und in vollem Umfang zur Finanzierung unserer satzungsgemäßen Aufgaben bei. Eine Spende wirkt einmalig und unmittelbar zur Aufgabenfinanzierung. Entscheiden Sie selbst, ob Sie als „Stifter“ oder als „Spender“ die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützen wollen, um Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. In beiden Fällen erhalten Sie von uns eine steuerlich absetzungsfähige Bestätigung.

Über weitere Einzelheiten beraten wir Sie gern.

**IMPRESSUM**

Stand: Mai 2022

**Herausgeberin:**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Truman-Villa  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam-Babelsberg

🌐 /freiheit.org  
👤 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit  
🐦 /FNFreiheit  
✉️ /stiftungfuerdiefreiheit

**Verantwortlich:**

Anders Mertzlufft  
Leiter Fachbereich Kommunikation

**Redaktion:**

Eva Cheung, Florian Baumann,  
Jules Maaten, Julia Ebenauer, Zoe van Doren,  
Hilmar Sattler, Justus Lenz, Thomas Volkmann,  
Alina Pfeifer, Lala Kapfer

**Pressekontakt:**

Anders Mertzlufft  
presse@freiheit.org

**Konzept & Gestaltung:**

Luise Bofinger

**Druck:**

Kern GmbH,  
In d. Kolling 120, 66450 Bexbach

**Spendenkonto:**

Commerzbank Berlin  
IBAN: DE12 1004 0000 0266 9661 04  
BIC: COBADEFFXXX

**Hinweis zur Nutzung dieser Publikation**

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt.

Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

**BILDNACHWEISE**

**S. 7:** Thomas Trutschel/photothek.de; **S. 11:** Anne Preusel/photothek.net; **S.12/13:** Thomas Trutschel/photothek.de; **S. 14/15:** Michael Kappeler/ picture alliance / dpa (Westerwelle); J. H. Darchinger. Nutzungsrecht: ADL\*, FD-405b (Hamm-Brücher); ADL\*, F3-461 (Lambsdorff); ADL\*, N13-4 (Heuss-Knapp); ADL\*, N47-213a (Flach); ADL\*, E2-0458b (Simson); Bundesarchiv Bild 183-S81877 (Lüders); ADL\*, F1-159 (Maihofer); **S. 23:** Felix Zahn/photothek.net; **S. 24:** Dirk Beichert BusinessPhoto; **S. 28/29:** picture-alliance/AKG (EGKS-Vertrag); dpa - Bildarchiv (Karry); picture alliance / R4200 (Rohwedder); Foto Darchinger. Nutzungsrecht: ADL\*, FD-405b (Hamm-Brücher); picture alliance/dpa | Uli Deck (Bundesverfassungsgericht); AndreyPopov/GettyImages (Hände); Wikimedia creative commons (Virchow); Foto Darchinger. Nutzungsrecht: ADL\*, FD-302a (Mischnick); Keystone/GettyImages (Mauerbau); slomifoto (Freiburger Thesen); picture alliance / Sven Simon (Kinkel); **S. 30/31:** Keystone/GettyImages; **S. 32/33:** slomifoto; **S. 35:** Tobias Koch; **S. 40:** Frank Nürnberger; **S. 44:** Ulf Büschleb/M100; **S. 48:** Barbara Zabka; **S. 51:** Christian Augustin; **S. 54:** Marcel Schana; **S. 57:** Thomas Imo/photothek.net; **S. 58/59:** Migrant Founders Monitor 2021; **S. 67:** Michael Link; **S. 78:** on.ge; **S. 82/83:** Tobias Koch (Leutheusser-Schnarrenberger, Stark-Watzinger); Thomas Imo/photothek.net (Paqué, Link, Richter) **S. 86/87:** Florian Gaertner/photothek.net

Alle anderen Fotos:

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

\*Archiv des Liberalismus

A

AH

2

1

HA

HT

# IM POLITISCHEN DIALOG IN DEUTSCHLAND





**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.

Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit  
Truman-Villa,  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam-Babelsberg

[freiheit.org](http://freiheit.org)